Antifaschistisches info Blatt

Nr. 106 | Frühjahr 2015 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

GERMAN ANGST

VON WUTBÜRGERN UND RASSISTEN

www.antifainfoblatt.de

12

Der PEGIDA-Effekt

Die rassistisch gefärbte Protestserie in Dresden hat unerwartete Ausmaße angenommen. Versuche, das nachzuahmen, bleiben weit dahinter zurück. Doch die eigentlichen Folgen der Bewegung werden sich erst noch zeigen — und könnten drastisch sein.

22

Was bleibt von den Autonomen Nationalisten

Vor ein paar Jahren noch der große Hype — mittlerweile schmücken sich immer weniger Kameradschaften mit dem einst so hippen Label. Ist die Mode vorbei, kommt etwas Neues? Lief sich das Modell tot oder war es so erfolgreich, dass es sich selbst überflüssig gemacht hat?

42

Foto: Light brigading (CC BY-NC 2.0)

Jenseits von Ferguson?

In den USA sind die Proteste gegen rassistischen Justiz- und Polizeiterror abgeflaut. Aber die „Black Lives Matter"-Bewegung lebt und mobilisiert weiter. Jetzt geht es darum, das Networking und die Organisationsarbeit zu verstärken, um nicht ein ähnliches Schicksal wie Occupy Wall Street zu erleiden.

50

Foto: Ultras Babelsberg

„Niemand kann sich in Belarus der staatlichen Kontrolle entziehen."

Die antifaschistische Szene in Weißrussland ist zwar relativ klein, aber vielseitig. Es gibt wegen der staatlichen Repression jedoch keine Organisationen im eigentlichen Sinne. Die meisten Antifas finden sich bei den Ultras und Fans von „Partizan Minsk".

Titelfoto: LEGIDA am 23. Februar 2015 in Leipzig. Flickr.com — strassenstriche.net (CC BY-NC 2.0)

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA

DISKUSSION

RASSISMUS

GESCHICHTE

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

PEGIDA scheint schon wieder aus der Mode. Im Januar noch in aller Munde, könnte man meinen, es sei nur ein „deutsches Wintermärchen" gewesen. Dass sich trotzdem unser Frühjahrs-Schwerpunkt mit dem Phänomen auseinandersetzt, hat seine Gründe in den weit über den Höhepunkt der Mobilisierungen hinausweisenden Auswirkungen dieser „Bewegung". So ist zu befürchten, dass diese, aus der politischen Leerstelle zwischen CDU und NPD resultierende Klientel stärker denn je und längerfristig ein (politisches) Heimatgefühl entwickelt und somit eine zügige Mobilisierungsfähigkeit und höhere Bereitschaft zum politischen Handeln hat. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass die enormen TeilnehmerInnenzahlen und die hohe mediale Aufmerksamkeit bisher, zu einem Gewöhnungseffekt bei zukünftigen rassistischen Mobilisierungen führt. Viele Auswirkungen von PEGIDA lassen sich noch nicht absehen, eines ist aber gewiss: Genauere Analysen und ein wachsamer, ausdauernder Blick sind ebenso notwendig, wie eine Strategiediskussion in der Antifabewegung.

Deshalb sind wir froh, diesmal gleich mit zwei Diskussionsbeiträgen auf den Seiten 32 bis 35 auf aktuelle antifaschistische Debatten eingehen zu können.

Die in der letzten Ausgabe von Volker Weiß eröffnete Debatte zum Faschismusbegriff bezüglich des fundamentalistischen Islam hat einige Reaktionen hervorgerufen — eine davon findet ihr auf Seite 38 f.

In der aktuellen Ausgabe beleuchtet Xavier Bonnet die rassistische Polizeigewalt in den USA und die Reaktionen der „Black Lives Matter"-Bewegung. In dem Artikel „Bodo Pfalzgraf — eine (r)echte Karriere?" widmen wir uns der Polizei in einem ganz anderen Kontext und berichten exklusiv über die politische Vergangenheit des Berliner Vorsitzenden der „Deutschen Polizeigewerkschaft".

Der Antifaschist Emilio, der am 28. Januar 2015 im italienischen Cremona von etwa 50 Faschisten aus dem Umfeld der neofaschistischen Gruppierung Casa Pound vor einem sozialen Zentrum angegriffen wurde, liegt glücklicherweise nicht mehr im Koma. Ebenfalls auf dem Wege der Besserung befindet sich der schwedische Antifaschist Showan, der im März 2014 in Malmö von Neonazis angegriffen wurde und auch im Koma lag. Wie es ihm und seinen Freund_innen ein knappes Jahr später geht, erzählt er uns im Interview auf Seite 48 f.

Seit der letzten Ausgabe kam es in Paris und Kopenhagen zu antisemitischen Anschlägen, die mehrere Todesopfer forderten. In Frankreich wurde zwei Tage nach dem Terroranschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo am 7. Januar, bei dem 12 Menschen ermordet wurden, ein koscherer Supermarkt angegriffen. Dabei kamen vier Menschen, Yoav Hattab (21), Yohan Cohen (22), François-Michel Saada (63) und Philippe Braham (45) ums Leben.

Am 14. Februar beschoss ein 22-Jähriger in Kopenhagen eine Diskussionsveranstaltung in einem Kulturzentrum zum Thema Kunst, Blasphemie und Meinungsfreiheit, bei der der Regisseur Finn Nørgaard (55) ums Leben kam. Drei weitere Personen wurden verletzt. Am frühen Morgen des darauf folgenden Tages griff der gleiche Täter eine Synagoge im Zentrum der Stadt an, in der gerade eine Bar-Mizwa-Feier stattfindet. Dabei kam der Wachmann Dan Uzan (37) ums Leben.

Einen möglicherweise rechten Hintergrund hat auch der brutale Mord an der jungen Studentin Özgecan Aslan am 13. Februar 2015 in der Türkei. Ein Busfahrer hatte versucht, die 20-Jährige zu vergewaltigen und sie letztlich mit zahlreichen Messerstichen getötet. Anschließend halfen ihm sein Vater und ein Freund dabei die Leiche zu verbrennen. Die Männer sollen aus dem Umfeld der faschistischen „Grauen Wölfe" stammen, die Getötete war als alevitische Kurdin möglicherweise kein zufälliges Opfer, sondern wurde gezielt ausgesucht. •

Dan Uzan

Özgecan Aslan

v.l.n.r.: Yohan Cohen, Yoav Hattab, Philippe Braham, François-Michel Saada

Korrektur:
Leider hat sich in den Artikel „NPD-Strukturen und Gegenwehr an der Saar" in der Ausgabe 105 ein Fehler eingeschlichen: Markus Mang ist nicht in den Stadtrat von Völklingen eingezogen, sondern Frank Franz (4,0 %). Mang hat den Einzug in den Stadtrat von Saarlouis mit 1,5 % verpasst. Darüber hinaus erreichte auch Thorsten Kreis für die NPD ein Mandat im Ortsrat Völklingen.

Hinweis:
Unseren neuen PGP-Key (ID:9FAE15B1) findet ihr über unsere Website verlinkt. Wir tauschen ihn aus, weil unser alter Key mittlerweile fast 4 Jahre alt ist. Den Fingerabdruck des PGP-Keys findet ihr wie gewohnt auf der vorletzten Seite dieser Ausgabe.

HoGeSa im Wandel

Die „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) haben sich aufgespalten. Von den ursprünglich zwölf Leuten des „Orgateams" sollen nur noch fünf bei HoGeSa verblieben sein, die sieben anderen gründeten mit weiteren Personen am 3. Januar 2015 in Fulda den „Gemeinsam-Stark Deutschland e.V." Als Sitz des noch nicht im Vereinsregister eingetragenen Vereins wird Nürnberg angegeben.

Neben „persönlichen Gründen" sollen vor allem Konflikte um die Finanzen zur Spaltung geführt haben. Die nun als „Gemeinsam-Stark" auftretende Fraktion wirft der anderen vor, Einnahmen aus dem Verkauf von Merchandising-Artikeln veruntreut zu haben — die HoGeSa-Fraktion dieser wiederum das Geld anschließend geklaut zu haben. Für HoGeSa vertreibt exklusiv der von Niclas Römer betriebene Versand „Fan-Xwear" aus Schwalbach Pullover, Mützen und T-Shirts. Der Verkauf der Artikel scheint gut zu laufen, die letzten Aktionen der Gruppe entwickelten sich hingegen zum Desaster. Ein für den 18. Januar 2015 in Essen geplanter Aufmarsch wurde abgesagt, nachdem die Polizei ein Versammlungsverbot verhängt hatte. Der vormalige „HoGeSa-Regionalleiter West" Andreas Kraul aus Herne erklärte daraufhin: „Eine Demo durchzuboxen, bei der wir nur eine Kundgebung halten können, wie in Hannover, mit etlichen Auflagen, die zu unserem Nachteil ausgelegt werden und uns Anwaltskosten von etwa 2500 € beschert, ist gegenwärtig nicht zu stemmen." Auch das am 24. Januar in Duisburg als „Solidaritätsveranstaltung" deklarierte Konzert mit „Kategorie C" sowie den extrem rechten Liedermachern „A3stus" und „F.i.e.L." fiel aus, da der Vermieter die Hooligans vor die Tür setzte.

Inhaltlich haben sich die verbliebenen HoGeSa-OrganisatorInnen den Ansichten der Reichsbürgerbewegung angenähert. In einem wirren Schreiben wird die Einführung eines zinslosen Geldsystems und einer „legale[n] ECHTE[N] deutsche[n] Staatsbürgerschaft" sowie der Rücktritt der Bundesregierung („Wenn ihr eure Firma nicht schließt, dann werden wir es tun") gefordert. Die PEGIDA-Bewegung sei vom Staat gesteuert, deswegen solle man stattdessen die PEGADA-Bewegung („Patriotische Europäer Gegen Die Amerikanisierung Des Abendlandes") unterstützen.

Die HoGeSa-Führung ist zur Zeit nicht mehr in der Lage, Proteste zu organisieren. Zu wenige scheinen auf der Führungsebene agieren zu wollen und zu schwer haften Verbote von Demos auf ihnen. HoGeSa hat es aber geschafft eine starke „Marke" zu etablieren. Das Identitätsmodell HoGeSa als „Straßenkämpfer für das deutsche Volk" inklusive Logos, Jacken und militantem Auftreten funktioniert auch ohne inhaltlichen und organisatorischen Überbau. HoGeSa-SympathisantInnen beteiligen sich in NRW regelmäßig an den Aktionen der diversen PEGIDA-Ableger, am 19. Januar 2015 versuchten HoGeSa-Hooligans eine Gedenkkundgebung zum NSU-Anschlag in der Kölner Probsteigasse zu stören.

Die in der HoGeSa-Führung verbliebenen Personen sind dennoch isoliert, die Mehrheit der aktiven OrganisatorInnen hat sich „Gemeinsam-Stark" angeschlossen, darunter auch die vormals als „Regionalleitung Nord" und „Regionalleitung Süd" von HoGeSa in Erscheinung getretenen rechten Hooligans aus Bremen und Nürnberg. Der Verein will sich von der HoGeSa-Gruppe zuallererst in seiner Struktur unterscheiden: Es sind feste Mitgliedsbeiträge geplant, die Vorsitzenden sollen in Zukunft von den Mitgliedern gewählt und Spenden transparent verwendet werden. Seine Kernziele gleichen denen der HoGeSa: Gefordert wird der Kampf gegen die „Islamisierung Deutschlands", insbesondere durch „radikale Hassprediger" und „links-rot-grün versiffte Gutmenschen", sowie der Stopp der „Massenzuwanderung in unsere Sozialsysteme" und des „Asylmissbrauchs". Dies wird mit der Behauptung verbunden, Deutschland sei kein „souveräner Staat", sondern bloß eine „'Außenstelle' der alliierten Siegermächte". Man lehnt den „Zentralstaat namens ‚Europäische Union'" ab und fordert ein „Europa der Vaterländer". Trotzdem sollen sich sowohl „Passdeutsche" als auch „Biodeutsche" beteiligen können, wenn sie im Interesse der „gemeinsamen Sache" handelten.

Die erste Feuertaufe für „Gemeinsam-Stark" war eine Kundgebung am 8. Februar 2015 in Ludwigshafen, an der 400 Personen teilnahmen. Angemeldet wurde sie vom Mönchengladbacher „PRO NRW"-Ratsherr Dominik Roeseler, der im letzten Jahr als „stellvertretender Regionalleiter West" der HoGeSa aufgetreten war und die Kölner Demonstration am 26. Oktober 2014 angemeldet hatte. Die Versammlungsleitung in Köln sowie den Posten bei HoGeSa hatte Roeseler auf Druck des „PRO-NRW"-Parteipräsidiums noch vor dem Marsch in Köln aufgegeben. Das hinderte ihn aber nicht daran, am Tag vor Ort zu sein und — mit Megafon ausgestattet — die Aufstellung des Demonstrationszuges zu dirigieren. Wenige Tage nach den Ausschreitungen sah sich „PRO NRW" gezwungen, eine außerordentliche Vorstandssitzung einzuberufen, auf der Roeseler wegen „grob parteischädigenden" Verhaltens eine „scharfe Rüge" erteilt wurde. „PRO NRW" lehne „jede Zusammenarbeit mit den ‚Hooligans gegen Salafisten', genannt Hogesa, und möglichen Nachfolgeorganisationen ab", hieß es.

Foto: http://antifabochum.noblogs.org

Der frühere „HoGeSa-Regionalleiter West" Andreas Kraul aus Herne.

Roeseler tritt dennoch als „Gründungsmitglied" und „Pressesprecher" von „Gemeinsam-Stark" auf. Der Verein hat schon die nächste Demonstration geplant: Am 15. März 2015 soll in Erfurt aufmarschiert werden, um „Deutschland" zu zeigen, was man von „radikalen Salafisten und Wirtschafts-Flüchtlingen, welche unseren Kindern und der älteren Generation gegenüber bevorzugt werden" halte. •

David Irvings Einreiseverbot aufgehoben

Stolz verkündete das Gedenkbündnis gegen das Vergessen, dass „David Irving (...) unserer Einladung anlässlich des 70. Jahrestages der alliierten Luftangriffe auf Dresden gefolgt ist". Als Beleg wurde ein Foto gepostet, das den Dresdner Neonazi Maik Müller mit David Irving auf einer Couch sitzend zeigt. Der Brite ist also wieder dort angekommen, wo seine Karriere im Dienste des Deutschen Geschichtsrevisionismus begonnen hatte. Sein Werk „The Destruction of Dresden" war 1963 in England und 1967 unter dem Titel „Der Untergang Dresdens" in Deutschland erschienen. Dieses Buch basierte auf falschen bzw. gefälschten Quellen, was der „Historiker" ohne Abschluss sogar in einem Leserbrief (7. July 1966, The Times, London) zugegeben hatte. Trotzdem blieb er im öffentlichen Gespräch und fand renommierte Orte für seine Veröffentlichungen.

Ab 1977 wurde er zum „Revisionisten" der Holocaustforschung. Sprach er zuerst Hitler frei, vom Holocaust gewusst bzw. diesen in Gang gesetzt zu haben, leugnete er später die Existenz von Gaskammern in Auschwitz. Seit 1984 trat er als Gastredner bei Veranstaltungen der DVU auf.

Am 21. April 1990 nahm Irving an der wichtigsten Veranstaltung für Holocaustleugner in Deutschland unter dem Motto „Wahrheit macht frei" im Münchner Löwenbräukeller teil. Wegen seiner dortigen Äußerung, die Gaskammern in Auschwitz seien nur Touristenattraktionen, wurde er im Jahr 1993 vom Münchner Landgericht zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen verurteilt und aus Deutschland ausgewiesen.

Nun hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit Beschluss vom 8. Oktober 2014 (Az. 10 ZB 12.2742) die Anträge der Stadt München und der Landesanwaltschaft Bayern auf Zulassung der Berufung abgelehnt. Damit ist das juristische Tauziehen um die Frage, ob und auf welchen Zeitpunkt die Ausweisung Irvings aus der BRD zu befristen sei, endgültig beendet. Die Stadt München hatte die Wirkung der Ausweisungsverfügung vom 9. November 1993 mit Bescheid vom 1. März 2012 auf den 1. März 2022 befristet. Dagegen hatte Irving Klage erhoben und Recht bekommen. Die Ausweisung konnte danach nur auf den 21. März 2013 befristet werden.

Als der Berliner Netzwerker und Organisator des „DienstagsGespräch" (AIB 86) Hans-Ulrich Pieper 2013 versuchte, eine Veranstaltung mit Irving zu organisieren, konnte die mögliche Berufung der Stadt München noch Irvings Einreise verhindern. Nach der Ablehnung der Berufung ist nun wieder mit Auftritten des Stars der „Revisionisten" zu rechnen. (FK) •

Sächsischer CDU-Politiker gegen Antirassist_innen

Eine Initiative, die sich im Internet „Nein zum Heim" nennt und maßgeblich von NPD-Aktivisten getragen wird, hatte für Anfang Januar 2015 zu einer Kundgebung auf den Marktplatz nach Bad Schandau (Sachsen) eingeladen. Im Anschluss an die vom ehemaligen Mitglied der Skinheads Sächsischen Schweiz (SSS), Thomas Sattelberg, angemeldeten Kundgebung kam es zu einem Vorfall mit dem Stadtratsabgeordneten Steffen Kunze, bei dem ein Polizist leicht verletzt wurde. Der auf einer Liste der CDU in den Stadtrat eingezogene parteilose Kommunalpolitiker hatte sich mit seinem Fahrzeug direkt vor die Gegenkundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unter dem Motto „Für eine solidarische und menschliche Flüchtlingspolitik im Landkreis" gestellt, um diese zu behindern. Eine Augenzeugin berichtete der BILD-Zeitung: „Immer wieder versuchte er (Steffen Kunze, d. Red.) die Rede durch das Dröhnen seiner Autohupe zu stören. Als Polizisten ihm sagten, er solle das beenden, versuchte er mit seinem Wagen loszufahren." Als er schließlich den Motor startete und sich das Fahrzeug in Richtung der Kundgebung in Bewegung setzte, wurde ein vor dem PKW stehender Beamter angefahren und verletzt. Daraufhin wurde Kunze von der Polizei wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte festgenommen. Bereits zuvor soll der 49-jährige Politiker nach Berichten von Augenzeug_innen gemeinsam mit mehreren Bewohnern der Stadt das Abschalten der Beleuchtung des historischen Personenaufzugs verhindert haben. Mit dem Ausschalten sollte eigentlich ein Zeichen des stillen Protestes gegen die rechte Veranstaltung gesetzt werden. Etwa 15 Männer hatten die Geschäftsführerin der Bad Schandauer Kur- und Tourismus GmbH daran gehindert, den Technikraum zu betreten. Um eine Eskalation zu vermeiden, wurde auf die Durchsetzung des Hausrechts verzichtet. Der Fahrschullehrer gab mittlerweile seinen Austritt aus der CDU-Fraktion bekannt. Etwa 150 Menschen waren dem rechten Aufruf gefolgt, um gegen insgesamt zwölf in der Stadt bislang untergebrachte Asylsuchende zu demonstrieren. Der über die Landesgrenzen hinaus bekannte Ort im Zentrum der Wander- und Tourismusregion Sächsische Schweiz steht nicht zum ersten Mal im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Schon vor gut zwei Jahren war es zu einem offenbar rassistisch motivierten Übergriff auf einen Schüler aus Hamburg gekommen. Dabei hatten mehrere Personen aus der Region den Jugendlichen so schwer verletzt, dass er anschließend in einem Krankenhaus behandelt werden musste. Die drei Täter waren Monate später vom Pirnaer Amtsgericht wegen ihrer Beteiligung an der Tat lediglich zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Ein rechtes Motiv für die Tat hatte das Gericht in seinem Urteil jedoch ausgeschlossen und das obwohl die Männer aus ihrer Einstellung im Internet keinen Hehl gemacht hatten. Erst kürzlich war unweit von Bad Schandau eine Gedenktafel in Erinnerung an mehrere von der Waffen-SS auf einem Todesmarsch ermordete Häftlinge gestohlen worden. •

TITEL

Politik und Medien beginnen, das Interesse an PEGIDA zu verlieren. Die Zahl der Teilnehmenden sinkt, die politischen Akteure sind gespalten und geschwächt. Entwarnung? Die Rückkehr der Themen und Motive dieser rechten, rassistischen Mobilisierung ist nur eine Frage der Zeit. Ein PEGIDA Review.

PEGIDA Review

Die Formation des rechten Blocks

Der rassistische Pragmatismus PEGIDAs
„Ich bin eine einfache Frau aus dem Volk.", mit diesem Satz leitete Kathrin Oertel in der sonntäglichen ARD Talkshow Mitte Januar 2015 die rhetorisch unbeholfene, aber wirkmächtige Begründung ihres rassistischen Pragmatismus ein. Gegenargumente wusste sie mit der Rhetorik von „Normalität" und „gesundem Menschverstand" zu kontern. Gegenüber dem flexiblen rassistischen Pragmatismus Oertels wirkte die Runde der Politprofis ratlos und entwaffnet. Im Januar 2015 war PEGIDA auf dem Höhepunkt ihrer Mobilisierung und ihrer medialen Reichweite. Wissenschaftler_innen, Journalist_innen und Politiker_innen arbeiteten sich an dem Phänomen ab, dessen Dynamik über Wochen keine Grenzen zu kennen, und sich jeder Logik des politischen Betriebs zu entziehen schien. Dass die Dresdner Spaziergänger_innen nicht das Thema der Lokalausgabe der Sächsischen Zeitung blieben, hat nicht nur mit ihrer seit Herbst 2014 wachsenden Anzahl zu tun. PEGIDA wurde zum Ausdruck der Mobilisierungsfähigkeit jener rechten Einstellungen, die Sozialwissenschaftler_innen seit Jahren in der Bevölkerung messen. Überraschte die Massivität der Mobilisierungsfähigkeit PEGIDAs auch, weil die seit Jahren gemessene Zunahme der Zustimmung zu rechten und rassistischen Einstellungen in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ihren Niederschlag bislang ausschließlich im Aufstieg der AfD fand?

Zivilgesellschaftliche Formen rassistischen Protests

Fakt ist, dass die Mobilisierungsfähigkeit von Rassismus bereits vor PEGIDA im Vergleich zur vorhergehenden Dekade zugenommen hatte. Bereits die Mobilisierungen gegen den Zuzug von Geflüchteten u.a. in Schneeberg zeigte, dass die Ausdrucksformen rassistischen Protests im Wandel begriffen waren. Zwar traten in Schneeberg und andernorts Neonazis als OrganisatorInnen und WortführerInnen auf. Doch im Unterschied zu den gewalttätigen rassistischen Mobilisierungen der 1990er Jahre nahmen die Proteste gegen Geflüchtete zivilgesellschaftliche Formen an. Der sprichwörtliche, inzwischen zum zeitweiligen Dialogpartner der Politik aufgestiegene „besorgte Bürger" artikuliert seine Ablehnung von Geflüchteten oder Moscheebauten als Angst vor dem Wertverlust seines Grundstückes oder als Kriminalitätsangst und findet damit in Politik und Öffentlichkeit Gehör. Diese Formen der bürgerschaftlich-engagierten Legitimation rassistischer Auffassungen waren von Beginn an Teil der politischen Kommunikation PEGIDAs. Die verbale Abgrenzung von rabiatem Rassismus und Neonazismus war zwar im Hinblick auf eine Teilmenge der Protestierenden nicht glaubwürdig, funktionierte jedoch durchaus gegenüber dem konservativen Teil der Öffentlichkeit.

Doch es griffe zu kurz, PEGIDA nur als Forum für rassistische Mobilisierung zu interpretieren. Vielmehr erwies sich PEGIDA zunächst in Dresden, zeitweilig auch in Leipzig als Forum für die Mobilisierung diverser Spielarten rechter Politikangebote. Zwar ist antimuslimischer Rassismus das bestimmende Motiv des Protests, doch andere rechte Diskurselemente ließen PEGIDA wachsen. Der antimuslimisch-rassistische Affekt ist in Ostdeutschland eingebettet in soziale Milieus und politische Orientierungen überlagernde Homogenitätsvorstellungen von Gesellschaft, die eine generelle Abwehr anderer Kulturen und Lebenswelten vornimmt. Die Schnittmenge zwischen der als kulturelles Unbehagen gegenüber Migrant_innen vorgetragenen Abwehr kultureller Diversität und rechten Konzepten von Volksgemeinschaft sind hoch. Die kulturrassistisch argumentierenden programmatischen Aussagen PEGIDAs konnten hier anknüpfen.

Ostdeutsche Protestlegitimation

Dass die etablierten Institutionen von Politik und Medien über Wochen keinen Einfluss auf die Dynamik von PEGIDA hatten, verweist auf die ostdeutsche Spezifik der Mobilisierung und Legitimation von Protest. Bereits anlässlich der Hartz IV Proteste im Jahr 2004 war zu beobachten, dass die Instrumentarien der alten Bundesrepublik für den Umgang mit Protest im Osten nicht greifen. Parteien, Verbände und Interessengruppen, die in Westdeutschland gesellschaftliche Konflikte moderieren, einhegen und kanalisieren, sind im Osten nach wie vor wenig verankert. Die westdeutsch sozialisierte politische Kommunikation dieser Institutionen erreicht jene ostdeutschen Milieus nicht, die ihre Interessen nirgendwo vertreten sehen. Die Schwäche des gesellschaftlichen Korporatismus im Osten wird so wie im Fall PEGIDA zur Stärke erfolgreicher Mobilisierung von Ressentiments. Schon die ersten Recherchen zu den Organisator_innen ergaben, dass diese zwar ei-

nem Milieu und auch einem politischen Spektrum zugeordnet werden konnten, jedoch institutionell nicht eingebunden waren. Ihre daraus resultierende organisatorische Improvisation und scheinbare inhaltlich-programmatische Diffusität, verbunden mit dem von Bachmann und Oertel vehement vertretenen Anti-Establishment-Affekt, verlieh dem Protest für eine gewisse Zeit sogar Auftrieb. Kern der politischen Selbstlegitimation von PEGIDA war jedoch die Bezugnahme auf den Umbruch in der DDR im Jahr 1989. Nicht nur mit der Aussage „Wir sind das Volk" nahm PEGIDA eine beständige Parallelisierung ihrer Mobilisierung mit den Ereignissen des Jahres 1989 in der DDR vor. Redner_innen und Anhänger_innen PEGIDAs vertraten die Auffassung, die Situation in der Bundesrepublik weise eine Analogie zu damals auf. Das politische System der Bundesrepublik habe ebenso abgewirtschaftet, wie 1989 die DDR. Neben der offenkundigen Selbstüberschätzung kommt in solchen Aussagen die kollektive Erfahrung ehemaliger DDR-Bürger_innen mit erfolgreichem Protest zum Ausdruck, die aktualisiert wird. Die wütenden und hilflosen Zurückweisungen dieser Selbstlegitimation durch Politik und Medien ändert nichts daran, dass die Erfahrung oder die Erzählung davon offenbar über den konkreten Protestanlass hinaus zur Mobilisierung beitragen können.

Ist PEGIDA eine Bewegung?

Gemessen an den klassischen Indikatoren sozialer Bewegung handelt es sich bei PEGIDA nicht um eine solche. Denn jenseits Leipzigs und Dresdens mobilisierten die diversen Ableger jenes Milieu, welches sich im Wesentlichen aus Hooligans und Neonazis rekrutiert. Im Falle der westdeutschen Ableger blieb die rechte Szene in der Regel unter sich. Den Charakter einer Bewegung hatte PEGIDA jedoch in Sachsen, wo breite Kreise kleinbürgerlicher, christlich- und nationalkonservativer Milieus mobilisiert wurden. Die Unsicherheit in der politischen Reaktion der CDU rührt aus dem Umstand, dass man dort begriffen hat, dass sich die Anhänger_innen von PEGIDA im magischen Dreieck zwischen AfD, NPD und Nicht-Wähler_innen bewegen. In der Logik vor allem der sächsischen Union dürfen diese nicht der rechtspopulistischen AfD überlassen werden.

Die extreme Rechte — Tanz um PEGIDA und Volk

Von der Wucht des öffentlichen Widerhalls PEGIDAs war auch die extreme Rechte überrascht. Besonders bitter ist die Entwicklung für die NPD. Nur wenige Monate bevor Tausende einen Teil ihrer Politikinhalte auf die Straße trugen, flog die Partei aus dem Landtag. Unter der naziaffinen Überschrift „Das Volk steht auf!" feierte der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete Arne Schimmer PEGIDA als Bewegung, der gelungen sei, woran andere rechte Politikkonzepte gescheitert seien, „die Verhältnisse in Deutschland zum Tanzen zu bringen." Die Enttäuschung darüber, dass die NPD als Partei davon offenbar nicht profitiert schwang in dem Artikel durchaus mit.

Im Milieu der intellektuellen Rechten löste PEGIDA ebenfalls Euphorie aus. Götz Kubitschek, verlegerischer und organisatorischer Impulsgeber der Szene nahm mehrfach in Dresden an den Demonstrationen teil, bevor er in Leipzig und Dresden selbst mehrmals als Redner auftrat. Ende Februar 2015 erschien eine Sonderausgabe der von Kubitschek herausgegebenen Zeitschrift „Sezession", die der PEGIDA aus rechter Sicht den Puls fühlte. Das Volk, so ließ sich aus allen Spektren der extremen Rechten vernehmen, sei als politischer Akteur zurück auf der Bühne der Politik.

Doch dass sich die kühnen Hoffnungen der extremen Rechten auf eine rechte Volksbewegung von unten bislang nicht erfüllten, ist kein Grund, PEGIDA für einen Sturm im sächsischen Wasserglas zu halten. Die Anlässe und Motive rassistischer Mobilisierungen mögen variieren. Aber sie werden angesichts der Reichweite rechter Einstellungen in der Gesellschaft wiederkehren. Fragt sich nur in welcher Form. •

TITEL

PEGIDA in Dresden

Mehr als eine kurze Episode

Von Oktober 2014 bis Januar 2015 schafften es die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“ (PEGIDA), die Teilnehmendenzahl ihrer sog. Montagsspaziergänge in Dresden von 350 auf 17.500 Personen zu steigern. Zeitweise verging bundesweit kein Tag ohne Berichterstattung über die „neue Bewegung“. Im Januar 2015 erfolgte die Spaltung, wobei der radikalere Teil PEGIDA blieb und der gemäßigtere Flügel die Bürgerbewegung „Direkte Demokratie für Europa“ (DDfE) ins Leben rief.

Keine Neonazis sondern normale NationalchauvinistInnen

Die Frage ob es sich bei den OrganisatorInnen von PEGIDA um extreme Rechte handelt, kann wohl am ehesten mit „JEIN" beantwortet werden. Ein deutliches „Nein" dazu, dass — im Gegensatz zur vielverbreiteten Vermutung — gerade keine Verwurzelung oder gar Steuerung durch die Neonaziszene bzw. organisierte rechtspopulistische Organisationen wie die AfD besteht. Ein deutliches „Ja", als dass inhaltliche Positionen verbreitet werden, die klar im (extrem) rechten Bereich liegen und dass selbstverständlich Neonazis und RechtspopulistInnen regelmäßige Teilnehmende der Veranstaltungen sind. Fahnen der „Urburschenschaft", schwarze Fahnen mit Herkunftsort in Frakturschrift und Werbebanner rechtspopulistischer Organisationen waren immer wieder Bestandteil der Demonstrationen. Obwohl jedoch (Führungs-) Mitglieder der NPD, Freien Kameradschaften, der „Identitären Bewegung" und rechte Hooligans regelmäßig teilnehmen, traten diese selten vor Ort — jenseits von Selfies auf einschlägigen Webaccounts — aktiv in Erscheinung.[1]

Das zwischenzeitlich in sich zerfallene „Orga-Team" von PEGIDA beschrieb sich zunächst als eine Gruppierung von zwölf Personen[2]. Seit Dezember 2014 liegt eine Eintragung des PEGIDA e.V. im Vereinsregister in Dresden vor. In der politischen Selbstverortung bezeichnet man sich als „rechts" und begründet die Motivation mit der „Liebe zum Vaterland". Der Großteil des OrganisatorInnenkreises zählt sich inzwischen zum AfD-Wählerkreis, stammt aber ursprünglich aus der FDP oder CDU-Anhängerschaft. Bei der Gründungsgruppe selbst handelte es sich um eine Gemengelage von Freundschaften, Geschäftsbeziehungen im klein- und mittelständigen Bereich, Verbindungen ins Fußball- und Securitymilieu sowie in die (Klein-)Kriminalität.

Bekanntestes Gesicht ist der 41jährige Lutz Bachmann, der als Anmelder und regelmäßiger Hauptredner agiert. Bachmann wurde 1996 wegen 16fachen Diebstahls und Drogenhandels verurteilt, der Haftstrafe entzog er sich durch Flucht nach Südafrika im Jahr 1997. Von dort wurde Bachmann 2000 nach Deutschland abgeschoben, wo er schließlich seine Haftstrafe verbüßte. 2008 wurde er erneut wegen mehrfachem Drogenbesitz verurteilt, die Bewährungszeit soll im Februar 2015 abgelaufen sein. Nach Medienberichten stand er zudem wegen diverser anderer Delikte wie Verletzung der Unterhaltspflicht oder Fahren ohne Führerschein im Konflikt mit der Justiz.

Politisch aktiv in Erscheinung getreten sind aus dem ursprünglichen OrganisatorInnenkreis jedoch nur zwei Personen. Siegfried Däbritz jr. war 2009 als FDP-Stadtratskandidat in Meißen — einer Kleinstadt bei Dresden — angetreten. Däbritz jr., im Sicherheitsgewerbe tätig, war im mittlerweile stillgelegten internen Forum von HoGeSa aktiv, wo er Muslime als „bärtige Ziegenwämser" bezeichnete und vorschlug, bei Koran-Verteilungen solle man „Schweinefüße in die herausgerissenen Seiten einwickeln".

Der zweite bereits zuvor politisch in Erscheinung Getretene ist Thomas Tallacker, der in Meißen ein Stadtratsmandat der CDU bekleidete. Dieses musste er 2013 niederlegen, nachdem er auf Facebook in Kommentierung eines Artikels über Asylbewerber_innen Äußerungen wie „Artgerechte Haltung", „Gestörter oder Halbverhungerter Ramadan Türke" oder „Find ich gut, was wollen wir mit dem zu 90 % ungebildeten Pack was hier nur Hartz 4 kassiert und unseren Sozialstatt ausblutet" hinterlassen hatte (sämtlich sic!).[3] Auch Tallacker hat eine kriminelle Vergangenheit — er wurde im September 2014 wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt, nachdem er auf diese Art und Weise angeblich offene Rechnungen eines Handwerkers eintreiben wollte.

Die ungute Mitte, wenn Einstellung in Handlung umschlägt

Offensichtlich demonstrieren in Dresden nicht (nur) tausende organisierte Neonazis oder rechte Subkultur und auch nicht bloß extrem rechte Fußballfans. Vielmehr bot sich eine Woche für Woche wachsende Melange rechtsaffiner junger Männer, rechtskonservativer älterer Menschen, die in einem diffusen Weltbild von „Wir" und „die Anderen" verhaftet sind, wobei „die Anderen"/„der Fremde" erst einmal als potentielle Bedrohung angesehen werden.

PEGIDA mobilisierte damit genau jenen Teil der Gesellschaft, der in den Einstellungsforschungen der vergangenen Jahre durch die konstante Zustimmung zu rassistischen und nationalistischen Aussagen auffiel. Der Erfolg von PEGIDA ist es, diese bisher „nur" am Stammtisch und im Privaten agierende Masse zumindest in Dresden auf die Straße gebracht zu haben. Die MacherInnen von PEGIDA fokussieren in ihrer (bewussten) inhaltlichen Diffusität und Deutungsoffenheit auf jene bisher schweigende Masse. Sie bedienen die Zielgruppe mit interpretationsoffenen Andeutungen á la „Die da oben machen sowieso was sie wollen", „Die Presse lügt", „Die Anderen wollen unseren Reichtum oder sind neidisch auf unseren Wohlstand", „Wir haben es selber geschafft". Die Argumentationsmuster gleichen jenen von Thilo Sarrazin. Es wird ein vorgebliches Tabu inszeniert, welches es dann zu brechen gilt. Dabei stellt man sich selbst in die Rolle eines „Verfechters", der gegen den Strom der „Gutmenschen" anschwimmt. Diese selbstzugeschriebene Underdog-Rolle verknüpft mit „Nationalstolz" ist identitäres Moment von PEGIDA. Über Grund- und Menschenrechte wird hinweggewischt, mit Verweis auf den „Kampf" um den Erhalt der eigenen Nation. Jenseits dieser dumpfen, nationalistisch-rassistischen Ausprägung greifen die OrganisatorInnen und Mitlaufenden bei PEGIDA auch demokratische Grundwerte an. Parlamente, Wahlrecht — alles nichts wert, wenn nicht in ihrem Sinne entschieden wird. Presse, die nicht für sie ist — lügt. Minderheiten, die sich nicht an ihre Vorstellungen anpassen — gehören abgeschoben, bestraft, umerzogen. In dieser autoritär geprägten Gemengelage finden sich bei PEGIDA vom rassistischen Stammtisch, elitären Wohlstandsdeutschen, Verschwörungstheoretiker, rechten Fußballfans bis hin zu putinverliebten „Friedensbewegten" alle zusammen.

Dass die VeranstalterInnen wissen, dass sie es mit einer unzufriedenen Masse zu tun haben, die der Demokratie in weiten Teilen ablehnend gegenübersteht und die den Schein des „Nicht-Rechts-Seins" schnell torpedieren würde, zeigt sich schon daran, dass

Zerfällt die PEGIDA-Bewegung durch internen Machtkampf? - MOPO24

https://mopo24.de/nachrichten/zerfaellt-die-pegida-bewegung-durch-internen-machtkampf-4188

MOPO24 SORTIEREN

Exner.

Der sechste, Ingo Friedemann, hatte bereits am Sonntag das Handtuch geworfen.

Zur MOPO sagte er gestern: „Nachdem ich die Screenshots von Lutz Bachmann gesehen hatte, stand mein Entschluss bereits am Mittwoch fest. Ich wollte aber noch meine Aufgaben für die Demo am Sonntag erfüllen. Ich stehe für die bürgerliche Mitte und möchte mit Rechts nichts zu tun haben."

Auch Lincke äußerte sich ähnlich, sagte zur DPA: „Ich kann und will mich mit den Äußerungen von Lutz Bachmann nicht identifizieren."

PEGIDA stellte auf ihrer Facebook-Seite die Rücktritts-Wirrwarr deutlich anders da.

Hier heißt es, dass „Kathrin vorerst Ihr Amt als Pressesprecherin niedergelegt" habe. Sie brauche eine Auszeit.

Auch seit Mittwoch aus dem Rennen: Ex-Meißener-Stadtrat Thomas Tallacker.

Und Thomas Tallacker habe mit seiner Firma durch den Verlust etlicher öffentlicher Aufträge ebenfalls massive Probleme und ziehe sich auch zurück.

„https://mopo24.de/nachrichten/zerfaellt-die-pegida-bewegung-durch-internen-machtkampf-4188" wird geladen, 52 von 53 Objekten abgeschlossen

Thomas Tallacker bezeichnete u.a. Asylbewerber_innen als „(...) 90 % ungebildeten Pack was hier nur Hartz 4 kassiert (...)".

bereits seit der dritten Demonstration die Weisung herausgegeben wurde: „keine Parolen", „keine Sprechchöre" und „keine Gespräche mit der Presse". Dass sich an dieses „Schweigegelübde" gehalten wird, lässt sich damit erklären, dass die Redebeiträge eindeutig genug sind und die Ansprache an die Teilnehmenden nach dem Prinzip der Volksidentität funktioniert. Die Klammer von „Wir sind das Volk" und die erfolgreiche Inszenierung einer gemeinsamen Erhebung lässt die Unterschiede und Unzufriedenheit unter den Teilnehmenden verschwinden, die nationale Identität funktioniert als Wohlfühlmetapher. Der nach außen vertretene Appell in Form des Grundsatzpapieres von PEGIDA bleibt dabei bloße Makulatur.

Vor der Spaltung war es PEGIDA gelungen, die vielen „Unzufriedenen" einzusammeln und dabei sämtliche Brüche und Divergenzen der Teilnehmenden und der OrganisatorInnen unter der Wärmedecke der „deutschen Nation" zusammenzufügen. Bis dahin führten weder Gewalt- und Redeverbot, noch Opportunismus oder langweilige Veranstaltungen, noch das Ausschlagen von Mitbestimmungsoptionen zu sinkenden Teilnehmendenzahlen. Es muss aber angemerkt werden, dass das Ansteigen der Teilnehmendenzahl Ende Dezember 2014 auch eine bundesweite Anziehungskraft in der Neonaziszene sowie bei rechtspopulistischen Organisationen entfaltet hatte. Insbesondere im Dezember 2014 und Januar 2015 dominierten Neonazis und rechtsaffine junge Männer die „Spaziergänge" und traten dort offen bedrohlich und gewaltaffin auf. Insofern können PEGIDA und auch der Leipziger Ableger LEGIDA in dieser Zeit als die bisher größten Neonazidemonstrationen der Bundesrepublik angesehen werden.

Dresden, immer wieder Dresden ...

Trotz der großspurigen Ankündigungen gelang PEGIDA bisher nirgendwo außerhalb von Dresden ein vergleichbarer Mobilisierungserfolg. Dies mag daran liegen, dass sich in keiner anderen Region bisher VeranstalterInnen gefunden haben, die auch bei einem größeren Bevölkerungsteil als anknüpfungsfähig angesehen wurden. Vielfach treten einschlägig bekannte Neonazis auf, die gerade nicht das Image von Lutz Bachmann und Co. als „normale Bürger" verkörpern können. Dies allein ist es jedoch nicht.

Sachsen mit seiner Landeshauptstadt Dresden bietet ein spezielles Gefilde, welches dem Gedeihen nationalistischer und rassistischer Strömungen nach wie vor einen guten Nährboden bietet. Erst im September 2014 flog die NPD nur knapp mit 4,9 % aus dem Landtag und die AfD schaffte mit 9,7 % den Einzug. In Anbetracht dessen überrascht PEGIDA nicht wirklich.

Rassistische Pogrome, revisionistische Geschichtsschreibung und rechte Gewalt stießen in Sachsen seit jeher auf wenig Widerstand. Vielmehr wird seit 25 Jahren nahezu ununterbrochen eine Politik des strammen Konservatismus zelebriert, in denen Abweichler_innen, insbesondere Linke zu (Staats-)Feinden erklärt werden, wohingegen (extrem) Rechten und RassistInnen — wie auch in der aktuellen Debatte — Verständnis entgegengebracht wird. Während die berühmt-berüchtigte „sächsische Justiz" bis heute Verfahren in aller Härte gegen Blockierer_innen von Neonazi-Aufmärschen betreibt, erfolgten Einstellungen oder milde Strafen gegen militante Neonazi-Gruppierungen wie „Sturm 34". Zivilgesellschaftliche Initiativen sehen sich immer wieder mit Mittelkürzungen konfrontiert. Der sächsische Innenminister Markus Ulbig überbietet sich mit Vorschlägen zur Verschärfung des Asylverfahrens während er gleichzeitig das Gespräch mit den PEGIDA-OrganisatorInnen sucht. Er agiert dabei nicht nur als Innenminister sondern auch als Wahlkämpfer, will er doch im Sommer 2015 Oberbürgermeister in Dresden werden.

Dass gerade die Landeshauptstadt zur Hochburg von PEGIDA werden konnte, liegt jedoch nicht nur am politischen Klima des Freistaats sondern auch an der Stadt selbst. Dresden bietet mit seiner restauriert-konservativ-barocken Stimmungslage erneut jenes gesellschaftspolitisches Gefilde, welches bereits die Neonazigroßaufmärsche zum 13. Februar ermöglichte. Als eine der letzten Großstädte noch von einer CDU-Oberbürgermeisterin regiert und seit der Wende Sitz der sächsischen CDU-Regierung, die meist allein oder mit deutlich kleineren Koalitionspartnern (SPD, FDP) auskam, verkörpert die Stadt seit jeher das Image der „heilen Welt". Ein Kleinod, das aus Sicht einer Vielzahl ihrer Bewohner_innen immer nur dann gestört wurde, wenn es Interventionen von außen gab. In diese Geschichtsschreibung stellt sich PEGIDA, indem ein Zustand imaginiert wird, den es vorgeblich zu bewahren gilt. Denn „von Außen" droht erneut Gefahr, diesmal in Form von „Islamisierung" bzw. Ausländer_innen generell. Der Grund für den Mobilisierungserfolg von PEGIDA ist also auch in der Identitäts- und Mythenbildung der Stadt zu suchen, die lange am Image der „unschuldigen

(Foto: Screenshot YouTube/ARD)

Bild oben: Siegfried Däbritz beschimpfte Muslime im Internet als „mohammedanische Kamelwämser". Hier als Gast in einer Fernsehsendung.

Bild rechts: Lutz Bachmann (links) und Kathrin Oertel (mitte) tragen das Fronttransparent für PEGIDA.

Foto: Caruso Pinguin (CC BY-NC 2.0)

Stadt" hing, die nach wie vor eher die „randalierenden Linken" als den größten Naziaufmarsch seit dem Nationalsozialismus (13. Februar) als Problem sieht. Eine Stadt, die bis heute nur wenig zu kritischer Reflexion, Offenheit und lebhafter Debatte in der Lage ist, wenn auch PEGIDA erstmalig eine breite Diskussion in der Bürgerschaft hervorgebracht hat.

Quo vadis PEGIDA?

Im Januar 2015 spaltete sich der OrganisatorInnenkreis von PEGIDA. Einerseits war der Frontmann Lutz Bachmann, nachdem von ihm Fotos mit Hitlerbärtchen und rassistische Beleidigungen aufgetaucht waren, nicht wirklich bereit von seiner Führungsrolle Abstand zu nehmen. Andererseits hatte sich Bachmann, entgegen der Auffassung des gemäßigteren Teils, öffentlich hinter den Leipziger Ableger gestellt. Zuvor hatte sich PEGIDA ausdrücklich von LEGIDA aufgrund deren Weigerung das Thesenpapier zu zeichnen sowie den Angriffen auf Journalist_innen distanziert. Nach einer Kampfabstimmung von fünf zu sechs Stimmen zogen sich die Unterlegenen um Kathrin Oertel und René Jahn zurück und gründeten die Bürgerbewegung „Direkte Demokratie für Europa" (DDfE).

Dieses Zerwürfnis hat die Anziehungskraft von PEGIDA gebrochen. Das neue gemäßigte Bündnis ist (derzeit) zu unbestimmt und hat bereits angekündigt, zwar rechts von der CDU, aber dennoch nahe an der Partei sein zu wollen. Es dürfte damit jegliche Glaubwürdigkeit als Protestbewegung verloren haben. Nach zwei erfolglosen Kundgebungen mit zunächst 700 und dann nur noch weniger als hundert Teilnehmenden hat DDfE bereits angekündigt nicht mehr demonstrieren zu wollen.

Es bleibt abzuwarten, ob es Bachmann trotz seines nunmehr offen zu Tage getretenen rechten Images gelingt, (erneut) jene RassistInnen und Unzufriedenen einzusammeln, die sich selbst in der „Mitte" verorten — auch wenn sie es nicht sind. Dass PEGIDA zumindest regional weiter Bestand haben wird, zeigen die Teilnehmendenzahlen der beiden Demonstrationen nach der Spaltung — während am 9. Februar 2015 „nur" 2.000 DemonstrantInnen dem Ruf Bachmanns folgten, waren es eine Woche später bereits wieder 4.300. Und das, obwohl in Leipzig sowie in Chemnitz zeitgleich „GIDA" Veranstaltungen stattfanden. Offensichtlich ist, dass PEGIDA weiter nach rechts steuert. So sprachen auf der Kundgebung nach der Spaltung der rechte Verleger Götz Kubitschek und die frühere Hamburger AfD-Politikerin Tatjana Festerling. Bachmann selbst rechtfertigte seine Beleidigungen von Asylbewerber_innen als „Gelumpe" und „Dreckspack" mit der Aussage „dass jeder, wirklich jeder von uns sie schon einmal am Stammtisch benutzt hat".

Chance und Gefahr zugleich

Insbesondere aus Richtung der Konservativen scheint es, dass die Debatte zunehmend dazu genutzt wird — unter Verweis auf eine vermeintlich starke rechte „Bürgerbewegung" — Verschärfungen im Asylrecht durchzusetzen. Durch die Gesellschaft geht eine Spaltung, die sich in der Haltung zur Frage von Einwanderung und des Umgangs mit Geflüchteten manifestiert. Einerseits erhalten PEGIDA oder die AfD großen Zulauf, andererseits etabliert sich bundesweit eine bisher auch in ihrer Breite ungekannte Bewegung zur Unterstützung von Geflüchteten sowie eines Standpunktes von „mehr Einwanderung und Schutz".

Sind die Gründe im Einzelnen auch höchst unterschiedlich, so zeigt sich, dass in dieser Frage eine weitreichende Politisierung eingetreten ist. Die Situation derzeit ist aus Sicht einer linken Bewegung also Gefahr und Chance zugleich. •

1 Am 05.01.2015 drangen 15 Personen der „Identitären Bewegung" vor der PEGIDA Demonstration in den Sächsischen Landtag ein, posierten vor und in dem Gebäude mit einschlägigen Transparenten für Fotos und solidarisierten sich mit PEGIDA. **2** Namentlich in Erscheinung getreten sind für das ursprüngliche PEGIDA Orga-Team Lutz Bachmann, Rene Jahn, Siegfried Däbritz, Tom Balazs, Kathrin Oertel, Frank Ingo Friedmann, Thomas Hiemann und Thomas Tallacker. **3** www.sz-online.de/nachrichten/cdu-stadtrat-hetzt-im-internet-gegen-auslaender-2635808.html

TITEL

Die rassistisch gefärbte Protestserie in Dresden hat unerwartete Ausmaße angenommen. Versuche, das nachzuahmen, bleiben weit dahinter zurück. Doch die eigentlichen Folgen der Bewegung werden sich erst noch zeigen — und könnten drastisch sein.

Der PEGIDA-Effekt

ANTIFA-KOMITEE LEIPZIG

Die vielfachen Versuche, PEGIDA zu imitieren, klappten einstweilen nirgends so recht. Schon rasch nach der Etablierung der Dresdner Demonstrationsserie sproßen dutzende „GIDA"s, verteilt auf dem ganzen Bundesgebiet, wie Pilze aus dem Boden. Aber die meisten fristen ein rein virtuelles Dasein. Tatsächliche Kundgebungen und Demonstrationen folgten in mindestens 20 deutschen Städten, von denen die meisten zahlenmäßig gering ausfielen. Zu Großveranstaltungen mit mindestens 1.000 Teilnehmenden entwickelten sich lediglich die Ableger in Leipzig (LEGIDA), München (Bagida) und Suhl (Sügida). Auf zumindest 500 Teilnehmende brachten es analoge Veranstaltungen in Magdeburg (Magida), Berlin (BärGidA), Schwerin (MVgida) und Chemnitz (Cegida). Versuche, das Protestformat ins europäische Ausland zu exportieren, blieben hinter den Zielen zurück und damit auch hinter dem namentlichen Anspruch, das „Abendland" zu repräsentieren, eine Bewegung der „europäischen Patrioten" zu schaffen.

Nachahmungen mit begrenztem Erfolg

Zieht man den Vergleich der Ableger mit dem Original, so fällt einerseits auf, dass AnhängerInnen der extremen Rechten und der Neonaziszene fast überall unverhohlener, mithin aggressiver auftreten als in Dresden und teils vehement versuchen, die Veranstaltungen als Plattform zu nutzen. Sie gehen dort einfach weniger in der Masse unter. Aber, und das ist der Punkt: Nirgendwo kam eine mit Dresden vergleichbare Mobilisierungsdynamik zustande, wo sich der Zulauf anfangs von Woche zu Woche jeweils fast verdoppelte und im gleichen Maße die Medienaufmerksamkeit zugenommen hatte. Gerade in dieser weitgehend ungestörten,[1] kontinuierlichen Anlaufphase formierte sich ein augenscheinlich stabiler Protestkern, an dessen Kohärenz kein PEGIDA-Ableger heranreicht. Diese haben insoweit

auch zuverlässig die Erwartungen des eigenen, auf die Dresdner Attraktion geeichten, Publikums verfehlt.

Der bislang erfolgreichste PEGIDA-Klon namens LEGIDA hat sich in Leipzig etabliert. Zum ersten LEGIDA-Marsch am 12. Januar 2015 erschienen bis 4.800, bei einer Wiederholung neun Tage später nach Polizeiangaben sogar 15.000 Personen. Eine Einzelauszählung anhand Foto- und Videomaterial zeigt allerdings, dass es sich höchstens um 5.000 Menschen gehandelt haben kann. Der starke Zulauf mag sich hier gerade durch die Unterschiede zu PEGIDA erklären: Das Demonstrationsmodell in Leipzig erinnert weniger an die „Abendspaziergänge“ an der Dresdner Elbe, als an die krawalligeren „Hooligans gegen Salafisten“. Von Kontinuität ist hier nichts zu sehen, nach mehrfacher Änderung der Demonstrationstage, nicht zuletzt aber auch wegen des energischen Widerstands, brach der Zulauf wieder zusammen.

Ergebnis und neuer Höhepunkt rassistischer Mobilisierungen[2]

Wenn nach den Auswirkungen der PEGIDA-Bewegung gefragt wird, so zählt nicht allein, inwieweit und unter welchen Bedingungen eine Übertragung des Dresdner Protestmodells in andere Städte gelingt oder scheitert. Ein wichtiger Gesichtspunkt wird gern vergessen: Ganz ohne sichtbares Zutun der ProtagonistInnen haben die PEGIDA-Events einen enorm stimulierenden Effekt auf rechte Mobilisierungen, die den Themenkreis Migration und Religion berühren und im öffentlichen Raum sichtbar werden. Blendet man PEGIDA und deren Ableger aus, so gab es in den vier Monaten seit der allerersten PEGIDA-Veranstaltung am 20. Oktober 2014 in Sachsen mindestens 60 derartige Protestereignisse an 16 verschiedenen Orten. Daran beteiligten sich summiert mindestens 12.300 Personen. Die erhebliche Größenordnung wird deutlich im Vergleich mit dem gleichbemessenen Zeitraum im Winter 2013/2014. Damals wurden 21 derartige Protestereignisse in acht Orten gezählt, an denen sich insgesamt rund 4.900 Personen beteiligten. Bereits damals handelte es sich um eine außerordentlich starke Mobilisierungswelle, vor allem bedingt durch den unerwarteten Zulauf zu den so genannten „Lichtelläufen“ in Schneeberg.

Im gleichen Zeitraum der Wintermonate 2012/2013 waren sogar nur 15 Veranstaltungen in zehn Orten mit insgesamt etwas mehr als 1000 Teilnehmenden zu verzeichnen. Die meisten dieser vergleichsweise kleinen Events waren Stationen einer Kundgebungs-Rundreise der NPD unter dem Motto „Asylmissbrauch und Islamisierung stoppen“.

Damit ist nicht nur eine Mehrung von Veranstaltungen mit wachsendem Zulauf zu beobachten — sondern das tatsächlich realisierte Mobilisierungspotential bei asyl- und islamfeindlichen Versammlungen in Sachsen hat sich mehr als verzehnfacht. Erst kurz vor dem vorläufigen Höhepunkt, den wir jetzt erleben, traten die (wie gesagt: hier gar nicht einberechneten) PEGIDA-Demonstrationen hinzu. Sie können insoweit als Ergebnis einer mehrere Jahre andauernden, bewegungsförmigen Kampagne verstanden werden.

Diese ist zuallererst das Werk der extremen Rechten, insbesondere der NPD. In der Schlussphase ihrer parlamentarischen Tätigkeit im Sächsischen Landtag hatte sie zu ihrem Brot-und-Butter-Thema zurückgefunden, das sich im Vergleich mit anderen Kampagnenthemen in seiner über das eigene Spektrum hinaus gehenden Zugkraft als äußerst erfolgreich erwiesen hat. So war bereits der Zulauf bei den NPD-gelenkten „Lichtelläufen“ ab Ende 2013 für die VeranstalterInnen unerwartet hoch ausgefallen.[3]

Spuren in der Landespolitik

Die Entstehung PEGIDAs lässt sich vor diesem Hintergrund deuten als eine (neuerliche) räumliche Konzentration, nämlich als Versuch der Sammlung des schon zuvor bestehenden, jedoch schwankenden Protestpotentials. Für dieses Protestpotential war Dresden eine bedeutende, aber eben nur eine Durchgangsstation. Der Erfolg PEGIDAs stimuliert weitere Initiativen in anderen Orten, die sich größtenteils in ihrer Selbstdarstellung auf PEGIDA beziehen. Nimmt man Dresden als Fixpunkt der jüngsten Mobilisierungswelle, so ist ihre neuerliche Ausbreitung im Land zu erwarten. Mit PEGIDA enden wird sie jedenfalls nicht.

Dafür sorgt auch, dass die PEGIDA-Bewegung, anders als überall sonst, bereits tiefe Spuren in der sächsischen Landespolitik hinterlassen hat. Die CDU-Fraktion im Landtag hat dazu beigetragen, die OrganisatorInnen, unter ihnen der Dresdner AfD-Funktionär Achim Exner, zu legitimen GesprächspartnerInnen aufzuwerten. Derweil hat der CDU-Innenminister nicht nur selbst mit den OrganisatorInnen gesprochen, sondern dem Begehren von der Straße nachgegeben und eine Verschärfung der Asylpolitik in Aussicht gestellt. Die AfD-Fraktion hat sich im Parlament im Namen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit zur Fürsprecherin der Bewegung aufgeschwungen, nicht ohne ihrerseits mit den MacherInnen zu sprechen und selbst vor einer migrantischen „Flutwelle“ zu warnen. Wer sich schließlich fragt, wie „Abendland“, die Beschwörung des Jahres 1989 und billigste Medienschelte überhaupt das politische Vokabular bestimmen konnten, wird im Wahlprogramm der AfD für die vergangene Landtagswahl fündig. Daran mitgeschrieben hatte Achim Exner. Wie genau die PEGIDA-DemonstrantInnen das Produkt studiert haben, weiß man nicht. Aber das Ergebnis einer Studie des Berliner Bewegungsforschers Dieter Rucht darf Besorgnisse wecken: Würde das PEGIDA-Klientel den Wahlausgang bestimmen, „so hätte die AfD im Bundestag die absolute Mehrheit und die NPD wäre die einzige Oppositionspartei.“[4] •

1 Freilich gab es zeitige Protestaktionen. Die Behauptung, von Anbeginn medial („Lügenpresse“) und politisch („Volksverräter“) denunziert worden zu sein, gehört aber in den Bereich der bei PEGIDA sorgsam gehüteten Gründungslegenden. 2 Die Darstellung in diesem Abschnitt basiert auf einer fortlaufenden statistischen Auswertung rassistischer Protestereignisse in Sachsen, die sich aus verschiedenen Quellen speist (eigene Beobachtungen, Presse- und Polizeiberichte, Darstellungen von VeranstalterInnen, parlamentarische Anfrage), die jeweils unterschiedlich verlässlich und noch keinesfalls vollständig sind. Das gilt insbesondere für Angaben der TeilnehmerInnenzahlen. Im Zweifel wurden niedrigere Angaben bevorzugt, so dass ein hier nicht beachtetes Dunkelfeld bleibt. Es lassen sich also durchaus „undramatisierte“ Trendaussagen ableiten. Ein bundesweiter Vergleich steht noch aus. 3 Siehe hierzu und zur Einschätzung der sog. „Lichtelläufe“ das AIB Nr. 102 4 Rucht, Dieter u.a. (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an PEGIDA (Stand: 28.01.2015), veröffentlicht unter: www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf. Die Studie ist nicht repräsentativ, Aussagen zur Parteipräferenz der PEGIDA-AnhängerInnen werden jedoch durch weitere Studien durchgehend gestützt.

TITEL

Der große Zuspruch, den die PEGIDA-Bewegung erfahren hat, sorgte für Aufsehen und Verwunderung. Die Ursachen für diesen rasanten Erfolg sind für viele Menschen bis heute nicht nachvollziehbar. Einige Kernaussagen der PEGIDA-DemonstrantInnen lassen jedoch trotz der Diffusität der Bewegung Rückschlüsse auf einen wichtigen Mobilisierungsfaktor zu. Die überwiegende Mehrheit misstraut den etablierten Parteien und ist damit auf parlamentarischer Ebene heimatlos. Eine politische Heimatlosigkeit, der PEGIDA, zumindest in einem gewissen Grad und für kurze Zeit, Abhilfe schaffen konnte.

Der außerparlamentarische Lückenfüller

Die PEGIDA-Bewegung startete mit der Forderung, religiöse Konflikte sollten nicht auf deutschem Boden ausgetragen werden, sowie mit einer schlecht getarnten Islamfeindlichkeit, in der vor einer „Islamisierung" Deutschlands und Europas gewarnt wurde. Diesem plumpen Rassismus folgten die Forderungen nach einer Verschärfung des Asylrechts und der Ausweisung „krimineller Ausländer". Was zunächst als vermeintliche „Islamkritik" daherkam, enthüllte schnell den Kern der Bewegung als nationalistisches und rassistisches Projekt.

„Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist"

Eine Analyse der Äußerungen von PEGIDA-AnhängerInnen sowie zentraler Forderungen des OrganisatorInnenteams verdeutlicht, dass sich PEGIDA als rechtspopulistisch einordnen lässt. Die Vorstellung großer Teile der PEGIDA-AnhängerInnen, sie seien „das Volk", das von der „Elite" des Landes ausgenutzt und belogen werde, gehört schon seit Jahren zum Stammrepertoire des Rechtspopulismus in Europa, und das nicht ohne Erfolg.

Diese Selbststilisierung zum „unterdrückten Volk" wurde zu einer der prägenden Elemente von PEGIDA und ergänzt sich hervorragend mit anderen Aussagen und Mobilisierungsaspekten. Das Wort „Lügenpresse" wäre strategischer agierenden RechtspopulistInnen wohl zu negativ behaftet, aber auch eine andere Wortwahl kann nicht über die Intention hinwegtäuschen. RechtspopulistInnen werden nicht müde, die Presse für die Schaffung und Aufrechterhaltung von vermeintlichen Tabus und Political Correctness anzugreifen. Es wird suggeriert, dass Themenfelder wie Migration und Islam von der „Elite" und der sie unterstützenden Presse schön geredet und Probleme bewusst unter den Tisch gekehrt würden. Etliche PEGIDA-AnhängerInnen haben sich in den wenigen Interviews mit Aussagen über die Rolle der Presse, die an der Grenze zum verschwörungstheoretischen liegen, um Kopf und Kragen geredet. Dass nach der Konstruktion eines Gegensatzes von „Volk" und „Elite" und der Feststellung der manipulierenden Rolle der Presse ein Sündenbock gefunden werden muss, ist nur logische Folge. Am besten tritt es sich eben nach unten. Geflüchtete werden so zur Bedrohung stilisiert. Diese seien aus Sicht von PEGIDA nicht nur kriminell, sondern würden aufgrund ihrer Kultur und Religion auch die deutsche bzw. westliche Kultur und Identität, was immer das heißen mag, in Frage stellen. Der „Elite" wird dabei die Rolle zugeschrieben dies zuzulassen und durch lasche Gesetze und „Gutmenschentum" eine aus dem Ruder gelaufene Einwanderung zu fördern. Auffällig bei PEGIDA ist nicht zuletzt, dass sozioökonomische Aspekte kaum eine Rolle spielen. Der Fokus liegt auf soziokulturellen Fragestellungen.

Parteipolitische Leerstelle

In den letzten Jahren versuchten sich Parteien aus dem Rechtsaußenspektrum immer wieder in der deutschen Parteienlandschaft zu etablieren. Mit einigen wenigen Ausnahmen auf Landesebene waren diese Versuche jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Damit war Deutschland eine Ausnahme im politischen Europa. Während in vielen Ländern rechtspopulistische Parteien teilweise große Erfolge feierten, verblieb die Leerstelle zwischen rechts-konservativer CDU und neonazistischer NPD unausgefüllt. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Ein Grund liegt im starken Konservatismus in Deutschland, der in Form von FAZ, katholischer Kirche und CDU/CSU lange Zeit nationalkonservative Politik und Werte abdeckte. Dieser Bereich wird in vielen europäischen Ländern durch die jeweiligen rechtspopulistischen Parteien gefüllt.

Rechtspopulistische Parteien stehen jedoch spätestens mit der Übernahme von Regierungsverantwortung vor einem ernsthaften Problem, da die Anti-Establishment-Rhetorik so schnell unglaubwürdig erscheint. Sehr deutlich wurde dies etwa am Beispiel der FPÖ in Österreich, die 1999 als zweitstärkste Partei aus den Wahlen hervorging und während der nachfolgenden Regierungsbeteiligung stetig an Stimmen verlor. Der Slogan „Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist", der auf den Wahlplakaten neben Haiders Konterfei prangte, kann als stellvertretend für die rechtspopulistische Rhetorik begriffen werden.

Interessant ist die Rolle der CDU/CSU in

zweierlei Hinsicht. Zum einen, weil viele klassische CDU/CSU-Themen wie Familienpolitik, strikte Asyl- und Migrationspolitik und ein sehr positiver Bezug zur deutschen Identität auch bei PEGIDA eine wichtige Rolle spielen. Zum anderen, weil viele der PEGIDA-AnhängerInnen der CDU/CSU den Rücken kehren oder sie gar nicht erst als Wahlmöglichkeit in Betracht ziehen. Trotz erkennbarer Themenüberschneidung wird die CDU/ CSU als ein maßgeblicher Teil der sogenannten Elite rigoros abgelehnt. Viele Menschen fühlen sich von dieser Elite verraten, übergangen und ausgenutzt. Mit der neonazistischen NPD können sich die meisten jedoch ebenso wenig identifizieren. Das bedeutet, dass viele Menschen sich in ihrer politischen Auffassung weder vom Parlament noch durch eine andere Partei vertreten sehen. Das schafft Frust. Frust, der einen Kanal benötigt. PEGIDA bot diesen Kanal und war vor allem aufgrund seiner inhaltlichen Diffusität so attraktiv. Dazu gehörte das konfuse Konstrukt eines unterdrückten Volkes und einer gefährdeten nationalen Identität, ebenso wie die Propagierung diverser Feindbilder. Eine parlamentarische Alternative konnte so nicht entstehen, PEGIDA bot und bietet jedoch die Möglichkeit, wöchentlich mit tausenden, vermeintlich Gleichgesinnten den eigenen Vorurteilen, Hass und Wut freien Lauf zu lassen und Bestätigung zu erhalten.

Und die AfD?

Nun kann natürlich entgegnet werden, dass es mit der AfD zur Entstehungszeit von PEGIDA durchaus eine rechtspopulistische Alternative gab und die damit angesprochene Leerstelle zwischen Konservatismus und Neonazis ausgefüllt gewesen sei. Die AfD verzeichnete ja auch in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gute Ergebnisse bei den Landtagswahlen. Dieses Argument wird der Genese des erfolgreichen Rechtspopulismus aber nicht gerecht. Etwa mit Blick auf den Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Skandinavien ist festzustellen, dass dieser nicht über Nacht gewachsen ist. Die Fortschrittspartei aus Norwegen und die Dänische Volkspartei haben ihre Wurzeln in den frühen 1970er Jahren. Der etwas schneller einsetzende Erfolg der Schwedendemokraten ist nach wie vor inmitten eines Etablierungsprozesses zu sehen. Vergleichen lassen sich diese Erfolge mit rechtspopulistischen Strohfeuern wie z.B. der Schill-Partei in Hamburg jedoch kaum. Die AfD ist eine junge Partei, und trotz guter Wahlerfolge auf Landes- und Europaebene steht der Beweis für die Standhaftigkeit und Glaubwürdigkeit noch aus. Wäre die AfD schon eine anerkannte und erfahrene Größe gewesen, wäre die rechtspopulistische Leerstelle zwischen CDU/CSU und NPD ausgefüllt.

Es ist zu vermuten, dass dies vielen PEGIDA-DemonstrantInnen als politische Heimat und Vertretung ausgereicht hätte. Die Forderungen von PEGIDA und auch das Spielen mit nationaler Identität hätten nicht dieselbe Anziehungskraft entfalten können. PEGIDA spielt sich als Tabubrecher und Wahrheitsfinder auf und wurde zur Identifikationsmöglichkeit für tausende Menschen. Die Agenda ist ganz klassisch rechtspopulistisch. Die AfD hat das Potential, diesen Raum zu besetzen. Ob es ihr gelingen wird, kontinuierlich über Jahre hinweg die WählerInnen bei der Stange zu halten und sich nicht in internen Streitigkeiten zu verlieren, wird sich zeigen. PEGIDA und ihre Abspaltung „Direkte Demokratie für Europa" werden bald wieder verschwinden. Es ist ihnen aber gelungen, rassistische und nationalistische Meinungen bei vielen Menschen hoffähig zu machen und den Diskurs politischer Parteien auch über die AfD hinaus nach rechts zu beeinflussen. Einige von PEGIDAs Kernforderungen wie die eines Einwanderungsmodells nach Vorbild der Schweiz und Kanada werden mittlerweile auch in den etablierten Parteien diskutiert. •

TITEL

Antimuslimischer Rassismus, seit Jahren von Politik und Medien mit geschürt, manifestiert sich inzwischen auf den Straßen des „Abendlandes“ sowie in Verlautbarungen erstarkender rechtspopulistischer Parteien. Es geht dabei auch darum, den Abbau sozialer Rechte ideologisch abzusichern, während zugleich soziale Widersprüche durch rassistische Spaltungen verschleiert werden. Zudem werden tradierte Vorurteile gezielt zur Umsetzung repressiver Politik genutzt. Über diese Aspekte insbesondere im Kontext bundesweiter rassistischer Mobilisierungen sprach das AIB mit der Politologin und Autorin Inva Kuhn.

Antimuslimischer Rassismus

Siehst du insgesamt eine Zunahme antimuslimischer Ressentiments oder stellen PEGIDA u.a. lediglich eine öffentliche Plattform dessen dar, was sich bereits länger entwickelt hat?

Antimuslimischer Rassismus hatte im Laufe der Jahre — wie andere Ideologien auch — stets Konjunkturen. Also halte ich diesbezüglich die ideologische Dimension für entscheidend. Ein Blick über bereits gelaufene Debatten zeigt, wie mit traditionell antimuslimischen Bildern und Ressentiments ganze Politikfelder (neu-)besetzt wurden: Nach „9/11“ sprach man im Rahmen von Entwicklungspolitik plötzlich über Sicherheitspolitik, Menschenrechtsdebatten wurden im Lichte von sogenannten Religions- und Kulturkämpfen ausgetragen und soziale Widersprüche neoliberaler Reformen durch rassistische Spaltungen verschleiert. Diese und andere unterschiedliche Themen der vergangenen Jahre, die immer wieder mit „dem“ Islam gekoppelt wurden, schufen im Gesamten ein einheitliches, negatives Bild von Muslimen.

PEGIDA ist also die Folge langer ideologischer Debatten und rassistischer Kampagnen gegen Muslime, die mittlerweile institutionalisiert wurden. Die Reform um das Staatsangehörigkeitsrecht und die daraus folgenden rassistischen Kampagnen mündeten in repressive gesetzliche Regelungen für Betroffene. Das war nicht PEGIDA. Der Überhöhung „islamischer Gefahren“ begegnete man in Baden-Württemberg mit Gesinnungstests, bekannt auch als Muslimtests. Auch nicht PEGIDA. In der Beschneidungsdebatte wollte man mit missionierender Unbeirrbarkeit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: den Jüd_innen und Muslim_innen „abendländische Zivilisation“ als Norm beibringen. Wieder nicht PEGIDA.

PEGIDA sind in einem gesellschaftlichen Klima entstanden, in dem beharrlich seit Jahren über migrationspolitische Versäumnisse hinweggesehen wurde und rassistische Kampagnen gegen Muslime zur Tagesordnung gehören. PEGIDA kann sich auf all das beziehen, was wir schon von Sarrazin, Buschkowsky, Broder, Ulfkotte, Pirincci oder Kelek kennen. Da Antimuslimischer Rassismus offensichtlich sehr anschlussfähig für den Mainstream ist, halte ich es für unabdingbar, seine ideologische Funktion in den Blick zu nehmen. Antimuslimische Ressentiments können jederzeit und situativ aufgerufen werden und für politische Interessen eingesetzt werden. Dadurch wird jene Macht entfaltet, die Antimuslimischen Rassismus ausmacht, rechtfertigt oder relativiert.

In der Debatte um die Verteidigung des „Abendlandes“ manifestiert sich eine konstruierte kulturell homogene und traditionelle Gemeinschaft mit einer radikalen Abwehrhaltung gegenüber jeglicher Normabweichung. Wenn auch andere Themen angesprochen werden, scheint sich die Auseinandersetzung auf einen aggressiv formulierten antimuslimischen Rassismus zu beschränken. Teilst du diese Einschätzung und warum bieten gerade Muslim_innen deiner Meinung nach diese Angriffsfläche?

Zunächst funktionieren Ideologien der Ungleichheit auch ohne Adressaten, ich glaube nicht, dass man Muslim_innen braucht, um Antimuslimischen Rassismus zu schüren. Das gleiche gilt für Antisemitismus. Er funktioniert offenbar auch ohne Jüd_innen. Jenseits davon wäre es sehr zynisch, Betroffene verantwortlich zu machen oder zumindest davon auszugehen, dass sie eine Angriffsfläche böten.

In der Debatte um die Verteidigung des „Abendlandes“ findet zweifelsohne eine Überlappung unterschiedlicher Themen oder „eigener Problematiken“ statt. Man spricht über „Muslime“, handelt aber damit die Anpassung ganzer Lebensbereiche an den neoliberalen Zeitgeist aus: Hartz IV, die Privatisierung sozialstaatlicher Funktionen oder Globalisierung der Produktionsweise.

Es geht also primär um soziale Widersprüche, die rassistisch ausgetragen werden, weil sie kulturalisiert und ethnisiert werden. Mal wird gegen Muslim_innen gehetzt, mal gegen Geflüchtete. Je nachdem, was gerade anschlussfähiger ist und dadurch politisch mehr hergibt. Deshalb finde ich eine Fokussierung der Auseinandersetzung auf den Rassismus im Allgemeinen wichtig. Es geht zwar selten bei diesen Angelegenheiten ausschließlich um Muslime oder nur um Geflüchtete, aber stets werden

die Debatten rassistisch ausgetragen, egal ob es um Verteilungs-, Identitäts- oder Repräsentationskämpfe geht.

Der Diskurs über Islam und Muslim_innen steht beispielhaft für die Kulturalisierung sozialer und politischer Problemlagen. Dieser Kampf um kulturelle Dominanz scheint parallel zu ökonomischen Kämpfen stattzufinden. Woran liegt es deiner Ansicht nach, dass es mit solchen rassistischen Diskursen scheinbar gelingt, ganz verschiedene gesellschaftliche Fraktionen zusammenzubringen?

Ich denke, dass die Funktionalitäten, die Rassismus erfüllt, Auskunft über Gründe geben, weshalb zusammenhält, was gar nicht zusammengehört. Der Diskurs um Verteilung wird nationalistisch bestimmt, soziale und ökonomische Konflikte werden also zu kulturellen Problemen gemacht. Das ist ein zentraler Aspekt extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien und Organisationen und er funktioniert über die Sündenbockideologie perfekt, wenn es darum geht, für gesellschaftliche Unsicherheiten und ungezügelte neoliberale Reformen Verantwortliche zu finden. Diese Kulturalisierung sozialer Fragen funktioniert in Deutschland genauso wie in Griechenland.

Zum anderen sehe ich als Problem die Verbindung zwischen der Kritik an Rassismus seitens des Mainstreams bzw. der Offiziellen und dem staatspolitischen Programm der Extremismustheorie: Rassismus wird alleinig zum Problem von Neonazis gemacht, also feiert man die „Mitte der Gesellschaft" als Hort demokratischer Werte und Prinzipien, was eine umfassende Rassismusintervention erschwert. Deshalb erfreut sich die „Standortdebatte" als Klammer zwischen bürgerlicher Mitte und rechtem Rand großer Sympathien und trägt zu einem gesellschaftlichen Klima der „kulturellen" oder „ethnischen" Abgrenzung bei. Da spielen Fragen nach sozialer Herkunft oder klassenspezifischen Unterschiede kaum eine Rolle. Was lediglich stattfindet ist eine Disziplinierung sozialer und politischer Kämpfe, die gesellschaftliche Fraktionen zusammenbringt, die in sozialer und ökonomischer Hinsicht erst einmal nichts gemein haben.

Antimuslimischer Rassismus wird durch „Aufklärung" nicht einfach zu beseitigen sein. Welche Möglichkeiten zur weiteren Intervention bzw. Thematisierung siehst du und welche Rolle sollte eine antifaschistische Linke dabei übernehmen?

Der Kampf gegen Rassismus muss als ein Querschnittthema betrachtet werden. Es reicht nicht für eine antifaschistische Linke, irgendwelchen RechtspopulistInnen in die Suppe zu spucken ohne soziale Widersprüche in der Gesellschaft anzugehen. Es werden auch — so wichtig sie auch sind — Mobilisierungen zu Blockaden oder Demos gegen Neonaziaufmärsche sowie direkte Aktionen gegen bekannte Neonazis nicht viel helfen, um ein gesamtgesellschaftliches Problem wie Rassismus zu beseitigen. Die politischen Auseinandersetzungen zeigen, dass bei Antimuslimischem Rassismus nicht nur die Artikulation von Identität machtvoll ist. Die Instrumentalisierung von Menschenrechten für neoliberale und geopolitische Ziele sowie die Kulturalisierung sozialer Fragen geben der antifaschistischen Linken die Richtung an. Denn insbesondere in Zeiten bröckelnder neoliberaler Hegemonie kommt Konzepten von Rechts(-außen) eine große Bedeutung zu. Die jüngsten Entwicklungen in Europa zeigen, wie rechtspopulistische und faschistische Parteien und Organisationen in Krisenzeiten an Zustimmung gewinnen. Dem sollte von linker Seite etwas entgegen gesetzt werden, auch bei der Kritik an Rassismus. Konkret bedeutet das: Wer zu Antimuslimischen Rassismus politisch arbeitet, sollte letztendlich auch die Frage nach Krieg und Frieden stellen sowie der sozialdarwinistischen Diffamierung und Entrechtung der Deklassierten etwas entgegen setzen. Antifaschistische und antirassistische Linke sollten auch soziale Kämpfe im Kiez und in der Stadt nicht ignorieren und gleichzeitig rassistischen Spaltungsversuchen entschieden begegnen. Es geht darum, dass wir Verbündete finden, um den steigenden Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus anzugehen. Das bedeutet auch kontinuierliche mühevolle Aufbauarbeit zu leisten, die viel Zeit erfordert. •

Inva Kuhn:
Antimuslimischer Rassismus
Auf Kreuzzug für das Abendland
Neue Kleine Bibliothek 215, 110 Seiten
ISBN 978-3-89438-560-6

Inva Kuhn, *1986, Politologin, ist in der historisch-politischen Bildungsarbeit tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Rassismus, Antifaschismus, Politische Theorie.

TITEL

2013 gelangte der Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf mit dem „Braunen Dienstag“ bundesweit in die Schlagzeilen, als anlässlich der bevorstehenden Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf hunderte Personen auf einer bezirklichen Informationsveranstaltung ihre Ablehnung zum Ausdruck brachten. Gut ein Jahr später verkündete der Senat die Eröffnung von Containerunterkünften für Geflüchtete in fünf weiteren Bezirken, darunter auch Marzahn. Seitdem finden beinahe jeden Montag Aufmärsche gegen die Unterkunft statt (vgl. AIB Nr. 105). Wir haben uns mit zwei Antifaschist_innen aus Marzahn-Hellersdorf getroffen, um uns ein Bild von den Protesten machen zu können.

„Draußen im Outback, da muss man halt Realpolitik machen...“

AIB: Bitte stellt euch selbst kurz vor.

Hans: Ich wohne in Marzahn-Hellersdorf und bin dort seit mehreren Jahren aktiv.

Sarah: Ich bin vom Antifa-Referat des AStA der Alice-Salomon-Hochschule, wohne allerdings nicht im Bezirk. Seit gut einem Jahr machen wir zusammen mit Gruppen vor Ort Stadtteilarbeit. Auch andere studentische Gruppen der ASH sind im Bezirk aktiv. Des weiteren bin ich in einer Innenstadtgruppe organisiert.

Hat sich mit der nun „zweiten Welle“ der Mobilisierung in Marzahn etwas verändert, im Vergleich zu Hellersdorf?

Hans: Es fing damit an, dass die erste Demo in Marzahn von „normalen“ Bürger_innen angemeldet wurde, die auch eine Initiative gegründet hatten. In Hellersdorf war die „Bürgerdemo“ von Neonazis organisiert. Als die Neonazis die Demo in Marzahn recht schnell übernommen hatten, war das aber ein ganz anderes Niveau.

Sarah: Die Einschätzung teile ich. Allein quantitativ ist das ein Unterschied. In Marzahn sind das viel mehr Demonstrationen mit viel mehr Teilnehmenden. Nach unserer Wahrnehmung ist auch die Stimmung im Bezirk mehr auf Seiten der HeimgegnerInnen. In Hellersdorf war das auch der Fall, aber wir hatten den Eindruck, dass es auch andere Stimmen gab, so dass sich die Leute schnell den Protesten gegen die rassistische Mobilisierung anschlossen.

Wie schätzt ihr das Potential der Rassist_innen und Neonazis ein? Glaubt ihr, dass der Bezirk zu einem Brennpunkt neonazistischer Gewalt werden könnte?

Hans: Schwer zu sagen. Es gibt ein starkes Hooligan und Neonazi-Klientel, was anders gewalttätig ist als in Hellersdorf, wo es eher „normale“ Leute waren. Im Marzahn sind das jene, die in den 90ern aktiv waren, älter geworden sind, Familie gegründet haben und jetzt durch die Proteste wieder aktiv werden. Aber inwieweit sich das in Anschlägen äußern wird, wird sich zeigen. Vor kurzem gab es einen Buttersäure-Angriff auf den Sitz der SPD am Blumberger Damm.

Sarah: Ich denke schon, dass es einen qualitativen Unterschied gibt, zumindest in der Präsenz auf der Straße. Anschläge gab es in Marzahn noch nicht, weil die Unterkunft noch nicht existiert. Waren es am Anfang vor allem AnwohnerInnen, die auf die Straße gingen, sind es in den letzten Wochen fast nur Neonazis und Hooligans gewesen. Das ist bedrohlicher und gefährlicher, weil tatsächlich Schlägertrupps durch die Gegend ziehen, was in Hellersdorf nicht der Fall war. Es gab auch von Anfang an Übergriffe auf Gegendemonstrant_innen und Journalist_innen.

Wie seht ihr die innerstädtische Mobilisierung zu den Gegenprotesten?

Hans: Die kam erst, als medial Welle geschlagen wurde. Davor stand unsere „Zivilgesellschaft“ auf der Straße, anfänglich 30, 40 aus dem Kiez, beim zweiten und dritten Mal ein paar Studierende zusammen mit Kirchenvertreter_innen. So richtig los ging es erst, als 500 Neonazis aufmarschierten und für den ersten Samstag mobilisiert wurde und es hieß, es kommen vielleicht tausend. Da gab es medial und intern eine große Mobilisierung. Das ließ aber schnell nach. Es gab diese rassistischen Mobilisierungen ja drei Mal die Woche, nicht nur in Marzahn, auch in Köpenick, Hohenschönhausen und Buch. Das schraubt die Kapazitäten ziemlich runter.

Sarah: Es hatte sich eine Vernetzung gegründet, die dazu arbeitet. Da sind Antifas aus der Innenstadt dabei, wobei die meisten eher aus den Randbezirken kommen. Auch die Zugtreffpunkte waren für einen Montag gut besucht. Aber an sich gestaltet sich das schwierig, da das Mobilisierungspotential nicht gehalten werden konnte und es eher Einzelpersonen sind, als organisierte Gruppen. Unabhängig von den Mobilisierungen

Plattenbauten gehören zu den Merkmalen des Berliner Außenbezirkes Marzahn.

ist es auch auffällig, dass Neonazis, die in den Randbezirken aktiv sind, so ein bisschen machen können, was sie wollen. Das war schon in Hellersdorf so. Da sind krasse Sachen passiert. Es gab Anschläge auf die Unterkunft, ein Auto einer Person die Spenden ins Heim brachte wurde angezündet, Aktivist_innen wurden bedroht. Reaktionen gab es keine, weder Demos, noch irgendwas anderes. Das wäre schon was, das die Innenstadt leisten könnte.

Es gab im „Lowerclass-Magazine" eine Debatte, wo eine Quintessenz war: „Ich bin da hin, stand in einer Blockade und bekam von den politischen Parteien Tee. Das war der Punkt, nach Hause zu fahren." Wo seht ihr vielleicht Unterschiede im Vergleich zum Zentrum der Stadt?

Hans: Das ist typisch: „Wir aus dem Szenekiez fahren raus und erklären den Leuten die Welt." Die Leute kommen aus Friedrichshain oder Kreuzberg, wo tausende Linke wohnen und spontan eine Demo mit tausend Menschen organisiert werden kann, ohne Parteien. Draußen im Outback, da muss man halt Realpolitik machen. Eine Kundgebung gegen die rassistischen Demos zu organisieren, ohne zivilgesellschaftliches Bündnis, inklusive den Kommunalpolitiker_innen, ist hier verdammt schwierig. Da ist man froh, wenn hundert Leute kommen, um sich den Neonazis entgegen zu stellen.

Sarah: Die Leute, die da jeden Montag standen waren vor allem von Parteien, wobei das meist so fünf Leute waren. Ich verstehe, dass das die Leute frustriert, ich fand auch die meisten Montage frustrierend. Aber diese Debatte, die da losgetreten wurde, haben wir vor Ort als extrem unsolidarisch empfunden. Auch weil sie demobilisierte.

Konntet ihr durch die Auseinandersetzungen auf Bündnisse im Bezirk zurückgreifen und hat es euer Netzwerk gestärkt?

Hans: Ins linke Projekt „La Casa" sind seitdem mehr Leute gekommen. Auch gibt es jetzt eine Gruppe in Marzahn von bis zu 10 Schüler_innen, die sich zusammengefunden hat, um sich zu engagieren und um aufzuklären. Gerade bei jungen Leuten gibt es mehr Selbstorganisierung. Auch politisch sind wir enger vernetzt, unter uns, aber auch hin zur Innenstadt und zu anderen Randbezirken.

Sarah: Der AStA war vor den Protesten in Hellersdorf nicht so vernetzt. Bei Hochschulpolitik geht es ja um die Hochschule. Für uns hat sich da viel verändert. Natürlich kannten wir vorher schon Leute aus dem „La Casa", aber dass wir uns politisch im Bezirk einbringen, ist für uns relativ neu.

Seht ihr daran anknüpfend auch Chancen, als Antifa mehr als einen Abwehrkampf zu betreiben?

Sarah: Wir versuchen es, aber in den letzten Monaten war es schwierig, zusätzlich etwas anderes zu machen. Gerade versuchen wir den Fokus zu verschieben. Zum Beispiel flächendeckend in den Platten Flyer zu stecken und eine Zeitung herauszubringen, die bei allen im Briefkasten landet. Das sind Versuche, was anderes anzubieten und Leute zu erreichen, die auch das Gefühl haben, dass die rassistischen Mobilisierungen nicht das Richtige sind.

Hans: Das ist wieder der Unterschied zur Innenstadt. Flyer stecken in einem Kiez, der 30.000 Haushalte hat, ist schon eine andere Hausnummer als wenn es nur 3000 auf gleicher Fläche sind.

Wie schätzt ihr denn die aktuelle Situation im Bezirk ein und was sind eure Erwartungen oder auch Befürchtungen für den Zeitpunkt der Eröffnung der Unterkunft in Marzahn?

Hans: Wenn die Unterkunft eröffnet wird erwarten wir ein Aufflammen der Proteste. Inwieweit das dann Gehör finden wird, ist schwer zu sagen. Durch den Wechsel von Facebook zur Homepage seitens der Neonazis ist da ein großer Teil des Sprachrohrs weggebrochen. Der Blog kommt nicht so an. Dadurch dass nur noch der harte, radikale Kern aktiv ist, wird sich nun relativ offen geäußert. Da wird NS-Propaganda gepostet, da gibts einfach keine Hemmschwelle.

Sarah: Und obwohl es nur noch klares Neonazi-Publikum ist, hat sich die Stimmung im Bezirk nicht verändert. Die richtet sich nach wie vor gegen die Geflüchteten.

Hans: Ich habe ja die Hoffnung, dass wenn die Unterkunft bezogen wird, sich eine Willkommenskultur entwickelt. Es gibt auf jeden Fall Gruppen und Jugendclubs, die sich dahingehend zusammenschließen. In Hellersdorf kamen die Leute auch erst, als die Geflüchteten da waren und meine Hoffnung ist, dass man dann endlich wieder die Gegenstimmen sieht und hört.

Vielen Dank für das Gespräch. •

TITEL

Nur 400 Teilnehmende in Ludwigshafen — die Geschichte der HoGeSa als Massenbewegung scheint Monate nach den Gewaltexzessen von Köln bereits vorüber. Auch ihr Vorbild, die English Defence League (EDL), kann Anfang Februar 2015 nur 600 Teilnehmende zu einer Demonstration nach Dudley mobilisieren.

HoGeSa und EDL: Hooligans suchen Anhang

JOSCHKA FRÖSCHNER

So augenscheinlich die Nähe der beiden Gruppierungen auch sein mag, gibt es doch erhebliche Unterschiede zwischen ihnen, die erklären können, wieso bestenfalls die EDL als eigenständige Organisationsform eine Zukunft hat.

HoGeSa startet schlecht ins neue Jahr: Sowohl eine Demonstration in Essen, als auch ein geplantes Konzert in Duisburg scheitern im Januar 2015. Zeitgleich gibt es interne Querelen: Vorwürfe wegen veruntreuter Merchandise-Einnahmen werden laut. Ein Großteil der Führungsriege verlässt HoGeSa und gründet Gemeinsam Stark Deutschland e.V. (GSD). Ein neuer Name, während Ausrichtung und Personal weitestgehend unverändert bleiben. Wie bei HoGeSa wird den Hooligans in Ludwigshafen nur eine stationäre Kundgebung erlaubt.

Die EDL ist in einem ähnlich schlechten Zustand. Auch bei ihr gibt es Beschuldigungen wegen verschwundener Spendengelder und Grabenkämpfe wegen veruntreuten Marketingeinnahmen. Gleichzeitig sieht sich der Kopf der Londoner EDL, Dave Bolton, Vorwürfen wegen sexueller Belästigung von weiblichen EDL-Mitgliedern ausgesetzt. Dazu kommen heftige Gefängnisstrafen für EDL-Anhänger. Im vergangenen Jahr brachte es die EDL auf 24 Demonstrationen, zu nur dreien wurde landesweit mobilisiert — vor allem um ein Aufeinandertreffen mittlerweile verfeindeter Ortsgruppen zu vermeiden. Unter diesen Vorzeichen sind 600 Demonstranten in Dudley fast als Erfolg zu werten.

Beiden Bewegungen geht es also nicht gut — obwohl „Islamkritik" nach den Attentaten von Paris und den Gräueltaten des IS Hochkonjunktur hat, gelingt es weder HoGeSa noch EDL ein breiteres Publikum anzuziehen. Dabei ist dies der EDL nach ihrem Entstehen im Jahr 2009 für einige Zeit gelungen. Sie entwickelte sich aus einem lokalen islamophoben Protest in der Kleinstadt Luton, bei dem Rechte und Hooligans zueinanderfinden. Von Anfang an hat die EDL einen „starken Mann" an der Spitze: Stephen Yaxley-Lennon, ehemaliges Mitglied der faschistischen British National Party (BNP). Lennon, wegen Ausschreitungen bei Fußballspielen einschlägig vorbestraft, reüssiert von nun an unter dem Pseudonym Tommy Robinson. Im Kreis der EDL, bei der es keine offizielle Mitgliedschaft gibt, findet sich auch sonst jede Menge Personal mit eindeutig neonazistischer Gesinnung.

Inhaltlich beansprucht die EDL für sich, lediglich gegen den militanten Islam zu opponieren. Ihre Themen seien die vom linken Mainstream ignorierte schleichende Islamisierung Englands sowie die Vernachlässigung der einheimischen Arbeiterklasse. Nach außen grenzt sie sich von den klassischen Gruppen der britischen Neonazi-Szene ab. Der Aufstieg der EDL wird gestützt von einer starken Mobilisierung über soziale Medien — heute hat die EDL auf Facebook über 180.000 Likes. Parallel dazu steigen auch die Teilnehmendenzahlen auf Demonstrationen, 3.000 Menschen in Luton im Jahr 2011 sind ein Höhepunkt. Immer neue Ortsgruppen schießen aus dem Boden.

Die EDL verfügt über einige für rechte Gruppierungen ungewöhnliche Untergruppen, wie eine LGBT- und eine Jewish-Division. An ihrer Spitze stand lange Zeit Roberta Moore. Sie nannte die von Anders Breivik auf Utøya Ermordeten „Abschaum", weil sie einer sozialdemokratischen Jugendorganisation angehörten. Später wurde bekannt, dass der Attentäter über gute Kontakte zur EDL verfügte und sie in seinem Manifest als Inspiration nennt. Noch dazu bekundet Yaxley-Lennon (Tommy Robinson) Sympa-

Foto: flickr.com; Simon Holliday; noiseburst (CC BY-NC-ND 2.0)

thien für Breivik. Die Jewish-Division gehört zum radikaleren Teil der EDL, sie knüpft Verbindungen zur US-amerikanischen Jewish Task Force, die rechten Gruppierungen nahe steht.

In erster Linie ist die EDL eine Bewegung, die die Straße braucht. Hier bricht sich der Rassismus Bahn, der in den offiziellen Verlautbarungen noch verschleiert wird. Rassistische Sprechchöre sind Normalität, genauso wie rassistische Beschimpfungen und körperliche Übergriffe auf Menschen nicht-weißer Hautfarbe. Bei ihren Demonstrationen geht die EDL bewusst an Orte, an denen es große muslimische Communities gibt, und versucht, an rassistisch aufgeladene lokale Diskurse anzuknüpfen. Schwere Ausschreitungen sind bei Aufmärschen eher die Regel denn die Ausnahme. Doch immer häufiger stößt die EDL auf Gegenwehr nicht nur seitens der Polizei, sondern auch von örtlichen Communities und militant agierenden AntifaschistInnen. Die Niederlagen auf der Straße sorgen für zunehmende Unzufriedenheit.

Der größte Schlag für die EDL ist aber der Rücktritt von Yaxley-Lennon (Robinson). Es sei nicht gelungen, Neonazis aus der Bewegung zu halten, so seine Begründung. Mehrere Ortsgruppen erklären ihre Abspaltung, und der Gegenwind aus dem Rest der rechten Szene nimmt zu. Eine EDL-Demonstration im nordenglischen Rotherham wird von der Neonazi-Gruppierung National Front (NF) angegriffen.

Bei der Entstehung von HoGeSa spielen soziale Netzwerke ebenfalls eine zentrale Rolle. Hier dienen sie allerdings ebenso zur Mobilisierung wie zur Vernetzung und Verfestigung der Kontakte zwischen Neonazis und rechten Hooligans. HoGeSas Ausgangspunkt, die Störung einer Veranstaltung des Salafisten Pierre Vogel in Mönchengladbach, ähnelt durchaus den Aktionen der EDL. Die Schnittmenge der Gruppe mit dem klassisch neonazistischen Milieu ist von Anfang an offenkundig. Wie die EDL inszeniert sich HoGeSa einerseits als Opfer einer multikulturellen Mehrheitsgesellschaft, stellt aber andererseits bei ihren Demonstrationen aggressive Männlichkeit zur Schau.

Zwar beansprucht auch HoGeSa für sich, lediglich „Islamkritik" zu üben, dass dies aber nur eine taktische Orientierung ist, um jenseits der rechten Szene ein möglichst breites Spektrum mobilisieren zu können, wurde spätestens in Köln offensichtlich. Entgegen der Selbststilisierung als Opfer von Medien, linkem Mainstream, Migrant_innen, Überwachung und Überfremdung entlarvt sich HoGeSa in Köln als das, was es ist: rechtes Tätervolk. Aufgrund der Ausschreitungen von Köln reagiert die Politik äußerst restriktiv. Sie erlaubt nur noch Kundgebungen für eine Bewegung, die wie die EDL auf den Erlebnisraum Straße angewiesen ist. Der „Erfolg" von Köln wird zum Hemmschuh für die weitere Entwicklung. Die lockere Organisation der Bewegung über soziale Medien hat ihre Schwächen. Es gibt wenig Struktur, kaum Personal, das langfristig Strategien entwickelt.

HoGeSa beweist mangelnde Flexibilität: Anstatt wie am Anfang auf kleine Aktionen zu setzen, wollen sie nur noch die große Bühne: Es sollen Demonstrationen durch die Innenbezirke von Millionenstädten sein, die rechten Hooligans wollen sich nach Jahren im Hintergrund unbedingt zeigen. In Hannover wird klar, dass HoGeSa nicht in der Lage ist, Inhalte zu verbreiten, die über die Parole „Ahu!" aus dem Film „300" hinausgehen. Die Hooligans sind auf Input von außen angewiesen, den sie sich bei den üblichen Agitatoren vom rechten Rand holen. Vom Anspruch, über die rechte Szene hinaus in die Gesellschaft hineinzuwirken, hat sich HoGeSa längst verabschiedet. Was passiert, wenn die Gruppe versucht sich selbst zu artikulieren, zeigt sich in einem aktuellen Positionspapier, das eine Mischung neonazistischer Allgemeinplätze und kruder Verschwörungstheorien ist.

Momentan deutet nichts darauf hin, dass der Abwärtstrend von HoGeSa und GSD gestoppt werden könnte. Dies bedeutet aber nicht, dass AntifaschistInnen nun Pause haben. In Fußballstadien sind Zusammenschlüsse von Neonazis und Hooligans nach wie vor in der Offensive. Einen Hinweis auf die mögliche Zukunft von HoGeSa gibt ein Zwischenfall in Köln im Januar 2015. Dort wurden 50 bewaffnete Hooligans von der Polizei gestoppt, bevor sie eine Gedenkveranstaltung zum NSU-Bombenattentat in der Probsteigasse stören konnten.

Die Zukunft der EDL hängt an einem Mann: Yaxley-Lennon (Tommy Robinson). Nach einem Gefängnisaufenthalt spuckt Yaxley-Lennon (Robinson) wieder altbekannte Töne. Insider berichten über eine mögliche Rückkehr von Yaxley-Lennon (Robinson) zur EDL. Für Sommer, nach Ablauf einer Bewährungsstrafe, wird seine Entscheidung erwartet. Eine Rückkehr könnte der rechten Hooligan-Szene Szene in England wieder etwas Auftrieb geben. •

Foto: Mario Bialek

NS-SZENE

Wo sind sie hin, die „Autonomen Nationalisten“? Vor ein paar Jahren noch waren die „AN“ der große Hype im parteifernen Neonazismus. Doch mittlerweile schmücken sich immer weniger Kameradschaften mit dem einst so hippen Label. Ist die Mode vorbei, kommt etwas Neues, geht es back to the roots? Lief sich das Modell tot oder war es so erfolgreich, dass es sich selbst überflüssig gemacht hat?

Was bleibt von den „Autonomen Nationalisten“?

Schenkt man vielen aktuellen Aufklärungsbroschüren „gegen Rechts“ Glauben, dann sind die „Autonomen Nationalisten“ (AN) weiterhin ein ganz neues und ganz großes Ding im bundesdeutschen Neonazismus. Zu lesen sind sachlich völlig zutreffende Analysen: zum Style der AN gehören der „schwarze Block“ als Stilelement auf Demonstrationen, eine experimentierfreudige, theorieferne und praxisorientierte, vor allem nach Systemantagonismus strebende Haltung, kombiniert mit einem umfassenden Symbolklau bei der radikalen Linken und aus der Popkultur. Als AN-Anhängsel sorgten jüngst zudem die als besonders ausgefuchst geltenden „Nipster“ (für Nazi-Hipster) für mediale Aufmerksamkeit. Doch blickt man auf die tatsächliche Rolle der AN im gegenwärtigen Neonazismus, so findet man vor allem: fast nichts.

Krisenerscheinungen des Neonazismus

Der Neonazismus insgesamt befindet sich in einer Krise. Die NPD zerreibt sich zwischen laufendem Verbotsverfahren, Wahlschlappen und internen Querelen. Auch die „Freien Kameradschaften“ sind viel weniger präsent und entfalten wesentlich geringere politische Handlungsfähigkeit als noch vor wenigen Jahren. Ausstrahlungsstarke Demonstrationen mit tausenden teilnehmenden Neonazis sind mittlerweile zu einer Seltenheit geworden, was nicht nur aber auch auf antifaschistische Blockadeaktionen zurückzuführen ist. Diese Krise hat auch die AN, als eine Strömung innerhalb der Kameradschaftsszene, mit erfasst.

Gruppen, die sich selbst „Autonome Nationalisten“ nennen sind zu einer Randerscheinung geworden und beschränken sich vielfach auf die halbherzige Pflege ihrer Internetseiten. Der Esprit der Anfangstage, als über das Label AN tatsächlich noch so etwas wie eine Aufbruchstimmung verbreitet wurde, ist verflogen. Was anno 2005 noch aufregend war, die Überwindung unzeitgemäßer Aktionsformen anstrebte und den Zugang zu neuen, jugendlichen Zielgruppen versprach, ist mittlerweile ein alter Hut. Ihre hauptsächliche Quelle der reaktionären Vergemeinschaftung und Identitätsherstellung kommt den AN zusehends abhanden: größere Demonstrationen, bei denen man im „schwarzen Block“ Militanz ausstrahlen und sich offensiv zum Nationalsozialismus bekennen kann. Die Durchsetzungsfähigkeit „des Blocks“ gegen Repressionen durch Staat und Polizei sowie den Widerstand der Linken war schon immer mehr Mythos denn Realität und hat sich durch die jüngeren Demonstrations-Misserfolge zu einer Farce entwickelt.

Vom parteifreien Neonazismus zum Neonazismus der Parteien?

Wo Neonazis derzeit eine größere Straßenpolitik betreiben können, liegt diese quer zu den Grundannahmen der „autonomen“ Politik. Bei PEGIDA-Demonstrationen oder rassistischen Protesten gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften mischen Neonazis mal am Rande, mal maßgeblich mit. Dieser neue Zugang zu Bevölkerungsschichten, die sonst von neonazistischer Politik entfernt standen, ist eine der wenigen Freuden, die Neonazis dieser Tage haben — und steht dem alten AN-Befund, dass das hoffnungslos umerzogene „Volk“ höchstens Kulisse für aber nicht Träger oppositioneller Politik sein könne, entgegen. Zudem ist den AN das Bedürfnis zu eigen, die Treue zum Nationalsozialismus offen und öffentlich zu zelebrieren — vermummt wird das Gesicht, nicht aber die Ideologie. Bei den jetzigen rassistischen Protesten verhält es sich umgekehrt. Die rechten Straßenproteste brauchen einen bürgerlichen Charakter oder zumindest eine zivile Fassade — die teilnehmenden Neonazis vermummen ihre Ideologie und nicht ihr Gesicht. Randale-Episoden wie die Ausschreitungen bei „LEGIDA“ in Leipzig, wo Hooligans und organsierte Neonazis aus dem Spektrum der „Freien Kräfte“ vereint gegen Presseleute und Gegenproteste anstürmten, kehren diesen Trend nicht um, sondern bleiben einzelne Streicheleinheiten für die Neonazi-Seele.

Von der AN-Gründungsgeneration wurde der Begriff der „Autonomie“ vor allem mit dem parteifreien, also unabhängigen Charakter ihrer Strömung gefüllt. Der Mehrwert zum älteren Begriff der „Freien Nationalisten“ bestand in der Wortpiraterie, die das Spektrum nur scheinbar an die linken Autonomen heranrückte. Die Übernahme war

immer selektiv: Die Posen der „Entschlossenheit" und des „Systemantagonismus" wurden freudig mitgenommen, Basisdiskussionen, Hierarchieüberwindung, Geschlechterrollenreflektion blieben exkludiert.

Die „Organisierung ohne Organisation" in neonazistischer Couleur wurde von den „Freien Kameradschaften" wie den „Autonomen Nationalisten" beileibe nicht erfunden. In ihrer Neuauflage diente es vor allem der Absicherung gegen Repression. Wenn man keine Parteien oder Vereine gründet, dann kann der Staat nicht so leicht Verbote aussprechen, so die Hoffnung. Auf die Dauer hat genau das nicht geklappt. Das Konzept des „autonomen Nationalismus" wurde um das Jahr 2004 von der Berliner „Kameradschaft Tor" aus der Taufe gehoben. Auch im Beweis der Repressionsanfälligkeit des eigenen Ansatzes war „die Tor" vorne mit dabei: Ihr Verbot im März 2005 jährt sich dieser Tage zum zehnten Mal. Seitdem hat es zahlreiche andere Gruppen erwischt. Ein paar Beispiele aus jüngerer Zeit: Seit 2012 wird gegen Neonazis des „Aktionsbüro Mittelrhein" mit schweren Vorwürfen verhandelt, Verbotsbescheide gab es gegen die „Kameradschaft Aachener Land", die „Kameradschaft Hamm", die „Nationalen Sozialisten Chemnitz", den im AN-Kosmos herausragend bedeutenden „Nationalen Widerstand Dortmund" sowie die Initiative „Besseres Hannover". Zuletzt wurden im Dezember 2014 die „Autonomen Nationalisten Göppingen" verboten.

Mit „Balaclava" (englisch für „Hasskappe") ging mittlerweile sogar eine „nationale Koch-Show" auf YouTube online.

Aus den Trümmern der DVU, in Erwartung eines möglichen NPD-Verbotes in der Zukunft und vor allem in Reaktion auf die kleine Verbotswelle erfolgte ein Schritt, der kaum als „autonome Politik" verteidigt werden kann. 2012 wurde die Partei „Die Rechte" gegründet, die vor allem im Ruhrgebiet als Auffangbecken für die ehemals strikt parteifeindlichen „Autonomen Nationalisten" fungiert. Ähnlich motiviert war 2013 die Gründung der Partei „Der III. Weg" in Antizipation des wenig später erfolgten Verbots vom (eher völkisch und damit nicht „autonom" ausgerichteten) Kameradschaftsverbund „Freies Netz Süd" in Bayern.

Neue Impulse und Experimentierfreudigkeit

Die vermutlich kaum geplante, sondern dynamisch sich selbst hervorbringende Experimentierfreude der „Autonomen Nationalisten" war der eigentliche Verdienst dieses Spektrums. Diese Funktion haben die AN mit Bravour erfüllt. Es gelang, den Neonazismus von der staubigen Ästhetik der völkischen „Scheitel" und der dumpfen Neonaziskins (siehe AIB Nr. 82) zu emanzipieren und mit dem Zeitgeist zu versöhnen. Mit den „Autonomen Nationalisten" wurde eine Brücke zwischen den Bedürfnissen einer politischen Bewegung und jugendkulturellen Szenen der Internetgeneration geschlagen. Rechten Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurde die Partizipation ermöglicht und gleichzeitig wurden sie nicht mehr — wie früher — mit Verhaltens- und Kleidungsregeln überschüttet. War es bei den frühen Rudolf-Heß-Gedenkmärschen in Wunsiedel noch undenkbar, ist das subkulturelle Bild der Szene mittlerweile selbst auf den „Trauermärschen" integriert. In Dresden wie auch in Magdeburg störte sich scheinbar niemand daran, dass vereinzelt sogar Jogginghosen getragen wurden. Dabei hatten Teile der AN schon weitaus früher erkannt, wann sich welches Outfit strategisch verkaufen lässt. Die verbotene „Kameradschaft Tor" war Vorreiter der AN, samt dem szenetypischen Habitus, doch auf Demonstrationen wie dem Heß-Marsch 2004 präsentierte sie sich im völkischen NS-Chic. Ein Konzept, mit dem sich zum einem einer Jugendkultur geöffnet wird, zum anderen der Bezug zum historischen Nationalsozialismus nicht aufgegeben werden musste. Auch Werbeformen wie Webblogs, YouTube-Videos und Facebookaktivismus wurden erst von den AN systematisch in das Spektrum eingeführt. Kulturell brachten sie neue Impulse und eine jugendkulturelle Ausdifferenzierung ein, die teilweise auch auf die politischen Inhalte strahlte. „National Socialist Hardcore" und Neonazi-Rap wurden etabliert, „Straight Edge"-Lebensstil und Graffiti als Propagandakunst hielten Einzug. Die Vermittlung zwischen Kultur und Politik besorgten die AN. Parolen und Themen wurden so manches mal aus der Linken recyclet, was dort zur Freude der Neonazis für reichlich Unsicherheit sorgte. Dabei gingen die AN in ihren Entwendungen durchaus grobschlächtig vor. Man kann über das emanzipatorische Potenzial von Imperialismus-Analysen uneins sein, aber es ist doch leicht zu erkennen, dass im propagierten Antiimperialismus der „Friedensdemos" der „Autonomen Nationalisten" aus Dortmund lupenreiner, nationalsozialistischer Antisemitismus steckte. Und das wurde offen von ihnen eingeräumt, keineswegs verborgen, wenn überhaupt nur aus Jux und Provokation, nie in Täuschungsabsicht kodiert. Wo die AN-Experimentierfreude über die Stränge schlug, geriet sie alsbald ins Stocken: Symbolklau gerne, aber doch bitte keine Antifafahnen mit zur Demo bringen, wurde verkündet und diese Maßgabe setzte sich durch. Also, war es das gewesen mit

„Jugendgedanken" alias Patrick Kruse — youtube-„Koch" und Liedermacher

den „Autonomen Nationalisten" — nur eine Episode? Nicht ganz. Es mag sein, dass das Label „Autonomer Nationalismus" nicht mehr zu einer neuen Blüte kommt, sondern allmählich verschwinden wird. Der AN-Stil hingegen war und ist überaus attraktiv und hat sich spektrenübergreifend verbreitet. In Berlin etwa ist der „autonome Nationalist" Sebastian Schmidtke bereits seit 2012 Landeschef der NPD. Das ist nicht nur als Abkehr vom AN-Stil interpretierbar, sondern im Gegenteil auch als seine Ausweitung. AN bringen zusammen, was eigentlich nicht zusammen passt. Und so konnte und kann Schmidtke im Anzug den Parteipolitiker mimen und nebenher mit den alten Netzen des autonomen „Nationalen Widerstand Berlin" die alte Anti-Antifa-Politik betreiben. Musikalisch konnte durch die AN der Rap in das Spektrum Einzug halten. Bei den Antiflüchtlingsprotesten in Berlin bestand der Demosoundtrack manches Mal ausschließlich aus Rap-Songs und vorneweg marschierte der Neonazirapper Patrick Killat, der sich unter dem Namen „Villain 051" ebenso bei den HoGeSa-Demonstrationen mit Liveauftritten versuchte. Weder diese Demonstrationen noch der Althooligan „Villain 051" sind „autonom", doch ohne die „autonomen" Impulse der Vorjahre hätten die Aktionen ein gänzlich anderes Antlitz gehabt.

„Autonome Nationalisten" 2.0?

Als eine Spur der „Autonomen Nationalisten" können auch die Stilelemente im Neonazismus zählen, die in vielen Medienberichten als „Nipster" (für: Nazi-Hipster) bezeichnet werden. Nipster waren immer ein Phantom, ein bloßes Schlagwort, das 2014 seit einem Artikel des US-Popmagazins „Rolling Stone" kursierte. Neben dem Treiben des bayerischen Neonazi Patrick Schröder (vom Internetsender „FSN-TV") und einem „Harlem Shake"-Video der „Jungen Nationaldemokraten" aus Magdeburg, fand im „Rolling Stone" auch das „Balaclava"-Projekt ein Forum. „Balaclava" (englisch für „Hasskappe") ist die erste „nationale Koch-Show" auf YouTube. Die beiden Macher der Sendung erklären, dass sie „nicht mit geschlossenen Augen durch die Innenstädte laufen" und dass „alles was im Mainstream entsteht, irgendwann in der Neonazi-Szene landet, nur eben mit Verzögerung". Das entspricht in weiten Teilen dem AN-Prinzip und ist nur mit einem neuen Label versehen. Gewissermaßen AN 2.0. Bei den ersten „Autonomen Nationalisten" spielten auch Distinktion und Provokation der eigenen Reihen eine Rolle. Jetzt gibt es eine Generation von Neonazis, die mit dem AN-Stil politisch sozialisiert wurde, die in eine Neonaziszene einsteigen, in der Stilexperimente schon lange nicht mehr zum Skandal taugen. Sogar ein Funken Selbstironie ist dann und wann zu erkennen. Eine Aufweichung der ideologischen Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus bedeutet das genauso wenig wie ein Ende der Diskussion über das angemessene Auftreten. Die inzwischen verbotene Gruppe „Besseres Hannover" forderte 2011, die „szeneinterne Modenschau" aufzugeben „zugunsten einer positiven, dem Volk zugewandten Darstellung unserer Bewegung". Im Rahmen von „Besseres Hannover" war ausgerechnet der 1993 geborene Neonazi Patrick Kruse aktiv, der im „Rolling Stone" als Vorzeige-Nipster zu Wort kommt. Der aus Pattensen bei Hannover kommende und mittlerweile in Chemnitz wohnende Balaclava-„Koch" veröffentlichte als Liedermacher „Jugendgedanken" im Jahr 2013 das vor Weltschmerz triefende Album „Porno im Radio" beim Rechtsrocklabel „One People One Struggle" (OPOS) aus Dresden. Sein Tumblr-Blog „KindStattGross" mixt harte NS-Bildchen, den bekannten „AN"-Krawall-Stil und die derzeit angesagte alternative Jutebeutel-Ästhetik. In den „Balaclava"-Sendungen juxt Patrick Kruse vermummt durch das private Kochstudio, empfängt Gäste (wie die Berliner Neonazistin Maria Fank) und offeriert vegane Gerichte. Ideologie wird eher beiläufig transportiert — man solle regionale Lebensmittel, „möglichst auch bio" und nicht die „Nestlé-, Coca-Cola-, Kraft-, Unilever- und Israel-Wichse" kaufen.

Das Label AN verschwindet also vielleicht nur, weil es auf diesen Ebenen so erfolgreich war. In der Symbolpolitik haben die AN nicht mehr verwischbare Spuren hinterlassen. Das Emblem der „Antifaschistischen Aktion" wird nicht mehr gezeigt, diverse Abwandlungen des runden Fahnenlogos sind jedoch weiterhin überall im Neonazismus zu finden. Der Stil der Bejahung von neuen Medien, der Integration von Jugendkulturen, des Umherschweifens und Ausprobierens ist AN. Und er ist mittlerweile common sense des Neonazismus.

Wenn sich durch aktuelle politische Entwicklungen neue Gelegenheiten für einen militanten, aktions- und straßenorientierten Neonazismus ergeben sollten, werden viele der neonazistischen „Altautonomen" bestimmt wieder aus der Versenkung auftauchen — und mit Freude werden Jüngere mitziehen und eigene Impulse einbringen. Die Potenziale dafür sind zweifelsohne vorhanden. •

NS-SZENE

Ende 2014 sorgte ein Text der „Anti-Antifa Recherchegruppe ‚Thomas Kuban'" auf der Neonazi-Homepage DortmundEcho für Verwunderung unter Politiker_innen der Piraten-Partei und antifaschistischen Journalist_innen.

Hammerskins im Hintergrund

Der Text behauptete unter dem Titel „Spitzel aufgedeckt", dass der frühere Fraktionsvorsitzende der Berliner Piratenpartei Andreas B. am 13. Dezember 2014 auf der gemeinsamen Anreise zu einem Rechts-Rock-Konzert von Neonazis als „Spitzel" enttarnt worden sei. Er sei von der Neonazi-Reisegruppe fotografiert und ausgesetzt worden. Durch ein veröffentlichtes Foto der Situation erschien der Sachverhalt zumindest nicht vollkommen konstruiert. Auf diesem Foto trug Andreas B. einen Neonazi-Pullover. Einige Zeit später räumte Andreas B. in einer Stellungnahme ein, tatsächlich gemeinsam mit Neonazis unterwegs gewesen zu sein. Über seine Motive schwieg er bislang öffentlich. Er betont jedoch: „Ich bin Antifaschist und lehne jedwedes rechtes Gedankengut ab. Dafür habe ich mich als Queerpolitischer Sprecher auch in der Vergangenheit eingesetzt."[1]

Die Dortmund-Story

Die im DortmundEcho-Text erzählte Geschichte der „Anti Antifa Ermittlungsgruppe Ges.Ma" klingt jedoch so unrealistisch, dass sie in diesem konkreten Fall eher der gewollten Verunsicherung linker Strukturen dienen dürfte. Demnach hätte man das Projekt „Thomas Kuban" initiiert, um sich „Erkenntnisse über die ‚militante' Antifa-Szene zu verschaffen, vorzubeugen und Einblicke in Strukturen zu bekommen". Der Namensgeber des Projektes, Thomas Kuban, ist das Pseudonym eines Journalisten und Buchautors, der vor allem durch Veröffentlichungen über seine Recherchen in der RechtsRock-Szene bei Neonazis verhasst wurde. Die Neonazis behaupten, dass sie seit mehr als zwei Jahren eine Neonazi-Frau als Spitzel über die Tierrechts-Szene in die antifaschistische Bewegung eingeschleust hätten, welche zur Enttarnung von Andreas B. beigetragen hätte. Insgesamt stellt sich für erfahrene Szenekenner_innen die Story als äußerst unglaubwürdig und in der Gesamtschau als nicht plausibel dar.

Die Hammerskin-Story

Tatsächlich war seit mindestens 2012 eine Person unter dem Namen „Jan Goodnls" aus (angeblich) Fürstenwalde/Spree in sozialen Netzwerken der Neonazi-Szene unterwegs.[2] Diese Person benannte sich später in „Paul White" um und wurde als der vermeintliche Antifa-Spitzel Andreas B. identifiziert. Da Andreas B. jedoch öffentlich für seine Partei auftrat war die Enttarnung nur eine Frage der Zeit. Vor allem der „European Secretary" der neonazistischen Hammerskins Nation (HSN), Malte Redeker aus Ludwigshafen, trieb die szene-öffentliche Verbreitung des Outings auffällig früh voran. In der Gerüchteküche der RechtsRock-Szene wird er teilweise sogar als der Autor des Textes gehandelt. Das verwundert kaum. Am 13. Dezember 2014 fand in Frankreich unter dem Namen „White X-Mas" ein Konzert seines Hammerskin-Chapters Westwall statt, das von mehreren hundert Neonazis aus Deutschland besucht wurde. Hier waren die RechtsRock-Bands „Helle und die RACker", „Überzeugungstäter", „Confident of Victory", „Blutzeugen", „Kraftschlag" und „Sniper" angekündigt. Als „Überraschungsband" trat „Gestapo" auf. Ursprünglich war das Konzert für Belgien angekündigt worden. Zu diesem Konzert zog es offenbar auch einen Personenkreis um die Neonazi-Musiker Andreas K., Matthias W. und Tobias W. von der Hammerskin-Band „Division Germania". Andreas K. aus Mönchengladbach ist als Aktivist des Hammerskin Chapter Westwall bekannt und spielte auch in der Hammerskin-Band „Jungsturm" mit. In ihrem Mietbus landete dann wohl auch Andreas B., bevor er von den Neonazis mit den Vorwürfen konfrontiert und in Belgien ausgesetzt wurde. Zumindestens rühmte sich dieser Personenkreis innerhalb der RechtsRock-Szene mit der Story, einen „Antifa-Spitzel" in den Ardennen ausgesetzt zu haben.

Repressions-Angst

Offenbar wurde wegen der fehlenden Anonymität der beteiligten Neonazis und ihrer Strukturen auf direkte körperliche Angriffe auf Andreas B. verzichtet. Die direkt oder indirekt beteiligten Personen aus den Kreisen der Hammerskins fürchteten wohl die unvermeidbaren polizeilichen Ermittlungen, welche eine Verletzung von Andreas B. hervorgerufen hätte.

Die Sorge vor einem Hammerskin-Verbot dürfte wohl auch der Grund gewesen sein, warum eine indirekte Veröffentlichung des Outings über die Dortmunder Neonazi-Szene gewählt wurde. Gewaltfreiheit war ansonsten bisher nicht gerade der Ruf der Hammerskins um Malte Redeker. Als im Januar 2009 in Ludwigshafen eine antifaschistische Demonstration gegen die Umtriebe des Hammerskin-Chefs Malte Redeker und seinen Laden „Streetwear Company" stattfand, überfielen rund 40 bewaffnete Neonazis ein vermeintlich linkes Bekleidungsgeschäft in Mannheim. Der Überfall soll von Seiten der regionalen Hammerskin-Strukturen geplant worden sein. Mutmaßliche Beteiligte an dem Überfall, die noch am

Malte Redeker aus Ludwigshafen ist der „European Secretary“ der neonazistischen Hammerskins Nation (HSN).

Oben: Redeker am 11. September 2010 mit Wollmütze bei einer Demonstration in Alzey.
Unten: Redeker im Vordergrund (mitte) bei einer Demonstration im November 2009 in Wunsiedel.

selben Tag von der Polizei festgenommen werden konnten, waren u.a. die damaligen Hammerskins Christian L. und Marc W. Doch die Ermittlungen gegen insgesamt 17 Neonazis wurden eingestellt. Bereits im November 2008 hatten rund 30 Neonazis eine antifaschistische Veranstaltung zum Thema Rechtsrock an der Ludwigshafener Fachhochschule angegriffen. Auch diese Aktion soll u.a. von den regionalen Hammerskin-Strukturen geplant worden sein.[3]

VS verhinderte Hammerskin Verbot

Im Jahr 2000 schrammten die Hammerskins in Deutschland nur knapp an einem Verbot vorbei. Das damalige Verbot gegen die neonazistische „Blood & Honour — Division Deutschland“ (B&H) und deren Jugendgruppe „White Youth“ sollte ursprünglich auch den Hammerskins gelten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) war vom Bundesinnenministerium beauftragt worden, die Verbotsvoraussetzungen zu prüfen und Beweise vorzulegen, die ein Verbot rechtfertigen würden. Doch die Hammerskins kamen davon, da der Verfassungsschutz sich u.a. wegen seiner eigenen Spitzel außer Stande sah, ein Verbot mit Belegen zu unterstützen. Als ein Grund wurde genannt: „Sämtliche personenbezogenen Informationen stammen aus dem Einsatz von V-Personen — überwiegend der Landesbehörden für Verfassungsschutz. Sie sind dementsprechend als Verschlusssache eingestuft und unterliegen dem Quellenschutz.“[4] Zwei Jahre später wurde der Chef der Hammerskins Sachsen, Mirko Hesse (Decknamen „Strontium“), als bezahlter Spitzel des Bundesamtes für Verfassungsschutz enttarnt. Malte Redeker möchte gegenwärtig offenbar die Hammerskins nicht unnötig weiter in das Licht der Öffentlichkeit bringen. Wie in der letzten Ausgabe des AIB veröffentlicht wurde, haben die Europäischen Hammerskins einige Negativschlagzeilen zu befürchten. Das portugiesische Chapter der Hammerskins soll in organisierten Drogenhandel und Gewalt gegenüber Kameraden verwickelt sein.[5] Das letzte „European Officers Meeting“ der Hammerskins Ende Januar 2015 wurde offenbar als Reaktion auf die Zustände in das Clubhaus der Hammerskins nach Lissabon verlegt. Mit einem Konzert wurde hier das 10-jährige Bestehen der Portugiesischen Hammerskins gefeiert. Doch ob diese Offensive und das Outing eines angeblichen Antifa-Spitzels reicht, um den Ruf der Europäischen Hammerskins zu verbessern, bleibt offen. Der nächste Ärger steht wahrscheinlich ins Haus, wenn in der Szene breiter bekannt wird, das Malte Redeker über seinen Neonazi-Versandhandel „Gjallarhorn Klangschmiede“ mehrfach mit der Sebnitzer Firma druckbude.com von René Morche (Firma „Tatex“ / Textildruck) zusammengearbeitet haben soll, um sich Neonazi-T-Shirts produzieren zu lassen. Hinter dieser Firma soll sich inoffiziell der frühere V-Mann Mirko Hesse aus Hohwald verbergen.[6] Er betreibt an derselben Anschrift die Firma „Mirko Hesse Roughtex“ (Versandhandel, Werbegestaltung). Mit Malte Redeker soll der frühere VS-Spitzel Mirko Hesse sogar mehrfach persönlich geschäftlich in Kontakt gestanden haben, wie einige Neonazis hinter vorgehaltener Hand kritisieren. •

1 Eine Bewertung dieser Darstellung ist zur Zeit nicht möglich, da Andreas B. die Bitte um ein Gespräch mit dem AIB unbeantwortet ließ. 2 „Goodnls“ dürfte hierbei für den Anti-Antifa-Slogan „Good night — left side“ stehen. 3 Antifaschistische Initiative Heidelberg: „Hammerskins im Südwesten mit neuen Strukturen“. 4 Freundeskreis Gamma/Carina Boos: „Schützt der Verfassungsschutz die ‚Hammerskins‘“? 5 AIB 105: „Portugal: Hammerskins on Drugs“ 6 Vgl. AIB Nr. 55: „Das Ende vom Lied“

BRAUNZONE

Starke Worte fand Bodo Pfalzgraf (geb. 1963), Berliner Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft im DBB (DPolG), nach „Ausschreitungen linksextremistischer Demonstranten" und forderte mehr Engagement gegen „Kiezterroristen". Er wolle von den politisch Verantwortlichen das gleiche Engagement sehen wie in Sachen Pegida[1]. Als illegalisierte Flüchlinge in Berlin eine ehemalige Schule besetzten erklärte Pfalzgraf: „Diese Räumung muss jetzt stattfinden! (...) Jetzt muss wirklich Druck auf den Kessel!"[2] Er unterstütze „jede Maßnahme, die geeignet ist, diese Zustände zu beenden".[3] An anderer Stelle erklärte er: „Dass die linke Szene agieren kann, wie sie will, ist vor allem ein politisches Problem." Er habe den Eindruck, dass man die linksextremistische Gewalt mit „nicht genug Energie" bekämpfe.[4]

Bodo Pfalzgraf: eine (r)echte Karriere?

Früher REPs, heute DpolG

Das Aufplustern gegen vermeintliche „Linksextremisten" und Flüchtlings-Aktivist_innen verwundert kaum: 1990 stand der Polizeibeamte und Geschäftsführer Bodo Pfalzgraf (geb. 1963) auf Platz 15 einer Wahlkandidaten-Liste der rechten Partei „Die Republikaner" (REP).[5] Einige seiner damaligen politischen Weggefährten und damaligen Mitkandidaten bei den REPs sollten Antifaschist_innen noch viele Jahre als neonazistische Funktionäre beschäftigen. Karl-Heinz Panteleit (Platz 11/Liste 11) wurde Mitglied der neonazistischen „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen" (BKP)[6] und war Funktionär der Neonazi-Vereinigung „Die Nationalen"[7]. Richard Miosga (Platz 6/Liste 11) wurde als Schatzmeister in „Die Nationalen" aktiv[8]. Der Weg von Rudolf Kendzia (Platz 3/Liste 11) führte von der NPD über die REPs hin zu „Die Nationalen". Ebenfalls auf einer REP-Kandidatenliste fand sich im selben Jahr Frank Schwerdt[9]. Dieser war Anfang der 1990er Jahre bei dem REP-Landesverband Berlin als stellvertretender Landesvorsitzender organisatorisch tätig[10]. Er baute die Wählervereinigung „Die Nationalen" auf[11] und wurde später führender Funktionär der NPD. Pfalzgraf muss rückblickend durchaus als aktiver REP-Parteifunktionär angesehen werden. So lud er namentlich im November 1990 als „stv. Kreisvorsitzender" des REP-Kreisverbands Wedding zu einer Veranstaltung zum Thema „Deutschland halt's Maul?" mit Emil Schlee in das Rathaus Wedding ein. Für die REP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin lud Pfalzgraf im November 1990 zu einer Veranstaltung („Mit den Altparteien ins Chaos") mit Karl-Heinz Panteleit. Die REPs waren in West-Berlin durch völkisch-nationalistische Parolen bekannt geworden. In einem Flugblatt stellten sie u.a. die Forderung auf: „Deutschland darf nicht zu einem Einwanderungsland werden, es muß das Land der Deutschen bleiben. (...) Ausländer dürfen kein Wahlrecht erhalten."[12] In einem anderen Flugblatt hieß es: „Der weitere Zustrom von Asylbewerbern ist der deutschen Bevölkerung nicht mehr zuzumuten!"[13] Als „Forderungen zur Ausländerpolitik" wurde publi-

Foto: Deutsche Polizeigewerkschaft LV Berlin, http://dpolg-berlin.de/pressefoto

ziert: „Striktes Verbot für Ausländer, sich politisch zu betätigen" und „Längere Arbeitslosigkeit oder der Bezug von Arbeitslosenhilfe muß zur Beendigung des Aufenthaltes führen."[14] 1989 forderte der Berliner REP-Landesvorsitzende und Polizeibeamte Bernhard Andres im Berliner Wahlkampf: „Berlin darf keine Vielvölkerstadt werden" und „Beamtenstatus nur für Deutsche"[15]. Der damalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, wurde in einer REP-Wahlkampfzeitschrift mit dem Titel „Berlin muß deutsch bleiben!" persönlich angegangen. Unter der Überschrift „Mein Gott, Heinz!" hieß es dort: „Wer aus den blutverschmierten Händen des Massenmörders Erich Honecker Orden empfängt, hat kein Recht, das deutsche Volk andauernd mit dem Hinweis auf das ‚Dritte Reich' zu geißeln! (...) Wer Lobeshymnen auf den ‚Architekten' der Berliner Mauer, Erich Honecker, singt, hat kein Recht, sich ständig als Moralapostel der Nation aufzuspielen!"[16]

Das „Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e.V."

Der Name von Bodo Pfalzgraf tauchte auch bei der Gründung des „Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e.V." (HvFB) im November 1990 in Berlin auf.[17] Zusammen mit anderen rechten Funktionären wie Schwerdt, Kendzia und Rita Bönisch zählte er zu den ersten Vereinsmitgliedern. Enge Beziehungen entwickelten sich zwischen dem HvFB und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) — deren Postadressen waren zeitweilig identisch. Auch „Die Nationalen" unterhielten einige Zeit zusammen mit dem HvFB und der „Nationalen Jugend" ein gemeinsames Postfach. Kaum verwunderlich, denn ab April 1995 waren Miosga und Bönisch im Vorstand von „Die Nationalen". Das Postfach dieser Gruppierung war in den 1990er Jahren auch Kontaktanschrift der „Hammerskins"[18]. Das HvFB bemühte sich um die Schulung junger Kader für die mittlere Führungsebene der neonazistischen Szene. Es gewann, im Bestreben eine Brücke zwischen sich bekennenden Nationalisten und sich als „patriotisch" oder „konservativ" bezeichnenden Rechten zu bilden, besonders in Berlin an Bedeutung.[19] Dass der Mitinitiator und Kopf des militanten „Thüringer Heimatschutz" (THS) Tino Brandt sich noch 2001 für die Anmeldung der Internetpräsenz des HvFB verantwortlich zeichnete, passt somit ins Bild.

Von den REPs in die Justiz

Auch andere Berliner REPs sollten Karriere machen. Matthias Bath (geb. 1956) arbeitet(e) in Berlin jahrelang als Staatsanwalt.[20] Dass er in den 1990er Jahren den REPs in Berlin angehörte und stellvertretender Vorsitzender des HvFB gewesen war, störte hierbei offenbar nicht. Dabei war der Verein sogar dem Berliner Verfassungsschutz aufgefallen[21]. Anfang des Jahres 2008 sollte der frühere Funktionär der Berliner REPs, Rolf von Niewitecki, in die Intensivtäterabteilung der Berliner Staatsanwaltschaft berufen werden[22]. Von Niewitecki war übereinstimmenden Presseangaben zufolge in den 1980er Jahren bei den REPs aktiv und wurde 1990 ein stellvertretender Berliner Landesvorsitzender[23]. Nachdem die geplante Versetzung im Fokus der Öffentlichkeit stand, wurde die Personalentscheidung vom leitenden Oberstaatsanwalt schließlich aus Gründen der „Fürsorge und der Ordnung seiner Abteilung" überdacht. Eine dezidiert politische Kritik war dem Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) überlassen. In einer Presserklärung unterstrich er: Diese Biographie könne nicht als „Jugendsünde" oder „mittlerweile verjährt" abgetan werden[24]. Eine breite politische Auseinandersetzung über frühere rechte Politiker in der Berliner Polizei und Justiz steht trotz NSU-Skandal weiterhin aus. •

1 Berliner Morgenpost: Randale in Neukölln, 17./18.1.2015 **2** Berliner Zeitung: Polizeigewerkschaft fordert sofortige Räumung der besetzten Schule, 30.6.2014 **3** Berliner Kurier: Das Flüchtlingsheim des Grauens, 23.11.2013 **4** Berliner Morgenpost: In jeder Nacht brennen in Berlin Autos, 16.6.2009 **5** Amtsblatt für Berlin, 40. Jahrgang, Nr. 58, 15.11.1990, Seite 2217 **6** Er war hier u.a. Tagungsleiter. AG Charlottenburg VRNr. 11876 NZ **7** AG Charlottenburg VRNr. 12723 NZ **8** Mitteilungen des Bundeswahlleiters vom 5.4.1995 **9** Listen-Nr.11, Platz 3; Amtsblatt für Berlin, 40. Jahrgang, Nr. 57, 12.11.1990, Seite 2108 **10** So lud er im Januar 1991 zur Gründungsversammlungen des REP-"Kreisverbandes Mitte, Friedrichshain, Prenzlauer Berg" und des REP-Kreisverbandes „Pankow, Weißensee, Hohenschönhausen" ein **11** AG Charlottenburg VRNr. 12723 NZ **12** Flugblatt: Eine neue Partei stellt sich vor: DIE REPUBLIKANER, Landesverband Berlin, Klaus Weinschenk **13** REP-Flugblatt „Schluß mit dem Asylmißbrauch!", Landesverband Berlin, Klaus Weinschenk **14** REP-Flugblatt „Unsere Forderungen zur Ausländerpolitik", Landesverband Berlin, Klaus Weinschenk **15** REP-Flugblatt: Man kann wieder wählen!, Die Republikaner, Bernhard Andres **16** „Berliner Nachrichten — Wahlkampf Sonderausgabe", VBR-Verlag der Berliner Republikaner Gesellschaft mbH i.G., Thorsten Thaler **17** AG Charlottenburg 95 VR 11947 NZ **18** Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode, Drucksache 13/1311, 10.5.1995 **19** apabiz.de/archiv/material/Profile/HvFB **20** de.wikipedia.org/wiki/Matthias_Bath **21** Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz bilanzierte 1997 den Mitgliedern des HvFB, diese seien „einschlägig bekannte Rechtsextremisten" und führt aus: „Ziel des Vereins ist die enge Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen, wobei das Bildungswerk dabei u.a. als ‚Tarnorganisation' für Veranstaltungen von Rechtsextremisten und Neonationalsozialisten fungiert.", Durchblicke 4. Jg (1997) lfd. Nr. 7 **22** Der Tagesspiegel: Ex-Republikaner soll gegen Intensivtäter ermitteln, 19.1.2008 **23** sueddeutsche.de „Staatsanwalt mit rechter Vergangenheit", 17.5.2010 **24** TBB-Presseerklärung: „HERR WOWEREIT, GREIFEN SIE EIN!", 19.1.2008

BRAUNZONE

Die Otto-von-Bismarck-Stiftung

Der rechte Publizist Karlheinz Weissmann hatte Recht. „Die Kette der Ereignisse, mit der die Deutschen sich zu befassen haben, dürfte ihresgleichen suchen", schrieb er Anfang Januar 2015 in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit". Er hatte die zahlreichen Jubiläen in den Blick genommen, die im Jahr 2015 in Deutschland und in anderen Ländern auf der Tagesordnung stehen. „Die Briten" etwa, schrieb Weissmann, erinnerten „an ihren ‚Großen Freiheitsbrief'", an die „Magna Carta" von 1215, die zum ersten Mal im mittelalterlichen Europa monarchischer Willkür Grenzen setzte. „Die Deutschen" hingegen könnten „der Krönung Friedrichs II. in Aachen" im Jahr 1215 gedenken, der Gründung der Ur-Burschenschaft (1815), sie könnten das „Kriegsende" 1945 begehen und die „Wiedervereinigung" von 1990. Und natürlich gebe es dann noch den 200. Geburtstag von Otto von Bismarck am 1. April, ein ganz besonderes nationales Ereignis: Schließlich sei es Bismarck gelungen, „Deutschland in Form zu bringen". In „die einzige" Form, „die unserem Volk seit der Reichseinigung von 1871 zur Verfügung steht".

Der Bewahrung der Bismarck'schen Tradition widmet sich seit ihrer Gründung im Jahr 1997 die Otto-von-Bismarck-Stiftung — in staatlichem Auftrag. Zuvor war auf dem Feld der ‚Bismarckbund' (Bismarckbund Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewusstseins e.V.) aktiv, der u.a. an rechte Aktivisten seine „Bismarckmedaille" verlieh. (Vgl. AIB Nr. 40: „Die Bundesstiftung ‚Otto-von-Bismarck'").

Die Bismarck-Stiftung ist die fünfte „Politikergedenkstiftung", die die Bundesrepublik eingerichtet hat — nach der „Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus" (1978), der „Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte" (1986), der „Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung" (1994) und der „Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus" (1994). Ihrer Tätigkeit liegt ein Gesetz zugrunde, das der Deutsche Bundestag am 5. Juni 1997 eigens beschlossen hat. „Zweck der Stiftung ist es", heißt es darin, „das Andenken an das Wirken des Staatsmannes Otto von Bismarck zu wahren, seinen Nachlass zu sammeln und zu verwalten sowie für die Interessen der Allgemeinheit in Kultur und Wissenschaft, Bildung und Politik auszuwerten". In dem Gesetz heißt es auch, „zur Erfüllung des Stiftungszwecks" erhalte die Stiftung „einen jährlichen Zuschuß des Bundes". Daran hat sich bis heute nichts geändert. Zuletzt stockte die Bundesregierung die Mittel für die Stiftung, die aus dem Haushalt der Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters (CDU) bezahlt werden, auf 858.000 Euro im Jahr auf.

Foto: Screenshot YouTube/Spiegel TV

Ferdinand von Bismarck ist aktuelles Oberhaupt des Bismarck-Clans und Kuratoriumsmitglied der Otto-von-Bismarck-Stiftung.

Warum zahlt die Bundesregierung fast eine Million Euro pro Jahr für das Andenken an Otto von Bismarck? Das wollte 1996, als die Gründung der Institution aus einer Vorläuferstiftung heraus in Angriff genommen wurde, auch die damalige Opposition im Bundestag wissen. „Wie verträgt sich nach Auffassung der Bundesregierung die Errichtung der fünften neuen Bundesstiftung mit dem Namen eines ausgewiesenen Monarchisten und Anti-Demokraten wie Otto von Bismarck mit den anerkannten Zielen und Idealen politischer Bildung?", fragte damals die SPD-Fraktion, die heute die fast millionenschwere Subventionierung der Bismarck-Stiftung allerdings umstandslos mitträgt. Es gehe darum, erläuterte die Regierung damals, „das Verständnis für die deutsche Geschichte ... zu vertiefen und zu festigen". Und in der Tat — die Ursprünge deutscher Staatlichkeit in der Moderne wa-

ren, anders als etwa in Frankreich mit seiner Revolution, monarchistisch und antidemokratisch. Natürlich darf das heute nicht einfach so abgefeiert werden — weshalb dann auch bei der Stiftung immer wieder die Rede davon ist, man müsse durchaus „die Grenzen" von Bismarcks Denken und Handeln deutlich werden lassen.

Gedenkfeier des Bismarckbundes für den Reichskanzler Otto von Bismarck an seinem Grabe in Friedrichsruh. Der damalige Abgeordneter Laweranz (links) und Fürst Otto von Bismarck (rechts), der Enkel des Reichskanzlers Otto von Bismarck, vom Bismarckbund beim Absingen des Deutschlandliedes.

Trotz aller „Grenzen" ist die Stiftung, die an Bismarcks ehemaligem Wohnsitz Friedrichsruh ihren Sitz hat und dort sowie in Schönhausen jeweils ein Bismarck-Museum betreut, ein fester Bezugspunkt für rechtskonservative Nationalisten geworden. „Seit zehn Jahren arbeitet die Otto-von Bismarck-Stiftung", bemerkte etwa die „Junge Freiheit" im Juni 2010 zufrieden und würdigte deren Aktivitäten. „Eine besonders gelungene Biografie", lobte die rechte „Preußische Allgemeine Zeitung" im Februar 2015 die neue Bismarck-Biografie von Michael Epkenhans, Ulrich Lappenküper sowie Andreas von Seggern und fügte anerkennend hinzu, die Autoren seien „ausgewiesene Experten der Otto-von-Bismarck-Stiftung". Tatsächlich fördert die Stiftung, die vergangenes Jahr rund 13.000 Besucherinnen und Besucher in ihren Einrichtungen zählte, auch die wissenschaftliche Forschung über ihren Namensgeber, wozu sie unter anderem das „Fürstlich von Bismarck'sche Archiv" betreut. Für den 31. März und den 1. April kündigt sie gemeinsam mit dem Deutschen Historischen Museum eine große wissenschaftliche Konferenz an; Thema: „Realpolitik für Europa: Bismarcks Weg". Am Abend des 1. April wird dann Bismarcks 200. Geburtstag mit einem Festakt in Berlin gefeiert.

Man muss davon ausgehen, dass auch Ferdinand von Bismarck, aktuelles Oberhaupt des Bismarck-Clans und Kuratoriumsmitglied der Otto-von-Bismarck-Stiftung, an den Feierlichkeiten teilnehmen wird. Ferdinand nennt sich „Fürst" und ist unter den Nachfahren des einstigen Reichskanzlers derjenige mit den auffälligsten Kommentaren am rechten Rand. Welche Positionen er vertritt, konnte man einem Interview entnehmen, das er im Sommer 2008 der „Jungen Freiheit" gab. Den heutigen deutschen Eliten könne es offenbar „gar nicht schnell genug gehen ..., unser Volk in einer multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft und unseren Staat in überstaatlichen Strukturen aufzulösen", tönte „Fürst" Ferdinand. Schuld daran sei nicht zuletzt, „daß uns Deutschen über mehrere Generationen bis heute ein historisches Schuldbewußtsein eingetrichtert wird". „Heute" verstärke sich das „durch die Macht der Politischen Korrektheit". Hoffnung mache der „Fußballpatriotismus", wenngleich er „oberflächlich" sei, denn auf seiner Grundlage könne „vielleicht wieder ein politischer Patriotismus entstehen". Die „patriotische Ausrichtung" schätze er an der „Jungen Freiheit" sehr, fügte „Fürst" Ferdinand hinzu. Sie habe sich „dem Erhalt unseres Vaterlandes verschrieben" und sei für ihn daher „ein Licht im Dunkeln".

„Fürst" Ferdinand gab gegenüber der „Jungen Freiheit" zu, er „spreche ... mitunter im Geiste" mit seinem Vorfahren Otto und vermute, „dem Staatspolitiker Bismarck" würde „die eklatante Linksdrift" der Bundesrepublik „die größten Sorgen machen". Dem Staatspolitiker, nicht dem Konservativen? Genau das. „Denn die wachsende Macht der Linken ist nicht nur eine Gefahr für das Bürgertum, sondern für die Funktionstüchtigkeit der deutschen Staatlichkeit an sich", erläuterte Ferdinand: „Denn wenn deren Klientelpolitik der Umverteilung von produktiv zu unproduktiv, deren Mentalität von Anspruchs- statt Leistungsdenken und deren Vorstellungen von einem umfassenden Leistungsstaat sich weiter durchsetzen", dann stehe „früher oder später der Staatsinfarkt durch Finanzbankrott bevor". In der Tat hat man Ähnliches in den letzten 20 Jahren immer wieder gehört, und zwar aus den unterschiedlichsten Parteien und gelegentlich in anderem Vokabular; die Agenda 2010 etwa, die im Innern wichtige Voraussetzungen für Deutschlands Durchmarsch zur dominierenden Macht in der EU schuf, wurde bekanntlich nicht vom rechten Rand der Unionsparteien durchgesetzt.

„Staatspolitische" Gedanken wie dieser sind wohl auch — neben der Absicht, nationalkonservative Milieus an die staatliche Kulturpolitik anzubinden — die Ursache dafür gewesen, dass der deutsche Staat die Otto-von-Bismarck-Stiftung errichtet hat, sie bis heute finanziert und ihre Gremien dominiert. Vorstandsvorsitzender ist mit Rüdiger Kass ein Ministerialdirektor a.D., der im Verlauf seiner Karriere im Bundesinnenministerium unter anderem für die Bundespolizei und für Sport zuständig war. Kuratoriumsvorsitzender ist Bundesinnenminister a.D. Rudolf Seiters, Mitglieder des Kuratoriums sind aktuelle oder ehemalige Bundestagsabgeordnete von CDU, FDP und SPD. Dass es gerade die Bismarck'schen Traditionen sind, um die sie sich kümmern, liegt allerdings auch an der doch recht spezifischen Geschichte des Staates, den sie vertreten: Eine Magna Carta, die schon vor 800 Jahren grundlegende Freiheitsrechte garantierte, hat Deutschland nun mal nicht hervorgebracht. •

ANTIFA

Antifa heißt: Weitermachen! Von der Notwendigkeit des Antifa-Ansatzes

ANTIFASCHISTISCHE LINKE INTERNATIONAL (A.L.I.)

■ 2014 wurde allenthalben das Ende der Antifabewegung eingeläutet. In Zeitungen und bei einem Kongress wurde die Krise des Politikansatzes intoniert, zahlreiche namhafte Antifagruppen lösten sich sang- und klanglos auf. Im schreienden Widerspruch dazu stehen die objektiven gesellschaftlichen Notwendigkeiten: Der Aufbau von Neonazi(terror)strukturen durch die Geheimdienste, eine bisher ungebremste rassistische Mobilisierung, Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte und muslimische Gemeinden. Linksradikale Politik ist offenbar kein Wunschkonzert. Mit einem Positionspapier vom Dezember 2014 plädiert die Antifaschistische Linke International A.L.I. für den Antifaschismus als einen Hauptansatzpunkt linksradikaler Politik. Ziel des Statements aus Göttingen ist es, die konzeptionelle Diskussion über die Zukunft des Antifaschismus anzufeuern.

Am Anfang steht ein Unbehagen gegenüber der regen Freude vieler Genossinnen und Genossen neue Organisationen zu gründen. Durch überregionale oder bundesweite Organisierung sollte das eigene politische Spektrum oder gar die Bewegung gestärkt werden, sie ist aber leider oft auch eine Reaktion auf die eigene Schwäche. Bundesweite Organisierung ist unseres Erachtens kein Selbstzweck, sondern bedarf der Diskussion um strategische Fragen, anhand derer die bundesweite wie auch die lokale Politik neu ausgerichtet werden sollten. Auch wir sind in der Interventionistischen Linken (iL) organisiert, da wir gesellschaftliche Veränderungen nur in Zusammenarbeit mit möglichst vielen Kräften erreichen können. Um unsere politischen Überlegungen und Aktionen vor Ort in Göttingen weiterentwickeln zu können, bedarf es Innovation, die wir in der bundesweiten Organisierung der iL finden können. Wir treten dem Gedanken, der die Politikansätze der Antifabewegung gegen die aktuellen Organisationsgründungen verhandelt, mit der Sichtweise gegenüber, beides zusammenzuhalten und gleichzeitig zu transformieren. Bundesweite Organisationszusammenhänge können nur stark sein, wenn auch die lokalen Basisgruppen stark, das heißt lokal verankert und schlagkräftig, sind. Es ist an uns, Antifa als starken antagonistischen Ansatz dem Staat und den Herrschaftsverhältnissen gegenüber weiterzudenken und nicht aus Ratlosigkeit über die eigene Politik in lokal kleinteiligen oder in bundesweiten Organisierungsansätzen als mehr oder weniger aktive oder passive Zusammenhänge aufzugehen.

Antifa als Brennglas

Wir sehen das Handlungsfeld antifaschistischer Politik nicht nur additiv als eins neben

anderen wie Feminismus, Antikapitalismus oder Antirassismus. Vielmehr verstehen wir Antifa als Ansatz, mit dem wir unsere weiter gefasste politische Haltung bearbeiten — quasi als Brennglas, durch das wir aus einer Minderheitenposition in unserer Gesellschaft aus gezielt schauen, um zu anderen, sich auffächernden, Ansätzen oder Handlungsfeldern zu gelangen: Unser Ziel ist es, Herrschaft von Menschen über Menschen aufgrund von ihnen zugewiesenen und selbst reproduzierten Identifizierungen zu überwinden. Wir kämpfen gegen miteinander verwobene Herrschaftssysteme wie den Kapitalismus, das Patriarchat, Rassismus, innerhalb dessen Neonazis als Akteure einen bedrohlichen Teil ausmachen. Für diesen Kampf wählen wir in der bundesdeutschen Gesellschaft den Antifaschismus als Hauptansatzpunkt.

Für uns bedeutet Antifa somit nicht nur, gegen Neonazis zu sein. Mit dem Label „Antifa" leisten wir ein viel grundlegenderes inhaltliches und historisch begründetes Statement in der Gesellschaft der Täter des deutschen Faschismus. Uns „Antifa" zu nennen bedeutet, Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen und daraus resultierende Verpflichtungen einzugehen. „Antifa" ist damit eine moralische Instanz, die die Geschichte lebendig hält.

Während in der „analyse & kritik" (Ausgabe 598) unter der Überschrift „Wie der Superheld in die Antifa kam" dargestellt wird, „Antifaschismus taugt (..) wenn überhaupt nur als strategisches, aber (..) nicht als politisches Konzept, weil man sich über ihn allein kein kritisches Bild der Gesellschaft machen kann", sind wir davon überzeugt, dass es uns mit der historischen Tiefe und dem historischen Bezug unseres Ansatzes ganz besonders gelingt, gegenwärtige gesellschaftliche Prozesse wie ein deutschnationales Revival, Nationalismus und Nationalchauvinismus, zu verstehen und anzugehen. Die Gegenwart baut immer auf der Vergangenheit als der eigenen Vorgeschichte auf, so dass die Geschichte niemals abgeschlossen ist. Wenn wir heute gegen Nationalismus und nationalen Chauvinismus kämpfen, müssen wir uns auch mit den Kontinuitäten der Nazis in der BRD nach 1945 und den Werten und Strukturen, die sie aufgebaut und erhalten haben, auseinandersetzen. Die gegenwärtige nationalistische Politik basiert auf dieser Geschichte, so dass wir nach wie vor gegen die (transformierten) Erbschaften des Faschismus kämpfen. Ohne den historischen Bogen würde eine Kritik am deutschnationalen Revival also nicht sehr fundiert sein und würde in einem „luftleeren Raum" stattfinden. Als „Antifa" stehen wir bei solch einer Kritik automatisch als verbindendes Glied zwischen Geschichte, Gegenwart und Zukunft für eine fundamentaloppositionelle Gegenhaltung. In diesem Sinne verstehen wir unseren Ansatz nicht (nur) als die Abkürzung „Antifa", die für autonome Politik seit den 1980er Jahren steht, sondern auch für die viel weiter reichende „Antifaschistische Aktion" mit ihrem historischen Bezug.

Uns ist bewusst, dass sich die Identität von „der Antifa" in den nächsten Jahren wesentlich verändern wird. Parallel zu den Veränderungen der aktuellen gesellschaftlichen Umstände wird auch der historische Bezug des Ansatzes durch die immer weniger werdenden ZeitzeugInnen des deutschen Faschismus nicht mehr greifbar. Durch Begegnungen mit damaligen WiderstandskämpferInnen dienen sie uns nach wie vor als Vorbilder oder geben uns zumindest Orientierung. An damaligen Tätern in unserer Großelterngeneration rieben wir uns auf und stellten teilweise die eigenen Familienkonstellationen in Frage. Eine nachhaltige antifaschistische Politisierung basierte hier unter anderem auf starken emotionalen Erfahrungen in den eigenen sozialen Beziehungen. Auf der gesellschaftlichen Ebene sind die damaligen WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus moralische Instanzen, um Erscheinungsformen des Neofaschismus zu skandalisieren und beispielsweise gegen Neonaziaufmärsche zu mobilisieren. Diese Menschen weilen nur noch vereinzelt unter uns. Durch den Wegfall dieser historischen Tiefe ändert sich auch die gegenwärtige antifaschistische Politisierung und Politik „der Antifa".

Mit ihrer Kontinuität ist die Antifa seit den letzten gut 30 Jahren selbstverständlich ständig im Wandel begriffen. Wir müssen uns immer wieder fragen, unter welchen Bedingungen wir Antifa-Politik machen und wie wir sie gestalten sollten. Wir entwickeln unsere Politik weiter weil sich die gesellschaftlichen Vorzeichen wandeln.

„Antifa" steht in einem weiter gefassten Sinne für eine Widerstandskultur, die sich nicht nur aus Demonstrationen und Blockaden, sondern genauso aus vielfältiger Kulturarbeit wie beispielsweise Konzert- oder Kunstaktionen zur Aneignung des öffentlichen Raums speist. Der Mut zur Grenzüberschreitung, zur direkten Konfrontation oder zum Widerstand im Allgemeinen ist mit unserem historischen Hintergrund besonders bemerkenswert: Während in den 1920ern und 1930er Jahren europaweit gesehen im damaligen Deutschen Reich noch die größte und stärkste ArbeiterInnenbewegung existierte, hat der deutsche Faschismus diese Bewegung so weit vernichtet, dass auch die Kontinuität der Widerstandskultur nach 1945 weitestgehend abgerissen ist. Insofern bedeutet Antifa auch, sich nicht in den Konformismus und die Passivität der Mehrheitsgesellschaft einzureihen, sondern zu versuchen, eine Kultur der Selbstermächtigung und des Widerstands zu pflegen.

Der Antifa-Ansatz legitimiert nicht nur wegen der spezifischen Aktionsformen bspw. auf Demonstrationen, sondern auf Grund seiner grundsätzlich widerständigen und antagonistischen, kompromisslosen Haltung. Der Gesamtansatz der Antifa begreift die aktuellen Bedrohungen durch imperialistische Regierungspolitiken sowie durch Neonazis mit der Brille des (historischen) Antifaschismus. Dies erlaubt es, die Gegner auf den verschiedensten gesellschaftlichen und thematischen Ebenen zu identifizieren, fundiert zu analysieren und eigenverantwortlich anzugreifen. •

Der ungekürzte Text ist nachzulesen auf www.inventati.org/ali/

ANTIFA

Antifa under my umbrella

KRITIK & PRAXIS – RADIKALE LINKE [F]RANKFURT

Immerwährende Krise

Die Krise der Antifa ist nichts Neues. Seit den 90ern war immer wieder von ihr die Rede — nicht zuletzt, weil die Antifa als Reaktion auf eine Krise entstand: Die jähe Zunahme rassistischer Gewalt ab 1990. Mit den damaligen Umwälzungen ging ein enormer gesellschaftlicher Bedeutungsverlust der Linken einher.

Seitdem ist das fortbestehende Krisenzeichen der Antifa, dass sie bei gesellschaftlichen Veränderungen als emanzipatorische Kraft kaum eine Rolle spielte, sondern von den Entwicklungen getrieben, wenn nicht gar überrollt wurde. Heute besteht eine sozioökonomische Krise in Europa und der Welt, die verschiedene reaktionäre Bewegungen hervorgebracht und verstärkt hat. Die gesellschaftliche Debatte ist von einem Spannungsverhältnis zwischen islamischem Fundamentalismus und Rassismus geprägt, dem wir wenig entgegenzusetzen haben. Während Anschläge auf jüdische Einrichtungen zunehmen, bekommen nationalistische Bewegungen nicht nur in der Ukraine Oberwasser. Der NSU-Skandal gibt auch der Antifa Anlass zur Selbstkritik. Die klassischen Mittel ihrer Politik (Neonazis Räume und Handlungsfreiheit nehmen; ihnen die Straße als Aktionsfeld streitig machen) reichen offenbar nicht aus, um reaktionäre Bewegungen zurückzudrängen.[1]

NSU und Antifa

Seit Beginn des Prozesses erklärt die Bundesanwaltschaft, dass der NSU eine isolierte Zelle von EinzeltäterInnen war. Dagegen wird von Nebenklage und Antifas darauf beharrt, dass es ein UnterstützerInnennetzwerk gibt, das wesentlich auf Blood & Honour-Strukturen basiert. Die Einzeltäterthese ist bei rechten Morden in der BRD das Mittel der Wahl um aus den Ereignissen nichts folgen lassen zu müssen.

Die Kritik an Vertuschung und Förderung der Neonazis durch staatliche Behörden darf jedoch nicht verdecken, dass der NSU-Skandal eine dritte Ebene hat: Medien und Behörden betrieben über Jahre eine rassistische Informationspolitik, ohne dass eine Stimme aus der „bio-deutschen" Mehrheitsgesellschaft daran Anstoß nahm. Die Ansicht, die Antifa müsse sich durch den NSU-Skandal bestätigt fühlen, wie Wolf Wetzel im „Lower Class magazine" andeutet, ist ein Fehlschluss. Verschwörungstheorien von Uwe Böhnhardt bis Gerhard Schröder können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Antifa sich im Angesicht rassistischer Morde von der gesellschaftlichen Stimmung dumm machen ließ. Die Morde wurden auch von uns nicht als das erkannt, was sie waren und niemand tat vor November 2011 etwas gegen die Berichterstattung über „Dönermorde" oder zur Unterstützung der Opfer. Die Konstruktion türkischstämmiger Migrant*innen als Outgroup der Gesellschaft hat auch bei uns gegriffen, die Antifa war auf dem antirassistischen Auge blind. Wir — vorwiegend weiße, deutsche Mittelstandskinder — haben in den linken Teilbereichskämpfen seit der 90er Jahren den Blick über den Tellerrand verloren.

Geschichte und Antifa

Die ALI hat in dem Papier „Antifa heißt weitermachen" eins gezeigt: Dass mensch auf viele aktuelle Phänomene eingehen und trotzdem in den alten Analysen stecken bleiben kann — die übrigens auch vor 20 Jahren schon falsch waren. Wir wollen hier nicht (schon wieder) darauf eingehen, welche analytischen Leerstellen das Konzept des revolutionären Antifaschismus hatte. Angesichts der Ignoranz der Antifa im Kontext des NSU-Skandals ist uns jedoch eines wichtig: Die Unterstützung von Widerstandskämpfer*innen der Arbeiterbewegung und das Hochhalten antifaschistischer Erinnerung ist eine feine Sache, sie wird aber zur Farce, wenn sie mit einer voraussetzungslosen Identifikation einhergeht. Eine kritische Geschichtspolitik müsste danach fragen, warum die meisten der Millionen organisierten ArbeiterInnen mit wehenden Fahnen zur NSDAP übergelaufen sind.

Historische und eigene Fehler nicht zu erkennen und uns immer auf die Seite zu stellen, die im Nachhinein Recht behalten hat, bringt uns nicht weiter. Eine antifaschistische Kritik die behauptet immer alles richtig gemacht zu haben, ist vor allem eins: keine Kritik.

Rassismus und Gesellschaft

Die Formel vom Rassismus, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt, ist schon seit dem „Antifa-Revival" der späten 80er eine richtige Akzentsetzung. Es reicht aber nicht staatliche Strukturen als rassistisch zu entlarven. Der Zusammenhang von Marktwirtschaft, Antisemitismus und Sexismus in den Gesellschaften des „Abend-" wie des „Morgenlands" sowie des Rassismus gegen alle Nicht-"Bio-Deutschen" muss verstanden werden. Immer mehr Menschen werden als überflüssig aussortiert und bilden gemeinsam mit Teilen der Mittelschicht, die den sozialen Abstieg fürchtet, eine wachsende Basis für reaktionäre Bewegungen. Kapitalverwertung und Konkurrenz sind Quellen rassistischer und antifeministischer Angriffe auf „das Andere", dem weniger Berechti-

gung auf ein Stück vom Kuchen zugemessen wird, als der Ingroup. Die negativen Ordnungsideale von Neonazis, RechtspopulistInnen und FundamentalistInnen sind als Versuche zu verstehen eine aus den Fugen geratende Gesellschaft repressiv wieder einzuhegen. Doch auch der Normalzustand des bürgerlich-demokratischen Kapitalismus produziert am laufenden Band rassistische und andere Ausschlüsse.[2] Neonazis, RechtspopulistInnen und islamische FundamentalistInnen müssen analytisch auseinandergehalten werden, sonst geht die Kritik am Gegenstand vorbei. Sie sind aber als ähnliche Ausdrücke des gleichen gesellschaftlich produzierten, reaktionären Krisenbewusstseins anzugreifen und müssten also in das Metier der Antifa fallen.

Von der Kölner Anti-Islam-Konferenz zu Antifa Blockupy...

Als wir 2008 zur Anti-Islam-Konferenz von Pro Köln erstmalig mit unseren Genoss*innen von „Ums Ganze" einen Rundumschlag gegen kulturrassistische RechtspopulistInnen, völkisch-rassistische Neonazis und aufklärungsfeindliche islamische FundamentalistInnen versuchten, waren zwei Dinge nur schwer abzusehen: 1. Eine fundamentalistische Armee — darunter viele BürgerInnen westlicher Staaten und KonvertitInnen — die ihre Ungleichheitsansichten mit Massakern unter Schiit*innen, Jesid*innen und Anderen unter Beweis stellen würde. 2. Eine erfolgreiche deutsche rechtspopulistische Partei wie die AfD samt einer aktivierbaren Massenbasis mit dem lächerlichen Namen „PEGIDA", die sich — sogar gegen eine mediale Stimmung — gegen „den Islam" und Migrant*innen im weitesten Sinne richtet.

Die Antifa ist dennoch am wenigsten überrascht von einem Rassismus der von Anhänger*innen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FdGO) ausgeht. So lange nicht verstanden wird, dass Ungleichheitsideologien mit gesellschaftlichen Konkurrenzverhältnissen, diskursiver und materieller Ausgrenzungspraxis zusammenhängen, wird sich an ihrer Verbreitung und fortwährenden Legitimation wenig ändern.

...gegen Rassismus, Nationalismus und Fundamentalismus

Die Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative" vor der Europawahl 2014 verband Proteste gegen die Krise und reaktionäre Krisenlösungsangebote. Ursache und Wirkung müssen zusammen analysiert und kritisiert werden. Rassismus und Ungleichheitsideologien sind nicht für AfD, FundamentalistInnen und andere vermeintliche „Randerscheinungen" reserviert, sie werden von etablierten Parteien und aus der Mitte der Gesellschaft verblüffend ähnlich geäußert. Der Anbruch einer neuen „Zeit der Monster" (Gramsci) zeigt sich als Verstärkung kapitalistischer Verteilungskämpfe, Brutalisierung kulturalistischer Hassdynamiken und Verschärfung von gender role-Ideologien. Das führt zu massiven Angriffen auf das Wenige, was das Leben vielerorts noch halbwegs aushaltbar machte. Die gemeinsame Kritik an „Troika" und reaktionären Bewegungen vom Salafismus bis PEGIDA erlaubt aber auch eine Erklärung linker Gegenentwürfe, in deren Zentrum Solidarität, Selbstorganisation und materialistische Staats- und Ideologiekritik stehen müssen. Das ist das antifaschistische Präventionsprogramm, das es weiterzuentwickeln gilt.

Ob unsereins sich nun Antifa nennt und Gesellschaftskritik übt oder andersherum, ist weniger von Belang als die Schaffung schlagkräftiger Kollektive, die den Kampf zur Verbesserung des Lebens aufnehmen. Dabei gilt es auch folkloristische Traditionspflege der eigenen Szene hinter sich zu lassen und mit den Betroffenen von gesellschaftlicher Ausgrenzung in engen Austausch zu treten. •

1 Das gilt hauptsächlich in den Metropolen. In Dörfern Mecklenburg-Vorpommerns und anderswo stellen sich diese Fragen aufgrund akuter Bedrohung durch klassische Neonazis ganz anders. **2** siehe autonome Antifa [f], Extremismus der Vernunft, in: AIB Nr. 83

ANTIFA

Neonazis morden — auch in Baden-Württemberg

Der Arbeitskreis „Unvergessen — Opfer rechter Gewalt in Baden-Württemberg" dokumentiert rechte Mordfälle in Baden-Württemberg und stellt darüber hinaus Verdachtsfälle von Morden mit möglichem rechten Hintergrund dar. Bei einer Kategorisierung von Morden als rechts motiviert, muss das entscheidende Kriterium das Tatmotiv selbst sein. Faktoren wie die politische Selbstverortung der TäterInnen, eine nachweisbare Einbindung in die organisierte extreme Rechte, rechte Tätowierungen, der Konsum rechter Musik oder ein entsprechendes Profil in sozialen Netzwerken im Internet sind lediglich Indizien für ein solches Tatmotiv. Ein Fehlen dieser Hinweise bzw. deren fehlender Nachweis bedeutet nicht, dass das Motiv ein unpolitisches ist. Besonders fatal ist, wenn Aussagen der TäterInnen vor Gericht über ihre Motive ignoriert werden und die Taten mit einem Verweis auf Alkohol oder den fehlenden Beweis einer Einbindung in die rechte Szene entpolitisiert werden. Deswegen müssen solche Fälle auch von unabhängiger Seite geprüft, bewertet und dokumentiert werden. Eine Fall-Sammlung sollte bereits vor 1990 ansetzen, weil es in Westdeutschland bereits vor Vereinigung von BRD und DDR zu rechten Morden kam. Vor dem Jahr 1990 wurden mindestens zwei Menschen in Baden-Württemberg Opfer rechter Gewalt.

Rechtsmotivierte Morde vor 1990

In einem Fall wurde Martin Katschker (17) am 29. August 1970 in Konstanz aus sozialdarwinistischen Motiven von Hans Obser ermordet. Die Tat ging als „Gammlermord" in die Lokalgeschichte ein. Der Täter verstand sich als Mitglied einer „Bürgerwehr" und wollte „aufräumen". Er hielt sein Opfer für einen „Gammler", eine Gruppe, gegen die der damalige Bürgermeister von Konstanz, die regionale Tageszeitung und die NPD-Stadtratsfraktion Stimmung geschürt hatten. In einem weiteren Fall erschlugen Mitglieder der rechten Motorrad-Bande „Stander Greif" in Gündelbach (Kreis Ludwigsburg) in der Neujahrsnacht von 1981 auf 1982 den türkischstämmigen Arbeiter Sydi Battal Koparan. Der „Stander Greif" galt als eine Nachfolgegruppe der verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann".

Rechtsmotivierte Morde nach 1990

Ab 1990 wurden in Baden-Württemberg mindestens sieben Menschen Opfer rechter Gewalt. Davon waren fünf Opfer aus rassistischen und drei aus sonstigen Motiven. Zu den Todesopfern rechter Gewalt aus sonstigen Motiven gehören zwei vergessene und ein bundesweit bekannter Fall. Nach einem Bundesliga-Basketballspiel am 21. Oktober 1990 in Ludwigsburg griffen rechte Skinheads eine Fan-Gruppe des SSV Ulm auf dem Ludwigsburger Bahnhof an. Dabei warfen sie Molotow-Cocktails in die am Bahnsteig stehende Menge, die daraufhin die Flucht ergriff. Einer der Flüchtenden war der 23-jährige Ulmer Fan Eberhard Arnold. Dieser stürzte vor eine einfahrende S-Bahn und starb. Am 19. Juli 1996 wurde Werner Weickum (44) am Bahnhof von Eppingen (Landkreis Heilbronn) von einer zehnköpfigen Neonazi-Jugendbande überfallen, ausgeraubt und zu Tode geprügelt. Die Polizistin Michèle Kiesewetter (24) wurde am 25. April 2007 in Heilbronn von Mitgliedern des „Nationalsozialistischen Untergrunds" erschossen. Die Hintergründe und eine mögliche Tatbeteiligung weiterer Personen sind bis heute ungeklärt. Fünf rechte Morde waren offenkundig rassistisch motiviert. In der Nacht zum 16. Juni 1991 wurde der Angolaner Agostinho Comboio (34) vor einer Kneipe in Friedrichshafen von dem Neonazi-Skinhead Mario Radovanovic aus Ravensburg erstochen. In der Nacht vom 7. auf den 8. Juli 1992 zog eine siebenköpfige Gruppe von Rechten in Ostfildern-Kemnat bei Esslingen zu einem von jugoslawischen Arbeitern bewohnten Containerheim. Drei Täter warteten vor dem Gebäude, die anderen drangen in das Haus ein und erschlugen den schlafenden Kosovo-Albaner Sadri Berisha (56). Der Spätaussiedler Arthur Lampel wurde in der Nacht vom 8. auf den 9. September 2001 bei einem Fest in Bräunlingen (Kreis Schwarzwald-Baar-Heuberg) vom Wortführer einer rechten Skinhead-Clique tödlich verletzt. In der Nacht vom 19. auf den 20. Dezember 2003 erstach in Heidenheim an der Brenz der 17-jährige Neonazi Leonhard Sch. die drei Spätaussiedlerjugendlichen Viktor Filimonovim (15), Waldemar Ickert (16) und Aleksander Schleicher (17). Am 26. November 2005 wurde Tim Maier (20) in Bad Buchau (Kreis Biberach) von dem 24-jährigen ehemaligen NPD-Mitglied Achim M. erstochen. Als er mit Freunden ein Lokal verließ, wurde die Gruppe von Neonazis verfolgt und als „Scheiß Ausländer" beschimpft.

Verdachtsfälle thematisieren

Über die genannten zehn relativ eindeutig rechts motivierten Morde hinaus gibt es zwölf weitere Morde, in denen ein rechtes Motiv eine Rolle gespielt haben könnte. Von diesen zwölf Fällen ist je ein Mord mutmaß-

lich sozialdarwinistisch, einer homophob, zwei anderweitig motiviert und acht sind mutmaßlich rassistisch motiviert gewesen. Ein Verdachtsfall aus der Zeit vor 1990 ist der Mord an Kiomars Javadi. Am 19. August 1987 wurde der 20-jährige iranische Flüchtling Kiomars Javadi in Tübingen nach einem vermeintlichen Diebstahl von Angestellten eines Supermarktes festgehalten und misshandelt. Der 18-jährige Lehrling Andreas U. hatte ihn für 18 Minuten in einen Würgegriff genommen. Laut Gerichtsmedizinern war Kiomars bereits nach vier bis sechs Minuten tot. Der Mord an der Antifaschistin Kerstin Winter am 22. Januar 1993 durch eine Paketbombe in Freiburg hinterließ bei vielen große Fragezeichen. Zwar präsentierte die Polizei mit einem Ex-Freund Winters einen Tatverdächtigen, der 1994 auf Grund von Indizien-Beweisen verurteilt wurde, doch blieben Zweifel an dessen Schuld. Am 16. März 1994 brannte durch eine möglicherweise rassistisch motivierte Brandstiftung das fünfstöckige Haus Geißstraße 7 in der Stuttgarter Altstadt. Dabei kamen sieben Menschen ums Leben und 16 wurden verletzt. Es starben eine 24-jährige Deutsche und deren zweijährige Tochter, eine 27-jährige schwangere Türkin und deren vierjährige Tochter sowie ein 60-jähriger Kroate und seine 55-jährige Ehefrau. Eine 57-jährige Jugoslawin verfehlte das Sprungtuch und stürzte in den Tod. Am 30. Juni 1995 wurde ein 25-jähriger Deutscher bei einer offenbar rassistisch motivierten Brandlegung in Esslingen festgenommen, der auch die Tat in Stuttgart gestand. Laut Medien handelte es sich um einen psychisch kranken Einzelgänger, der durch rechte Äußerungen auffiel. Im Januar 2005 traten in Stuttgart zwei 16-jährige einen Obdachlosen zu Tode. Die beiden Täter gestanden vor Gericht ihre Tat, konnten oder wollten aber kein Motiv angeben. Am 8. Mai 2010 wurde ein 30-jähriger homosexueller Mann bei einer Autobahnraststätte in Magstadt (Landkreis Böblingen) von einem 56-jährigen Frührentner aus Esslingen durch einen Kopfschuss von hinten ermordet. Tatort war ein Schwulentreffpunkt. Der verurteilte Täter ist ein offenbar heterosexueller Mann, der sich nach Medienberichten in den 1990er Jahren mit dem HI-Virus angesteckt haben soll. Der polizeiliche Fallanalytiker, der ein Täter-Profil anlegte, ging davon aus, dass der Angeklagte aus Hass auf Homosexuelle mordete.

Bei weiteren, auch jüngeren Fällen bleibt ein möglicher rechter Hintergrund ungeklärt. So soll beispielsweise der Tatverdächtige eines brutalen Mordes an einem Rentnerehepaar 2014 in Albstadt (Zollernalbkreis) im März 2014 der Reichsbürger-Szene angehört haben. Falls das zutreffen sollte, bleibt unklar, ob die Tat etwas mit der politischen Ideologie des Täters zu tun hat.

Die Erinnerung an die Opfer und das Bewusstsein für die Gefahr stärken!

Von den ermittelten 22 sicheren oder möglichen Opfern rechter Gewalt in Baden-Württemberg waren die meisten Opfer von Rassismus. Damit hat der Rassismus seine tödliche „Qualität" auch in Baden-Württemberg bewiesen. Eine unabhängige Recherche ohne Ressourcen und öffentlichen Auftrag stößt schnell an ihre Grenzen. Sie kann die Fälle eher darstellen und in Erinnerung rufen, als neue Fakten ermitteln. Auch das ist wichtig, denn an die meisten Todesopfer rechter Gewalt in Baden-Württemberg wird unzureichend oder gar nicht erinnert. Das Projekt „Unvergessen — Opfer rechter Gewalt in Baden-Württemberg" hofft durch seine Dokumentation eindeutiger und möglicher Fälle rechts motivierter Morde in Baden-Württemberg sowohl an die Opfer zu erinnern, als auch auf die tödliche Gefahr aufmerksam zu machen, die extrem rechter Ideologie innewohnt. Denn die TäterInnen haben menschenverachtende Einstellungen verinnerlicht, die in Teilen der Gesellschaft weit verbreitet sind: Rassismus, Homo- und Transphobie, Antiziganismus, Antisemitismus oder Sozialdarwinismus. Ziel ist es auch ein würdiges Gedenken zu etablieren, in Form von Jahrestagen, Gedenktafeln, Straßen und Platz-Benennungen. Nach Aufdeckung der NSU-Mordserie gerieten auch alte und ungeklärte Fälle wieder auf den Prüfstand. Dazu sollen bundesweit 746 versuchte und vollendete Tötungsdelikte zwischen 1990 und 2011 erneut unter die Lupe genommen werden. Davon gelten 120 als aufgeklärt und 626 als unaufgeklärt. Nach Bundesländern verteilt, nimmt Baden-Württemberg mit 261 neu aufgerollten bzw. 216 ungelösten Fällen, denen möglicherweise rechte Motive zu Grunde liegen, einen Spitzenrang ein, während Sachsen lediglich zwei Fälle neu untersuchen lassen will. Grund für die ungleiche Verteilung dürften unterschiedliche Kriterien oder die unterschiedliche Motivation der Behörden sein, sich solchen alten Fällen zu widmen. Interessant wird, ob diese Fälle und ihre Bewertung durch die Behörden einer kritischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, so dass es möglich ist, sich ein unabhängiges Bild zu machen. •

Der Arbeitskreis „Unvergessen — Opfer rechter Gewalt in Baden-Württemberg", betreibt den Erinnerungs- und Doku-Blog http://unvergessen.blogsport.de

DISKUSSION

Islam + Faschismus. Die Orientierungslosigkeit der unabhängigen Linken

ABU ULI, KAIRO

■ Selten ist die unabhängige Linke so lange orientierungslos gewesen wie seit dem Auftreten radikalislamischer politischer Gruppen. In verschiedenen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts radikalisiert und internationalisiert, mit ihren Vorläufern in Algerien, Tunesien, Ägypten und dem fruchtbaren Halbmond schon bedeutend länger aktiv, begann sich die Linke in Deutschland erst nach den Anschlägen des 11. September über den politischen Islam ernsthaft Gedanken zu machen. Es wurden sich Fragen nach Herkunft und Ziel der Akteure unter dem zentralen Aspekt der Sicherheit Israels gestellt. Insbesondere in Deutschland wurde das bis dahin vernachlässigte Feld aus der Perspektive der nationalsozialistischen Vergangenheit, dem Ende der Sowjetunion und dem Erstarken rassistischer und neofaschistischer Bewegungen erschlossen.

Zunächst wurde beispielsweise von Matthias Küntzel die Idee des radikalen Islams als eine Art Wiedergänger des Nationalsozialismus nahegelegt.[1] Es wurde eine Diskussion vorangetrieben, die die ideologische Nähe des politischen Islam zum Nationalsozialismus über „suggestive Analogieschlüsse"[2] behauptete. Dazu wurde der Untersuchungsgegenstand aus der Peripherie ins Zentrum gerückt, aus seinem geschichtlichen Zusammenhang gelöst und zum Zweck der Untersuchung an europäische Theorien und ihre Debatten angekettet. Allerdings wurde darauf verzichtet, Zusammenhänge zu untersuchen. Vorgegangen wurde weitgehend ohne kulturelle und sprachliche Kenntnisse, ohne die Reflexion innerarabischer politischer Debatten — sowohl historischer als auch aktueller. Dieses Verfahren ist so effizient wie simpel. Es galt Beweise zu finden, dass der politische Islam und seine politischen Organisationen seit ihrer Entstehung eine im Kern antisemitische Agenda verfolgen. Der Entstehung der ägyptischen Muslimbrüder und dem Antisemitismus des Mufti von Jerusalem wurden rückwirkend zentrale Prominenz zugesprochen, während der koloniale Befreiungskampf und die Bedingungen der neuen Staaten in einer von der Systemauseinandersetzung dominierten Realität keine Rolle mehr spielten.

Die Wiederauferstehungsthese des Nationalsozialismus erwies sich als leicht einzureißen. Zu groß war die Diskrepanz zur Realität — sind die Entstehung und Genese des politischen Islams, also auch der Muslimbruderschaft, doch im Antikolonialismus verankert. Außerdem ließ sich dieser These nur allzu leicht eine Verharmlosung des Nationalsozialismus attestieren. „Führerkult", „Märtyrerideologie", und „antisemitische Massenbewegung" sind zuallererst Kennzeichen des deutschen Nationalsozialismus.

Es sind die Deutschen, die für die Shoa verantwortlich sind und nicht Ägypter, Syrer oder Iraker. Weder der Mufti von Jerusalem noch die Muslimbrüder konnten mit antisemitischer Propaganda eine Massenbasis gewinnen. Dennoch wird unbeirrt an der Vorstellung eines politisch organisierten islamischen Antisemitismus festgehalten.

Dass der politische Islam als eine Spielart des Faschismus identifiziert wird, der insbesondere in den durch den Kapitalismus erodierenden Gesellschaften des Nahen und Mittleren Osten in Erscheinung tritt, ist relativ neu. Das Ziel des politischen Islams sei jetzt nicht mehr nur die Islamisierung der Gesellschaften, sondern auch die islamfaschistische Organisation der Gesellschaft in Volk und (religiöse) Führer. Das einzige Land, dem dieses Projekt zumindest ideologisch halbwegs erfolgreich bescheinigt werden kann, ist der Iran — ohne hier auf die besonderen Bedingungen des schiitischen Islams einzugehen. Alle sunnitischen Projekte dagegen sind bisher am Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Trotzdem wird zusammengesucht, was als Ideologie den politischen Islam zwischen Marokko und den Philippinen zum Faschismus macht.

Warum diese Ideologiedebatte? Es geht um eine populistische Orientierung. Die kapitalistischen Verwerfungen der Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten sollen verständlich werden, ohne die nach den jüngsten Revolutionen noch einmal sich verschärfenden realpolitischen Bedingungen erklären zu müssen. Begriffe wie Islam-Faschismus sind Kampfbegriffe für komplexe politische Auseinandersetzungen in der Peripherie des Kapitalismus, auch wenn sie sinnentleert sind. Sie verschaffen der Angst und dem Schrecken des staunenden Publikums scheinbar moralische Integrität, bieten scheinbare Orientierung in dem neuen globalisierten Blickfeld. Überall, auch im Westen, finden sich islamische politische Organisationen, denn die Grenzen zwischen Kolonisator_innen und Kolonisierten sind vom Kapitalismus selbst eingerissen.

Mit der Angst arbeiten auch radikale islamische Gruppen propagandistisch im Internet. Sind diese deshalb islam-faschistisch? Wohl kaum — auch wenn es gerne so gesehen würde. Religionen sind ideologische Steinbrüche, aus denen sich jede politische Ideologie zurechtzimmern lässt — auch und jederzeit einen Islam-Faschismus. Ein dezidierter Islam-Faschismus ist jedoch weder historisch noch aktuell in Staaten wirksam geworden und wird es vermutlich niemals sein können. Dabei dürfte völlig klar sein, dass der politische Islam kein emanzipatorisches Projekt ist. Im Gegenteil. Aber es werden Diskussionen fernab politischer Realitäten geführt. Selbstverständlich lässt sich aus dem Katalog faschistischer und faschistoider Charakteristika das erwünschte Ergebnis auch nachweisen oder um Moshe Zuckermann zu zitieren: „Der islamistische Fundamentalismus hat mit Faschismus, betrachtet man die Analysen des Faschismus, die in den 60er Jahren geleistet wurden, gar nichts zu tun. Wenn wir unter Faschismus verstehen, was sich in einer bestimmten Epoche in Italien, Ungarn, Spanien, später dann als Nationalsozialismus in Deutschland in einer radikalisierten Sonderform formierte, so stellt dies etwas ganz anderes als die Bewegungen des radikalisierten Islam dar. (...) Man muss schon den Begriff des Faschismus inhaltlich entleeren, um oberflächliche Ähnlichkeiten ausmachen zu können."[3] Dieses Plädoyer für einen engen Faschismusbegriff, der sich nicht so einfach polemisch verwenden lässt, ist sinnvoll und Zuckermanns Hinweis: „Natürlich greifen auch einige europäische Linke das gerne auf, denn was wäre gerade für Linke attraktiver, (als) einen Kampf gegen den ‚Faschismus' führen zu können"[4], beschreibt den Charakter der Begriffsverwendung treffend. Seine Bemerkung: „Die Tatsache, dass ihn Bush verwendet, ist im übrigen Grund genug, ihn nicht zu verwenden."[5] legt klar, auf welchem Territorium diese Diskussion stattfindet. Dass sich die unabhängige Linke daran beteiligt, ist erstaunlich. Der Artikel ‚Islamischer Faschismus?' von Volker Weiß ist sich dieses problematischen Begriffs zwar bewusst, verwendet ihn aber dennoch.

Doch es entstehen Nebeneffekte. Es werden, gewollt oder ungewollt, militärische Interventionen des Westens gerechtfertigt. Denn wenn die aufgeklärte westliche Zivilisation zwar durch religiös begründete — aber faschistische Organisationen bedroht ist, ist Handeln die Maxime der Stunde. Dabei ist es offensichtlich, dass solche Handlungen erzwingende Diskussionen weit zurück in die Bilderwelt der ersten Kolonisator_innen führen, die sogenannte „Wilde" entdeckten und deren Christianisierung als moralische Rechtfertigung zur totalen Unterwerfung, Vernichtung und Ausplünderung vorsahen. Muslime und Islam galten spätestens seit Errichtung britischer und französischer Kolonialreiche als eine minderwertige Zivilisation, die es im besten Fall zu erziehen, im schlechtesten zu beseitigen galt. Dies ist die ideologische Begleitmusik militärischer Unterwerfung. Verbunden ist sie in Deutschland mit dem Traum seiner politischen und ökonomischen Elite, von einer europäischen zu einer globalen militärischen Großmacht aufzusteigen.

Dass der kurdische Widerstand in Kobanê auf Vergleiche mit dem Spanischen Bürgerkrieg und dem Kampf gegen den Faschismus zurückgreift, hat viel mit politischer Mobilisierung und wenig mit Analyse zu tun. Kämpft der kurdische Widerstand doch sehr allein gelassen schlicht ums Überleben. Stichworte, die ein bisschen Vertrautes den irritierten Westlern in die Hand geben, sind dabei sehr notwendig, um Unterstützung zu bekommen. Dass sie damit zu Debatten beitragen, die in Form und Inhalt an die Kolonialdebatten des 19. Jahrhunderts erinnern, ist mit Sicherheit ungewollt. In diesen äußerst populären Debatten erschließen sich linke Intellektuelle eine Zuhörerschaft, die bis weit ins bürgerliche Spektrum hineinreicht.

Aber eigentlich sollte vor einer Diskussion eines wie auch immer erdachten Islam-Faschismus die Auseinandersetzung mit den realen politischen Bedingungen und Abhängigkeiten in den Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens geführt werden. Eine Vernetzung mit linken politischen Gruppen vor Ort wäre dazu eine Notwendigkeit. Das jedoch scheint zu mühsam zu sein. •

1 s. z.B.: http://de.indymedia.org/2003/10/63174.shtml „Der religiöse Rassismus der Islamisten, der den völkischen Rassismus der Nazis ersetzt hat, erklärt Allah zum Führer und die Jihadisten zu seiner privilegierten Kampftruppe: Wenn man so will, zu Allahs SS." **2** ebd. in der Erwiderung von Bernhard Schmid **3** www.heise.de/tp/artikel/23/23402/1.html **4** ebd. **5** ebd.

RASSISMUS

Alle sind aus Verzweiflung an Bord gegangen, die Mehrheit ist vor Gewalt, Verfolgung und Konflikten geflohen. Sie stammen mehrheitlich aus Syrien, Eritrea, Somalia, Nigeria, Gambia, Mali, Senegal, Niger, Guinea und der Elfenbeinküste — ihr Ansinnen ist die Suche nach einem besseren Leben. Sie ertrinken oder werden über das Meer zurückgeschoben, kurzum: Sie gehören zu den Unerwünschten. Eindrücke vom EU-Migrationsregime zwischen Nordafrika und südlicher Sahara.

Der Krieg der EU gegen Flüchtlinge und MigrantInnen in Afrika

ALASSANE DICKO[1]

Die Ereignisse des arabischen bzw. maghrebinischen Frühlings hatten die Hoffnungen der Jugend in Tunesien, von nun an ebenfalls die Vorzüge der Bewegungsfreiheit genießen zu können, erblühen lassen. Zudem hat diese Hoffnung tausende MigrantInnen aus Subsahara-Afrika genauso wie Flüchtlinge aus dem Nahen Osten angesteckt. Auch sie wollten von den Früchten der Massenrevolutionen bzw. -aufstände profitieren und sie setzten auf eine Öffnung der Fluchtrouten nach Europa. Aber umsonst. Die EU hat sich gegen humanitäre Lösungen und stattdessen für eine Sicherheitspolitik gegen die angebliche Überschwemmung der europäischen Küsten durch EinwanderInnen entschieden.

Die MigrantInnen auf Abruf — wir nennen sie KandidatInnen — wissen genau, dass sich Europa in der Krise befindet und folglich versucht seine Kräfte zu bündeln, um die Migration bereits an ihren Ursprungsorten zu kontrollieren oder eben den Zugang zum europäischen Territorium zu blockieren. Die afrikanischen MigrantInnen wiederum kennen all dies aus eigener Erfahrung oder aus den Berichten von RückkehrerInnen, auch solchen, die unter anderem deshalb an der Grenzüberquerung gescheitert sind, weil sich die europäische Politik an der Kontrolle der Binnengrenzen einzelner afrikanischer Länder beteiligt. Konkreter: Die aus EU-Mitteln finanzierten Abschiebezentren in Tunesien, Marokko und Libyen füllen sich regelmäßig mit hunderten MigrantInnen, aus denen reihenweise Konvois mit Rückzuführenden zusammengestellt werden, deren Ziel die mitten in der Wüste gelegenen Grenzposten der südlichen Saharaländer wie Niger, Mali und Mauretanien sind — eine Praxis kollektiver Abschiebungen, die als freiwillige oder humanitäre Rückführung schöngeredet wird.

Feststeckend, gejagt und zurückgeschoben, versuchen die MigrantInnen zu überleben, indem sie nach neuen Migrationsrouten Ausschau halten. Denn Fakt ist, dass die Schwierigkeiten der Grenzüberquerung im Maghreb und die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit in den verschiedenen Transitländern vor allem den Abschreckungszielen der EU-Migrationspolitik dienen. Hinzu kommt, dass MigrantInnen und Flüchtlinge nicht nur von den bis heute andauernden politischen und sozio-ökonomischen Krisen im Zuge des maghrebinischen Frühlings negativ betroffen sind — insbesondere in Mali und Libyen. Vielmehr hat die EU bereits 2011 direkt Verhandlungen mit den nordafrikanischen Ländern über Nachbarschaftsverträge und Fragen der Migrationskontrolle aufgenommen — und das, obwohl die Bevölkerung dieser Länder klipp und klar eine Öffnung der Grenzen verlangt hat.

Die Übernahme der repressiven Gesetze gegen die sogenannte klandestine Migration hat die Lebensbedingungen der MigrantInnen zugespitzt und diese noch stärker in die Abhängigkeit der Schlepper gebracht. Schlimmer noch: Ihnen werden große Umwege aufgezwungen, um den vielfältigen und gezielten Kontrollen und vor allem der Überwachung durch die EU-Grenzschutzagentur Frontex zu entgehen. Die finanziellen Belastungen für die Reise erhöhen sich dadurch exponentiell, was insbesondere den mit Kindern reisenden Frauen große Schwierigkeiten bereitet. Zudem erhöhen sich die Preise für die Überfahrt mit dem Boot, oft begleitet von Erpressung und Raub der letzten Ersparnisse.

Deutlich wird also, dass MigrantInnen als BotschafterInnen des Nicht-Funktionierens von Regierungshandeln fungieren, vor allem aber, dass sie sich im Schnittfeld zwischen geopolitischen Erwägungen sowie unterschiedlichen Krisen und Konflikten wiederfinden. Dabei sehen sie sich zu einer Art strategischen Münze zwischen EU und den maghrebinischen Ländern degradiert. Zudem werden sie zu Lande und zu Wasser in einem Ausmaß ihrer Rechte beraubt, dass

Foto: UNHCR (CC BY-NC 2.0)

Geflüchtete warten auf die lebensgefährliche Überfahrt nach Europa.

dies nur noch als Verletzung sämtlicher Konventionen zum Schutz von Menschen in schwierigen Situationen bezeichnet werden kann.

Ein Beispiel: Im Rahmen des am 7. Juni 2013 in Luxemburg unterzeichneten Mobilitätsabkommens zwischen Marokko und 10 Mitgliedsstaaten der EU sowie eines vergleichbaren, am 3. März 2014 in Brüssel verabschiedeten, Abkommens mit Tunesien, wird die eigentliche Stoßrichtung der EU-Migrationspolitik in Nordafrika erkennbar: Die Partner — in diesem Fall Marokko und Tunesien — werden finanziell bei der Umsetzung des Rückübernahmeabkommens unterstützt, welches zunächst einmal die Abschiebung von DrittstaatlerInnen aus Europa in die beiden Länder erlaubt, insbesondere von solchen aus Subsahara-Afrika. Praktisch geht es bei der finanziellen Unterstützung um die Einführung von Maßnahmen zur Identifizierung und Verifizierung (insbesondere der Staatsangehörigkeit), um Techniken zur Erlangung der Reisedokumente für die aus Europa Abgeschobenen sowie um den Aufbau einer Kooperation zwischen den Ländern des Maghreb und den Herkunftsländern der DrittstaatlerInnen. Denn letztlich können die Länder des Maghreb ihre Rolle als Gendarm der EU nur unter der Bedingung erfolgreich ausfüllen, dass sie ihrerseits die aus Europa Abgeschobenen direkt weiter abschieben — sei es in ihre Herkunftsländer oder in solche Länder, die die Betreffenden ursprünglich nur durchquert haben. Letzteres trifft beispielsweise auf Mali zu, das aufgrund seiner geographischen Lage für die meisten Flüchtlinge und MigrantInnen aus West- und Zentralafrika zum Transitland geworden ist.

Für die afrikanischen Länder, insbesondere die südlichen Anrainer-Länder der Sahara stellt diese Konstellation einen Bruch in den traditionellen Beziehungen der Gastfreundschaft dar. Denn die BewohnerInnen subsaharaischer Länder trifft die migrationspolitische Kooperation mit voller Wucht — verschärft durch das Agieren der bewaffneten, unter anderem islamistischen Gruppen an den entsprechenden Hotspots in der gesamten Sahara-Region. Aber nicht nur MigrantInnen sind betroffen. Denn auch die nomadische Bevölkerung kann die Region nicht mehr durchqueren, ohne Schutzgelderpressungen oder anderen Schikanen unterworfen zu sein, manchmal auch durch jene bewaffneten Kräfte, die die MigrantInnen durch die Sahara begleiten.

Schließlich: Die MigrantInnen haben auch deshalb ihre geographischen Orientierungspunkte im Transit verloren, weil jene sozialen Orte gezielt zerstört wurden, an denen sich MigrantInnen entlang der Migrationsrouten zum gemeinsamen Austausch zusammengefunden haben.[2] Beispielsweise haben die Behörden im Niger und in Algerien in jüngerer Zeit solche Camps der Hoffnung zerstören lassen und somit tausende MigrantInnen weiteren Irrfahrten ausgeliefert. •

1 Der Autor ist bei der Assoziation der Abgeschobenen Malis (AME) und Afrique-Europe-Interact aktiv. 2 Die soziale Funktionsweise solcher Treffpunkte hat Emmanuel Mbolela in seinem Buch „Vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil" auf beeindruckende Weise beschrieben.

RASSISMUS

In den USA sind die Proteste gegen rassistischen Justiz- und Polizeiterror abgeflaut. Aber die „black lives matter"-Bewegung lebt und mobilisiert weiter.

Jenseits von Ferguson?

XAVIER BONNET, BROOKLYN

■ Die neue antirassistische Bewegung, die den ganzen Sommer und Herbst über mit Sit-Ins, Blockaden und Sprechchören wie „I can't breathe", „Hands up, don't shoot" und „Black lives matter" auf sich aufmerksam machte, hat einen Mythos zerstört — den von der post-rassistischen Gesellschaft. Denn die Proteste in Ferguson, New York und vielen weiteren US-Groß-und Kleinstädten, die den Nicht-Anklagen mordender Polizisten folgten, waren so massiv, dass sich die Mainstream-Medien ihnen nicht mehr verschließen konnten. Beweise hatten die Videos geliefert, die sich in den sozialen Netzwerken verbreiteten: von Michael Brown in Ferguson im Bundesstaat Missouri und vor allem von Eric Garner im New Yorker Stadtteil Staten Island. Letzterer wurde von Polizisten zu Boden gerissen und erwürgt. Keiner der beteiligten Beamten machte minutenlang Anstalten, ihn wiederzubeleben. „Rassistischer Alltag", hieß es seitens vieler Afroamerikaner_innen, die gleichwohl ihrer Empörung Ausdruck verliehen.

Die Irritationen, die die hunderttausendfach heruntergeladenen Videos in den Wohnzimmern vieler Weißer auslösten, waren dagegen nur von kurzer Dauer. Denn große Teile der gesetzesgläubigen US-Öffentlichkeit sahen sich bald darauf in ihren Vorurteilen bestätigt. Als der weiße Polizist Darren Wilson, der für seine Schüsse auf Michael Brown nicht angeklagt wurde, als freier Mann den Dienst quittieren und sich aufs Altenteil zurückziehen konnte, stand auf einmal das „Fehlverhalten" des unbotmäßigen Schwarzen im Vordergrund. Dasselbe galt für Eric Garner. Weshalb ließ sich der übergewichtige (!) und illegal Zigarretten verkaufende (!) Afroamerikaner von der Polizei nicht freiwillig festnehmen? Es musste wohl an der „Kultur der Armut" und der „Feindseligkeit gegenüber der Ordnungsmacht" liegen...

Die in Ferguson ausharrenden Mainstreammedien — sämtliche US-Fernsehsender und Hunderte von Journalisten aus dem Ausland — trugen das Ihre dazu bei. Der staatsanwaltliche Anklageverzicht wurde, wenn überhaupt, dann schwach kommentiert übertragen. Die erwarteten Reaktionen auf der Straße dagegen setzten die Medien wiederum dem vermeintlichen Publikumsgeschmack entsprechend in den Kontext von „Unruhen" und „Krawallen". In der Berichterstattung deutschsprachiger Medien inklusive derer in Österreich und der Schweiz fiel bis auf wenige Ausnahmen unzählige Male als Erklärung der Begriff „Rassenunruhen". Der seit vielen Jahren in New York ansässige und nach Ferguson eingeflogene Spiegel-Online-Korrespondent faselte gar von der „schwersten Rassenkrise seit Generationen". Ihm müsste bekannt sein, dass die in den USA breit verwendete Bezeichnung „race" Ethnizität und Herkunft bedeutet und eben nicht die biologistisch-nazideutsche „Rasse". Aber selbst in den US-Mainstreammedien war keine Rede von einer „racial crisis" oder einem „race war". Vermutlich spielte beim deutschen Beobachter der Grundtenor, nämlich der Zeigefinger Richtung USA mit der parallel dazu verlaufenden Entlastung des eigenen Stalls zuhause, eine nicht unbedeutende Rolle.

Von „Rassenunruhen" zu sprechen ist ebenso unsinnig wie die Behauptung vom spontanen Aufstand Jugendlicher, wie es in einigen liberalen Medien hieß. Denn beide negieren, dass hinter dem oft gezeigten und skandierten Slogan „black lives matter", der 2014 bekannt wurde, schon vorher organisierte Ansätze standen, die sich zu einer Bewegung in den gesamten USA ausgeweitet haben. Der Name begann als Twitter-Hashtag #BlackLivesMatter und verbreitete sich im Juli 2013 nach dem Freispruch des privaten Sicherheitsmanns George Zimmerman, der in Florida den Teenager Trayvon Martin erschossen hatte. Mithilfe desselben Hashtags fanden sich 2014 unmittelbar nach dem Tod von Michael Brown in Ferguson, John Crawford III und Eric Garner Betroffene zusammen. Sie waren die ersten, die in Ferguson noch vor Ort, als die Leiche auf der Straße lag, Informationen austauschten. In diesen viereinhalb Stunden multiplizierten sich nicht nur die darauf bezogenen Tweets, sondern auch die Demonstrant_innen aus der Umgebung, die noch am selben Tag nach Ferguson strömten. Die Initiative geht auf drei Frauen zurück und ist dem Selbstverständnis nach „ein einzigartiger Beitrag, der über die gesetzlosen Morde an schwarzen Menschen durch Polizei und Milizen hinausblickt". Bis Ende Januar hatte „black lives matter" fast 700 Demonstrationen in den USA und international organisiert.

Das Weiße Haus, das zurecht als weltweit größtes PR-Unternehmen mit Fühlern in alle Richtungen gilt, reagierte bereits Ende November auf die Proteste. 75 Millionen Dollar sollen in den kommenden drei Jahren für über 50.000 am Körper getragene Polizeikameras ausgegeben werden. Auch auf die wachsende Kritik an der militarisierten Po-

lizei ging Washington ein. Unter dem Druck der Demonstrationen von „black lives matter“ war bekannt geworden, dass sich örtliche Polizeiabschnitte unter einem sogenannten „1033-Programm“ seit 1997 gratis mit Militärwaffen aus den Beständen des Verteidigungsministeriums eindecken, allein im Jahr 2013 im Wert von einer halben Milliarde Dollar. So kam es, dass beispielsweise die Polizei in Ferguson mit Schützenpanzern und Nahkampfausrüstung aus den Kriegen im Irak und Afghanistan sowie Schnellfeuergewehren auf Demonstrant_innen losging. Das Programm lasse sich vom Präsidenten nicht einstellen, hieß es, denn es sei vom Kongress verabschiedet worden. Eine Zeitschrift enthüllte diesbezüglich anekdotenhaft, dass sich etwa die Polizei im Örtchen Keene mit seinen 23.000 Einwohner_innen im Bundesstaat New Hampshire ein taktisches Panzerfahrzeug zulegte. Die Begründung des örtlichen Polizeichefs lautete allen Ernstes, solch ein Kriegsvehikel sei für das jährliche „Kürbisfest und ähnlich gefährliche Situationen“ notwendig.

Mitte Dezember richtete Barack Obama eine Arbeitsgruppe mit dem schönen Namen „Task Force on 21st Century Policing“ ein, die die Beziehungen zwischen Polizei und Communities verbessern soll. Derzeit finden in mehreren Städten Anhörungen statt, in denen Regierungsvertreter Beschwerden und Anregungen mitschreiben. Die Crux liegt allerdings in der Glaubwürdigkeit der Initiative. Denn zum Leiter der Task Force ernannte Obama ausgerechnet den Polizeichef von Philadelphia Charles Ramsey, der 1998 bis 2007 in der Bundeshauptstadt den Hardliner-Bullenchef gegeben hatte, mit „außergewöhnlich großer Gewaltanwendung, Massenfestnahmen ohne Grundlage und unter völliger Missachtung der Grundrechte“, wie kritische Anwälte monierten. Ramsey war außerdem in Ferguson als „Berater“ anwesend.

Auch in New York, das formal der liberale Bürgermeister Bill DeBlasio regiert, versuchen die Behörden, die durch die Proteste von „black lives matter“ geöffneten Spielräume wieder dichtzumachen. Ausgangspunkt war der Doppelmord an zwei Streifenpolizisten im Stadtteil Brooklyn am 20. Dezember 2014, den die Polizeigewerkschaft zum Anlass für wütende Verbalattacken gegen DeBlasio und direkte Drohungen gegen Demonstrant_innen und Polizeikritiker_innen nahm. Der Polizeichef William Bratton forderte eine massive Strafrechtsverschärfung für zivilen Ungehorsam. Außerdem kündigte er eine neue Einheit namens „Strategic Response Group“ an, die mit Maschinenpistolen ausgerüstet werden soll, „um uns im Umgang mit Demonstrationen zu helfen“.

Mitgliedern von „black lives matter“ ist bewusst, dass auf den Straßen wahrscheinlich ein schärferer Wind blasen wird. Aber die Bewegung befinde sich objektiv in einer neuen Situation. Jetzt gehe es darum, das Networking und die Organisationsarbeit zu verstärken, um nicht ein ähnliches Schicksal wie Occupy Wall Street zu erleiden. Ein positives Zeichen war der 30. Januar: 800 Menschen trafen sich zu Strategieberatungen und Workshops für zivilen Ungehorsam.

•

GESCHICHTE

Am 27. Januar 2015 jährte sich die Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee zum 70. Mal. Nur sehr wenige Menschen überlebten das Vernichtungslager, das heute symbolhaft für die Shoa steht. Wir sprachen mit dem antifaschistischen Arbeitskreis „Fragt uns, wir sind die Letzten" aus Berlin, der kürzlich seine fünfte Broschüre veröffentlicht hat.

„Antifaschismus braucht auch eine emotionale Dimension"

AIB: Wie ist euer Arbeitskreis entstanden und was habt ihr bisher erreicht?

AK: Unser Arbeitskreis wurde von Aktivist_innen aus dem Umfeld der Antifaschistischen Initiative Moabit und der Berliner VVN-BdA gegründet. Wir waren zunehmend mit der Schwierigkeit konfrontiert NS-Überlebende zu finden, die bei unseren Veranstaltungen sprechen. Gleichzeitig lernten wir über die VVN-BdA viele Menschen kennen, deren Lebensgeschichten in der Öffentlichkeit kaum bekannt waren. Wir wollten diese Geschichten sichtbar machen und damit den Überlebenden gleichzeitig auch unseren Respekt bekunden. Auch entsprachen wir mit den Begegnungen dem ausdrücklichen Wunsch vieler Überlebender im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus heute, auf ihren Erfahrungen aufzubauen. Inzwischen haben wir 25 kommentierte Interviews veröffentlicht. Momentan arbeiten wir an der sechsten Broschüre.

Warum sind Zeitzeug_innen im Antifaschismus so wichtig?

Für den Antifaschismus sind die Verfolgten des NS und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand wichtige Zeitzeug_innen können alle sein, aber uns geht es um die Perspektiven der Überlebenden. Menschen, die aus der deutschen Volksgemeinschaft bis zur Vernichtung ausgeschlossen wurden und/oder sich entschieden in verschiedenster Form Widerstand gegen die Nazis zu leisten, begründen unseren Antifaschismus von heute. Ihre Geschichten zeigen die Notwendigkeit und zugleich auch Möglichkeit antifaschistischer Politik. In der politischen Praxis besitzen Überlebende zudem ein einmaliges moralisches Gewicht. Ihre Stimmen verschaffen der Blockade eines Neonazi-Aufmarsches oder der Skandalisierung von Geschichtsrevisionismus eine Aufmerksamkeit, die sonst schwer zu erreichen ist.

Ihr schreibt, eines eurer Ziele ist es, marginalisierte Perspektiven sichtbar zu machen. Auch die Geschichts- und Gedenkstättenpädagogik spricht von einer „Multiperspektivität" auf die Geschichte. Welche Perspektiven sind es, die bis heute kaum Beachtung finden?

Die Geschichte der Marginalisierung von bestimmten Opfer- und Widerstandsgruppen ist lang. Über einzelne Menschen nicht zu sprechen, geht dabei einher mit einem unkritischen Fokus auf auserkorene Ikonen wie Stauffenberg. Der Widerstand von Arbeiter_innen, Juden und Jüdinnen, aber auch von Einzelpersonen wird demgegenüber marginalisiert. Es waren folglich Geschichtswerkstätten und nichtstaatliche Initiativen, die dem antifaschistischen Widerstand und bestimmten Opfergruppen zu einer Stimme verhalfen. Damit trugen sie auch dazu bei, dass einzelne Verfolgte trotz der bundesrepublikanischen Verschleppungspolitik noch materielle Entschädigungen erhielten. Und dennoch, wer kennt heute schon die Bedeutung des Wortes „Porajmos", das den Völkermord an den Sinti und Roma bezeichnet? Wer weiß um die lange

»Fragt uns, wir sind die Letzten.«

Erinnerungen von Verfolgten des Nationalsozialismus und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand

Geschichte des § 175, nach dem die Nazis 10.000 Homosexuelle in KZs einwiesen und der in der BRD noch zwei Jahrzehnte exzessiv angewandt wurde? Wen interessieren zehntausende Zwangsarbeiter_innen, die nie für das ihnen angetane Unrecht entschädigt wurden? Oder jene Menschen, die im NS als „asozial" verfolgt wurden und in West- wie Ostdeutschland nicht als Opfer anerkannt, zum Teil sogar noch weiter verfolgt wurden? In diesem Sinne hilft uns die „Multiperspektivität" dabei, nicht nur die unterschiedlichen Facetten des NS zu beleuchten, sondern auch Kontinuitäten und Überschneidungen zwischen Faschismus und bürgerlichem Rechtsstaat zu thematisieren — was die antifaschistische Perspektive vielleicht letztlich von derjenigen der etablierten Gedenkstätten abhebt.

An der diesjährigen Gedenkveranstaltung in Auschwitz haben nahezu alle europäischen Staatsoberhäupter den Überlebenden gelauscht. Kein deutscher Gast, auch nicht Bundespräsident Joachim Gauck, hat dort gesprochen. Auch „Der Spiegel" wählte bewusst die ausschließlich zuhörende Form des Protokolls. Es scheint, als hätte Deutschland das Zuhören endlich gelernt und den Ansatz von „Oral History" begriffen. Wieso braucht es immer noch eine Initiative aus der Antifa und was unterscheidet euch vom „offiziellen Deutschland" 2015?

Joachim Gauck lauscht andächtig Überlebenden, aber lehnt Entschädigungszahlungen an die Opfer von SS-Massakern wie im griechischen Distomo ab und forderte mehr deutsche Kriege. Das Zuhören verkommt so zur bloßen Symbolik. Diese Heuchelei unterscheidet das Staatsgedenken von einer antifaschistischen Gedenkpolitik. „Oral History" findet zudem ja in einem Kontext von Herrschaftsabsicherung statt: Was mit dem Gesagten gemacht wird, steht nicht fest, sondern bleibt umkämpft. Es soll sich, wenn es nach Gauck geht, der Inszenierung vom aufgeklärten Deutschland unterordnen, das wieder zu den Waffen greifen darf.

Natürlich gehört das Gedenken an die Opfer des Holocaust längst zur deutschen Identität. Und selbstverständlich wollen wir nicht zurück in die BRD der 1950er Jahre, in der die Feindbilder klarer waren, Politiker mit Nazi-Vergangenheit regierten und über den NS möglichst nicht gesprochen werden sollte. Die komplexe heutige Situation unterstreicht einmal mehr, wie wichtig es für eine antifaschistische Gedenkpolitik ist, Kontinuitäten herauszuarbeiten und so Vergangenheit und Gegenwart herrschaftskritisch in einen Zusammenhang zu bringen.

Überlebende der nationalsozialistischen Vernichtung und Widerstandskämpfer_innen betonen häufig, dass sie mit ihren Erzählungen auch eine Verantwortung an Jüngere weiterreichen möchten. Was können wir aus dem „Erbe" für die heutige antifaschistische Praxis mitnehmen?

Das ist eine spannende Frage, weil dieser Anspruch tatsächlich sowohl von Überlebenden als auch von jungen Antifaschist_innen oft wie selbstverständlich geäußert wird. Gleichzeitig bleibt meist unklar, was das eigentlich genau ist — dieses antifaschistische Erbe. Für uns waren die Begegnungen mit Verfolgten des NS und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand entscheidende Momente in unserem Leben — nicht nur als Aktivist_innen. Die Erzählungen von Grausamkeit, Ohnmacht und Hoffnung haben uns Holocaust und NS in ihrer Unbegreiflichkeit so eindringlich vor Augen geführt, wie Geschichtsbücher es nicht zu tun vermögen. Dahinter können und wollen wir nicht zurück und das ist ein Grund, warum wir auf unseren Broschüren den Schwur von Buchenwald abdrucken. Es braucht neben der rationalen Überzeugung als Antifaschist_in auch eine emotionale Dimension, die eine abstrakte Formulierung wie „Verantwortung" konkret werden lässt. Ein aktuelles Beispiel, was wir aus dem „Erbe" mitnehmen können, sind die Flyer der VVN-BdA, auf der sich Verfolgte des NS mit Flüchtlingen von heute solidarisieren. Aufbauend auf Fluchterfahrungen im Kontext NS wird sich hier klar gegen rassistische Hetze und für ein Bleiberecht positioniert.

Wie sieht für euch eine antifaschistische Erinnerungspolitik der Zukunft aus?

Auch wenn die letzten Zeitzeug_innen gestorben sind, werden ihre Erinnerungen ein wichtiger Referenzpunkt sein. Deshalb ist deren Dokumentation so wichtig. Die Überlebenden, die wir interviewen, berichten zunehmend nicht nur von ihren eigenen Erfahrungen, sondern auch von denen ihrer Eltern. Die zweite Generation wird in Zukunft sicherlich eine Rolle spielen, allerdings nicht in dem Sinne, dass sie einfach für ihre Eltern sprechen kann. Hier wird es eher darum gehen, wie die Traumata innerfamiliär weiter wirken.

Die Auseinandersetzung mit dem NS wird in Zukunft zwangsläufig immer mehr auf der historiographischen Ebene stattfinden. Unsere Aufgabe wird es dabei sein, weiterhin auf die Verantwortung zu verweisen, die sich aus der Geschichte ergibt. Beispiele wie die Anwendung des § 175 werden an Bedeutung gewinnen. Ein weiterer Punkt ist die Entdeutschung antifaschistischer Erinnerungspolitik: Viele Menschen in Deutschland haben (Ur-)Großeltern, die nicht in Nazi-Deutschland lebten. Vielleicht leisteten diese in besetzten Gebieten Widerstand, vielleicht haben sie dort mit der SS zusammengearbeitet, vielleicht litten sie unter der Besatzung oder wurden verfolgt. Oder der NS spielte für sie vordergründig keine Rolle, weil sie zum Beispiel mit den Kämpfen gegen die französische Kolonialmacht beschäftigt waren. Eine zukünftige antifaschistische Erinnerungspolitik, die nur von einer deutschen Perspektive ausgeht, würde sich der gesellschaftlichen Realität verweigern. Das wäre politisch fatal. Wir führen deswegen für jede Broschüre bewusst auch Interviews mit Menschen wie zum Beispiel Dorothea Paley, die als Kind die Blockade Leningrads überlebte, oder Peter Perel, der als jüdischer Ukrainer verfolgt wurde. •

REPRESSION

Ein vorläufiges Fazit der Repression in Sachsen gegen die antifaschistischen Aktivitäten um den 13. und den 19. Februar 2011 in Dresden

Rechtsstaat auf sächsisch

RECHTSANWALT PEER STOLLE

Am 19. Februar 2011 protestierten mehr als 20.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den ehemals größten Neonazi-Aufmarsch in Deutschland und konnten diesen damit im zweiten Jahr in Folge vollständig verhindern. Aufgrund dieses Engagements fanden in den Folgejahren um den 13. Februar keine Neonazi-Aufmärsche in ähnlicher Größe in Dresden statt.

Der 19. Februar 2011 bleibt aber nicht nur wegen des zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Erfolges in Erinnerung, sondern auch als Kulminationspunkt einer zum damaligen Zeitpunkt nur in Ansätzen erkennbaren Repressionswelle. Noch am 19. Februar 2011 wurde — nachdem der Neonazi-Aufmarsch bereits abgesagt worden war — eine vollkommen friedliche Kundgebung auf dem Fritz-Löffler-Platz eingekesselt und gegen deren Teilnehmer_innen Strafverfahren wegen grober Störung einer Versammlung gemäß § 22 SächsVersammlG eingeleitet. Diese Verfahren beschäftigen die sächsische Justiz bis heute. Am Abend desselben Tages erfolgte dann die Stürmung des Hauses der Begegnung in der Großenhainer Straße durch eine SEK-Einheit mit der Begründung, dass von dort militante Angriffe auf Neonazis gesteuert worden sein sollen. Türen von Partei- und Anwaltsbüros wurden aufgebrochen; Jugendliche, die sich zu dem Zeitpunkt in dem Treffpunkt aufgehalten haben, wurden von vermummten und schwer bewaffneten Polizeibeamten zu Boden geworfen und gefesselt, ohne dass ihnen auch nur in Ansätzen der Grund für diesen Überfall mitgeteilt wurde.

Im Rahmen der Stürmung wurde bekannt, dass die sächsische Justiz gegen eine Vielzahl von Personen ein Strafverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 StGB namens „Antifa-Sportgruppe" führt. Ausgangspunkt dieses Verfahrens war die Behauptung zweier bekannter Neonazis gegenüber Ermittlungsbeamten gewesen, für Übergriffe auf Neonazis sei eine feste Gruppe von Antifaschist_innen — die besagte „Antifa-Sportgruppe" — verantwortlich, ohne diese auch nur näher zu konkretisieren. In der Folge wurde eine Vielzahl von vermeintlichen und tatsächlichen Antifaschist_innen, die sich untereinander zum Teil gar nicht kannten, zu Mitgliedern dieser imaginären Vereinigung erklärt und mit einer Vielzahl von heimlichen und grundrechtsintensiven Ermittlungsmaßnahmen überzogen.

Für den 13. und 19. Februar 2011 wurden weiterhin mehrere größere Funkzellenabfragen angeordnet. So wurden allein im Rahmen der Funkzellenabfrage am 19. Februar 2011 in der Dresdner Südvorstadt mehr als 1 Million Datensätze erhoben und von über 54.000 Mobilfunknutzer_innen die persönlichen Daten festgestellt.

Im August 2011 durchsuchte die sächsische Polizei die Amts- und Wohnräume des Pfarrers Lothar König in der Jungen Gemeinde Jena und beschlagnahmte unter anderem deren Lautsprecherwagen. Die Staatsanwaltschaft Jena warf dem Pfarrer, der sich schon in den 1990er Jahren gegen die späteren Mitglieder des NSU engagiert hatte, u. a. aufwieglerischen Landfriedensbruch am 19. Februar 2011 vor. Weitere Verfahren der sächsischen Justiz folgten, u. a. gegen Tim H. und den Geschäftsführer der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA), Markus Tervooren, denen jeweils Landfriedensbruch vorgeworfen wurde. Die Liste ließe sich lange fortsetzen.

Andererseits führte die umfassende Repressionswelle auch zu einer Vielzahl von Solidaritätsbekundungen und rechtspolitischen Aktivitäten verschiedener Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen. So veröffentlichte u. a. der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV e.V.) Anfang 2012 unter dem Titel „Rechtsstaat auf sächsisch" eine Einschätzung zu den staatlichen Reaktionen auf die antifaschistischen Aktivitäten zum 13. und 19. Februar 2011. In dem Fazit wurde u.a. konstatiert, dass die sächsischen Strafverfolgungsbehörden systematisch zu offensichtlich rechtswidrigen Maßnahmen greifen und rechtliche Grundsätze staatlicher Macht und Willkür unterordnen. Der RAV hat deswegen zu einem offensiven politischen und juristischen Umgang mit diesem speziellen sächsischen Rechtsstaatsverständnis aufgefordert.

Drei Jahre später haben sich die damals geäußerten Befürchtungen mehr als bestätigt: Die sächsischen Ermittlungsbehörden haben bei der Verfolgung antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten jedes Maß verloren. Zugleich hat sich aber auch gezeigt, dass sich politische und juristische Gegenwehr lohnen kann. Nahezu alle Manöver der sächsischen Justiz gegen antifaschistische Aktivitäten wurden für rechtswidrig erklärt oder verliefen im Sande.

Foto: flickr.com - DIE LINKE. Sachsen

So wurde die Funkzellenabfrage am 19. Februar 2011 nachträglich für rechtswidrig erklärt, weil deren Anordnung noch nicht mal den grundsätzlichen Anforderungen an einen richterlichen Beschluss genügte. Auch die am selben Tag durchgeführte polizeiliche Stürmung des „Hauses der Begegnung" wurde für rechtswidrig erklärt. Der Schaden musste ersetzt werden; sämtliche Verfahren gegen die Betroffenen, die sich in dem Haus aufgehalten haben, wurden sang- und klanglos eingestellt. Das gleiche Schicksal ereilte die mit großem Aufwand geführten Verfahren gegen friedliche Blockierer_innen wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz — von der Polizei noch als Straftat von erheblicher Bedeutung bewertet. Auch diese wurden in der Mehrzahl der Fälle wegen Geringfügigkeit eingestellt, zuletzt gegen die Linksparteiabgeordnete Caren Lay. Das Mitglied der sächsischen Grünen, Johannes Lichdi, und der Linksparteiabgeordnete Falk Neubert haben gegen ihre Verurteilungen — die weitgehend die Ausnahme blieben — Verfassungsbeschwerde erhoben.

Auch sämtliche Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer angeblichen kriminellen Vereinigung namens „Antifa-Sportgruppe" wurden folgenlos eingestellt (vgl. AIB 104). Ermittlungsaufwand und Grundrechtsintensität: Hoch; Ermittlungserfolg: Null. Mittlerweile sind beim Dresdner Amtsgericht eine Reihe von Anträge der Betroffenen auf Entschädigung wegen der Ermittlungsmaßnahmen anhängig.

Im Oktober 2014 wurde das Verfahren gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König gegen Zahlung einer Geldauflage eingestellt, obwohl Staatsanwaltschaft und Gericht zunächst von einer Freiheitsstrafe von über zwei Jahren ausgegangen waren. Vorausgegangen war eine mehrtägige Hauptverhandlung, in deren Rahmen durch die engagierte und akribische Arbeit der Verteidigung die tendenziöse Anklage der Staatsanwaltschaft, die offensichtliche Manipulation von Beweismitteln durch die Polizei und offenkundige Falschaussagen von Polizeibeamten aufgedeckt wurden. Am Ende konnte sogar das „Tatmittel", der blaue Lautsprecherwagen der Jungen Gemeinde, aus seiner Gefangenschaft bei der Asservatenstelle der Polizei befreit und zurück nach Jena gebracht werden.

Ein ähnliches Bild bot sich in dem Verfahren gegen Tim H., der erstinstanzlich wegen schweren Landfriedensbruchs zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden war. Erst als die Verteidigung in dem Berufungsverfahren entlastendes polizeiliches Videomaterial präsentieren konnte, das die Polizei bewusst zurückgehalten hatte, wurde Tim H. vom Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs freigesprochen. Auf dem ungeschnittenen Videomaterial war zu sehen, dass sich noch weitere Personen mit Megafon in der Gruppe aufgehalten haben, die Megafondurchsage „Kommt nach vorn" daher nicht zweifelsfrei Tim H. zugeschrieben werden konnte. Diese Sequenzen wurden von den Beamten aus dem Videomaterial, das sie zur Akte gereicht haben, herausgeschnitten; ein manipulierendes Vorgehen, das schon aus dem Verfahren gegen Lothar König bekannt war. Eine schwere Schlappe für die Staatsanwaltschaft, die jedoch noch immer keine Ruhe geben will und nun Revision gegen das Urteil eingelegt hat. Das Verfahren gegen Markus Tervooren wurde gegen Zahlung einer Geldauflage eingestellt.

Die zahlreichen Beispiele belegen, dass die Dresdner Ermittlungsbehörden bei der Verfolgung von Antifaschist_innen bewusst rechtliche Grenzen überschreiten. Sie zeigen aber auch, dass man sich gegen rechtsstaatswidriges Verhalten von Behörden erfolgreich zur Wehr setzen kann. Dies gelang einerseits durch den Einsatz engagierter Verteidiger_innen für die Rechte der Beschuldigten. Andererseits spielten aber auch eine breite Unterstützung für die Betroffenen durch die Zivilgesellschaft und eine engagierte Presseberichterstattung eine entscheidende Rolle, die hier nicht den haltlosen Vorwürfen der Strafverfolgungsbehörden Glauben geschenkt hat. Ohne dieses Engagement allerdings — und dies kann nicht genug betont werden — wären die meisten dieser Rechtsbrüche nicht öffentlich, politisch und juristisch thematisiert worden — mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen. Wenn diese Verfahren dazu geführt haben sollen, in der Öffentlichkeit und der Justiz eine Sensibilität für das Vorgehen von Strafverfolgungsbehörden zu erzeugen und polizeiliches Beweismaterial und polizeiliche Zeugenaussagen in Zukunft kritischer hinterfragt werden, wäre schon viel erreicht. •

SCHWEDEN

In der Nacht zum 8. März 2014 wurde der Antifaschist und Aktivist der Fußball-Ultraszene Showan mit drei Freund_innen im Stadtzentrum von Malmö / Schweden von Neonazis angegriffen und schwer verletzt. Die Freunde kamen von einer Demonstration zum Internationalen Frauenkampftag. Alle vier mussten ins Krankenhaus und haben bis heute mit den Folgen zu kämpfen — Showan traf es am schwersten, er musste mehrere Monate im Krankenhaus liegen und befand sich zeitweise im künstlichen Koma. Wir trafen Showan knapp ein Jahr danach im Februar 2015 zum Interview, um zu hören, wie es ihm und seinen Freund_innen geht.

Interview mit Showan

Hallo Showan. Wir haben im März über den Überfall auf dich und deine Genoss_innen in Malmö berichtet. Das ging uns sehr nahe. Du wurdest bei diesem Angriff von schwedischen Neonazis schwer verletzt und musstest lange im Krankenhaus liegen. Deshalb die wichtigste Frage vorweg: Wie geht es dir und deinen Genoss_innen heute?

Für mich persönlich war 2014 ein sehr emotionales Jahr. Es gab viele Reaktionen auf die Attacke, auch von Leuten, die ich noch nie gesehen habe. Es war sehr beeindruckend für mich, wie sehr die Leute um mich herum die ganze Geschichte mitgenommen hat. Das macht mich nur stärker und erinnert mich daran, dass wir für die richtige Sache kämpfen.

Mir geht es ok. Ich gehe dreimal die Woche zur Reha, um an meinen Gehirnverletzungen zu arbeiten, die immer noch meine Erinnerung beeinträchtigen und die Fähigkeit, mehrere Dinge gleichzeitig zu tun. Auch Emails zu lesen fällt mir noch schwer. Mein linker Arm und linkes Bein sind noch sehr schwach. Abgesehen davon hat es sich in den letzten sechs Monaten sehr gut entwickelt. Trotzdem ist es noch ein sehr weiter Weg, bis ich mein altes Leben zurückhabe.

Den drei anderen verletzten Genoss_innen geht es auch wieder besser. Es war sehr schwer für mich zu sehen, wie schlecht es ihnen geht. Zwei von ihnen können seit einem halben Jahr nicht mehr arbeiten und ihre schulische Laufbahn wurde zerstört. Es war auch deswegen schwer, weil ich die größte Unterstützung und Aufmerksamkeit bekommen habe. Ich wünschte, es wäre auch den anderen Genoss_innen so ergangen.

Kannst du dich daran erinnern, was in der Nacht zum 8. März 2014 passiert ist?

Der 8. März war ein Samstag. Je näher ich dem Angriff gedanklich komme, desto mehr erinnere ich mich nur noch an einzelne Bruchstücke. Ich sehe mich in einem Restaurant sitzen und Burger essen, ich sehe mich in der Demo gehen. Ich sehe mich auch, wie ich angegriffen werde und eine Person mich schlägt. Danach ist alles schwarz. Dass ich mich nicht mehr an so viel erinnere, ist aber in gewisser Weise auch Glück für mich. So habe ich die einzelnen Details des Überfalls nicht direkt vor Augen und werde dadurch nicht noch extra belastet.

Vier der Angreifer sind bekannte Neonaziaktivisten. Drei wurden wegen des Vorwurfs des versuchten Mordes inhaftiert, einer aus unerklärlichen Gründen wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens?

Drei Neonazis wurden in der Nähe des Tatorts festgenommen und saßen für drei Wochen in Untersuchungshaft. Seitdem sind sie auf freiem Fuß und warten auf den Prozessbeginn. Zwei Genoss_innen, die auch von dem Überfall betroffen waren, konnten den Haupttäter klar als Täter benennen, sogar mit Namen. Er wurde am Abend des Überfalls in der Nähe des Tatorts von der Polizei gestoppt, aber wieder gehen gelassen. Erst nach drei Tagen versuchten sie, ihm habhaft zu werden. Er hatte also drei Tage Zeit, um vor der Anklage des versuchten Mordes zu fliehen und ist auch immer noch nicht gefasst. Das Verfahren wird laut unseren Anwälten frühestens im Herbst 2015 beginnen.

Hast Du ein Interesse an der staatlichen Strafverfolgung bzw. verfolgst du die staatlichen Ermittlungsergebnisse?

Das Verfahren ist deshalb wichtig für mich, weil ich auf Papier haben möchte, dass die Täter Neonazis und gewalttätig sind, dass sie uns angegriffen und versucht haben, uns umzubringen. Dass es ein Angriff auf die Linke war. Vier von uns wurden mit einem Messer verletzt. Und natürlich ist es wichtig für mich, dass eine Person, die versucht hat mich umzubringen, im Gefängnis landet. Aber ich bin mir nicht sicher, dass sich bei mir dadurch ein Gefühl der Zufriedenheit einstellen wird, denn Neonazis existieren natürlich weiter. Grundsätzlich denke ich nicht, dass Repression und Gefängnis der richtige Weg sind, um Neonazis zu bekämpfen. Es ist gut, wenn sie im Gefängnis sitzen, aber wir werden dadurch nicht die Neonaziszene stoppen.

Von welchen Seiten hast du Solidarisierung erfahren und wie sieht die Unterstützung aus, die du bekommen hast bzw. bekommst?
Wir haben viel Solidarität erfahren. Sehr viel aus Europa, vor allem aus Schweden und natürlich am meisten aus meinem direkten Umfeld, was mir besonders viel bedeutet hat. Aber das absolut Wichtigste für mich war die Solidaritätsgruppe, die sich zur Unterstützung der Betroffenen gegründet hat. Sie hat rund um die Uhr dafür gearbeitet, dass wir alles bekommen, was wir brauchen und hat auch den Kontakt zu unseren Familien hergestellt. Sie hat meinen Umzug organisiert: Als ich im Juli aus dem Krankenhaus kam, hatte ich eine neue, frisch renovierte Wohnung. Meine Rechnungen wurden bezahlt. Sehr wichtig war auch, dass sie ein Treffen mit meinen Freunden organisiert hat, auf dem diese auf meine gesundheitliche Situation vorbereitet wurden und darauf, dass ich nicht mehr ganz der Alte sein werde und worauf sie sich einstellen müssten. Außerdem haben sie viel Geld gesammelt und Demos organisiert. Freunde von meinem Fußballverein, dem Malmö FF, haben klar Stellung gegen Faschismus bezogen und viele gute Solidaritätsaktionen gemacht. Das war für mich auch Bestätigung dafür, dass meine Arbeit gegen Faschismus, Sexismus und Homophobie richtig und wichtig ist. Als ich aus dem Krankenhaus kam und gesehen habe, wie viele Aktionen gemacht wurden, war ich der glücklichste Mensch auf der Welt. Auf der Demo, die hier in Malmö mit 15.000 Menschen stattfand, waren Fans des Malmö FF, Homosexuelle, Feminist_innen und antirassistische Initiativen — sie alle sind zur Demo gekommen und haben gemeinsam demonstriert.

Diese Solidarität, besonders aus Malmö, aber zum Beispiel auch aus Hamburg, Stockholm, Göteborg, England und Griechenland — das war unsere Bestätigung.

Welche Konsequenzen sollte die antifaschistische Bewegung aus dem Fall ziehen?
Ich denke es ist sehr wichtig für uns Antifaschist_innen — jedenfalls in Schweden — den Weg, den wir vorher gegangen sind, weiter zu gehen. Es wäre falsch, unsere Ansichten zu ändern, nur um mehr Leute auf unsere Seite zu ziehen. Die Argumentation, dass Antifaschismus Selbstverteidigung ist, ist richtig und offensichtlich. Ich hoffe, dass Antifaschist_innen in Schweden und in Europa weiterkämpfen. Denn sie werden immer wieder versuchen, unsere Leben zu zerstören und die Arbeiterklasse anzugreifen.

Es war super, dass auch Leute, die sich gegen Homophobie oder für Frauenrechte engagieren, nach dem Angriff solidarisch waren. Über Antifaschismus zu reden erscheint im Augenblick vielleicht am wichtigsten, aber wir sollten auch die Analyse der Arbeiterklasse nicht vergessen, die eben viel mehr Leute mit einschließt. Es ist wichtig, dass wir immer mehr Leute mit einbeziehen, aber eben auch zu unseren Werten stehen.

Wie war die gesellschaftliche Reaktion außerhalb der linken Szene, der bürgerlichen Mitte, der Polizei, der Medien?
Die Arbeiterklasse hat sich in einer tollen Art und Weise solidarisiert. Viele Leute sind einfach unglaublich sauer über diese Attacken. Zwei Monate vorher wurde eine friedliche antifaschistische Demo in Kärrtorp, südlich von Stockholm, von 35 Neonazis angegriffen. Die Polizei hat das nicht verhindert. Das zeigt deutlich, dass wir nicht auf Polizei und Sicherheitsorgane zählen können, wenn es darum geht, Faschismus und Neonazismus zu stoppen. Dafür ist es wichtig, dass die Arbeiterklasse sich selbst verteidigt und ihre eigenen Allianzen schmiedet. Es war sehr schön für mich zu sehen, dass das nach dem Angriff sehr gut funktioniert hat. Von offizieller Seite haben wir leider nicht viel Unterstützung erfahren. In den Medien herrschte der Tenor, es würde sich um Kämpfe zwischen Extremisten handeln, was natürlich sehr problematisch ist.

Was hat sich durch den Angriff für dich verändert?
Auf der einen Seite hat der Überfall ein Stück meines Lebens zerstört. Auf der anderen Seite ist es total schön, so viel Bestätigung zu kriegen für die Sache, für die man gearbeitet hat und dass diese Arbeit vielen Leuten etwas bedeutet. Ich verstehe, dass das Symbol „Showan" gut funktioniert hat. Ich bin ein Migrant, ich wurde in dem linken Viertel Möllevången in Malmö attackiert, ich bin Feminist und wurde am internationalen Frauentag angegriffen, ich arbeite als Antifaschist und für die Rechte von Homosexuellen. Insofern kann ich verstehen, dass ich die Kämpfe vereint habe und sich dadurch viele Leute mit mir, den Kämpfen und der Situation identifizieren konnten und es ihnen gezeigt hat: Wenn Showan das kann, wenn er durchkommt, dann kann ich das auch!

Ich möchte mich auch noch für die große Unterstützung aus Deutschland bedanken, besonders von den verschiedenen Fußballfans. Es war super zu sehen, dass viele Fans Position bezogen haben. Danke an alle Fußballfans und Antifaschist_innen in Deutschland für die vielen Demos, Transparente und Aufkleber! Die internationale Solidarität ist eine unserer größten Stärken, wenn solche Dinge geschehen und es ist gut, wenn diese Solidarität auch praktisch wird. •

WEISSRUSSLAND

„Niemand kann sich in Belarus der staatlichen Kontrolle entziehen."

INTERVIEW MIT DANILO, AKTIVIST IN DER ANTIFASCHISTISCH-ANARCHISTISCHEN SZENE VON MINSK

Antifaschist_innen in Deutschland ist die antifaschistische und anarchistische Bewegung in Belarus vor allem durch die Solidaritätskampagne für den selbstverwalteten Fußballverein Partizan Minsk bekannt. Kannst du einen Überblick über die Szene in Minsk und Belarus geben?

Die linke Szene in Weißrussland ist zwar relativ klein, aber vielseitig. Es gibt wegen der staatlichen Repression jedoch keine Organisationen im eigentlichen Sinne. Die meisten antifaschistischen Aktivist_innen finden sich tatsächlich bei den Ultras und Fans von „Partizan Minsk". Dort sind die Zugangsbarrieren am geringsten und der Handlungsspielraum ist einigermaßen gegeben. Gleichzeitig ist dort die Gefahr einer Unterwanderung relativ hoch. Die Fans von FC „Partizan" sind sehr bunt gemischt und viele kommen aus aktivistischen oder subkulturellen Zusammenhängen. Dort sammeln sich aber leider auch viele Gropniks, also AnhängerInnen einer eher kleinkriminellen (post-sowjetischen) Subkultur, die vor allem durch massiven Alkoholkonsum, ein reaktionäres Weltbild und ein sehr aggressives Verhalten auffallen. Vor allem in Minsk gibt es dann noch die Szene der Anarcho-Kommunisten. Von ihnen geht die stärkste antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit aus. Soweit möglich organisieren sie auch die meisten politischen Aktionen. Viel Anklang findet das anarchistische Prinzip der „Food Not Bombs" Kampagne. In Minsk verteilen wir seit acht Jahren drei mal pro Woche Essen an wohnungs- und mittellose Menschen. Es gibt dann noch eine ganze Reihe kleiner autonomer anarchistischer Gruppen, die verschiedene soziale Projekte organisieren, wie etwa die sogenannten „free markets", auf denen Alltagsgegenstände getauscht werden können. Trotz vieler positiver Ansätze muss ich aber sagen, dass Machismus, Homophobie, Sexismus und Lookismus weit verbreitet sind in der belarussischen Szene, vor allem beim Fußball. Und dann beobachten wir seit einiger Zeit das Aufkommen sogenannter Ethno-Anarchisten, deren Rhetorik oft unverholen faschistische Züge aufweist.

Nach der Solidaritätskampagne für Partizan Minsk ist es recht still um den Verein und die Ultras von „MTZ Ripo" geworden. Wie ist die aktuelle Situation des Vereins? Welche Bedeutung hat er für die linke Szene in Minsk?

Ich persönlich stehe dem Verein eher distanziert gegenüber. Und ich würde behaupten, dass die politische Bedeutung von „Partizan Minsk" eher zu vernachlässigen ist. Trotz Selbstverwaltung und einiger antirassistischer Stimmen würde ich den überwiegenden Teil der Ultras dort als unpolitisch bezeichnen. Progressive politische Aktionen aus den Reihen der Fans gibt es leider kaum. Allerdings sollte der Beitrag vieler Fans im Straßenkampf gegen die extreme Rechte nicht unterschätzt werden. Es ist bedauerlich, dass sich das politisches Engagement vieler Antifaschist_innen auf diese Auseinandersetzungen am Rande von Fußballspielen reduziert. Wie gesagt, die wenigsten dort haben einen weitreichenden politischen Anspruch.

Belarus wird seit 1994 von dem Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka regiert. Wodurch zeichnet sich sein Regime aus? Welche Auswirkungen hat es auf eure politische Arbeit und euer alltägliches Leben?

Lukaschenka wird in Europa nicht umsonst als Diktator bezeichnet. Sein Regime tritt sehr repressiv auf, mit einem sehr aktiven Geheimdienst und viel Polizei. Ihre Macht wird kontinuierlich ausgebaut. Ich würde das System Lukaschenka als polizeilichen Autoritarismus mit Tendenz zum Totalitarismus beschreiben, denn es findet eine sehr weitreichende Kontrolle aller Lebensbereiche statt. Auch das Privatleben vieler Menschen ist durch Kontrolle bestimmt. Staatlicher Kontrolle kann sich in Belarus niemand entziehen, alle sind davon betroffen. Vor allem dann, wenn man den Behörden einmal im Zusammenhang mit politischen Aktionen bekannt wurde. Dann kommen sie nach jeder Kleinigkeit bei dir vorbei und stecken dich für zwei Wochen in den Knast — ob du was damit zu tun hast oder nicht. Viele haben auch ihre Jobs verloren oder ihren Platz an der Uni. Dem Regime geht es um die Botschaft. Auch die Anhänger_innen der parlamentarischen Oppositionsbewegungen wurden in den vergan-

„Ich bin der Richter, ich scheiß auf eure Rechte" — Protestaktion von AnarchistInnen vor einem Gerichtsgebäude in Minsk. Zuvor wurde ein Anarcho-Punkkonzert von Polizei und Geheimdienst aufgelöst und der Konzertveranstalter sowie der Betreiber eines Büchertisches wurden verhaftet.

Foto: abc-belarus.org

genen Jahren immer wieder zum Schweigen gebracht oder verschwanden gleich ganz. Der repressive Charakter des Systems Lukaschenka zeigte sich jüngst aber auch in der Einführung sehr repressiver Steuergesetze, die beispielsweise eine enorm hohe Pflichtabgabe von arbeitslosen Menschen für die Nutzung öffentlicher Güter verlangt. So wird der Zwang zur Integration in die staatlich kontrollierte und stark normierende Arbeitswelt weiter verschärft und die lebensbedrohliche Not der abgehängten Bevölkerungsteile billigend in Kauf genommen.

Welche Bedrohung geht von organisierten faschistischen und rassistischen Gruppen in Belarus aus?

Wie erwähnt gibt es aus den Reihen der Fans von „Partizan Minsk" eine militante Abwehr von Faschisten auf der Straße. Das hat zu einer nachhaltigen Einschüchterung der rechten Szene in Minsk geführt. In einigen Stadtvierteln trauen sie sich nicht erkennbar auf die Straße. Jedoch beschränkt sich dieses antifaschistische Engagement meist nur auf die Tage der Fußballspiele, obwohl es auch in Minsk noch Stadtteile gibt, in denen die rechte Szene das Klima dominiert. Eine antifaschistische Gegenwehr erfährt die rechte Szene aber fast nur in Minsk. So ist die Anhängerschaft aller anderen belarussischen Vereine eher rechts dominiert.

Das ideologische Gerüst der rechten Szene ist eher dürftig und theoretische Auseinandersetzungen finden viel weniger statt als noch vor zehn Jahren. Das mag auch mit dem Aufkommen der „Autonomen Nationalisten" zu tun haben, die eher aktionsorientiert sind, aber kaum etwas hinbekommen. „Autonome Nationalisten" wie auch die Nationalbolschewisten sind vor allem im Internet aktiv, wo sie Rassismus und Homophobie verbreiten. Es gibt zwar viele rassistische und homophobe Übergriffe, aber die finden nach meiner Einschätzung eher spontan und nicht organisiert statt. Ach ja, auch wenn rechte Strukturen von Repression betroffen sind, um rassistische und homophobe Gewalt kümmert sich die ansonsten stets „engagierte" Polizei übrigens nicht.

Wie beurteilst du als Antifaschist die Situation in der Ukraine und die dortige Stärke der extremen Rechten?

Die aktuelle Situation in der Ukraine ist sehr komplex und schwer zu durchschauen. Ich kann mich dazu nicht wirklich äußern. Nur so viel: Die vielfachen Allianzen von ukrainischen „Linken" mit den rechten Bewegungen halte ich für absolut inakzeptabel. Egal mit welchen Zuständen eine Gesellschaft konfrontiert wird, solche Bündnisse darf es nicht geben.

Nationalistische Ideologien sind innerhalb der Belarussischen Oppositionsbewegungen weit verbreitet. Siehst du Ähnlichkeiten zur Maidanbewegung in der Ukraine?

Auf jeden Fall. Auf verschiedenen Ebenen „flirtet" fast die gesamte sogenannte Opposition mit nationalistischen Themen. Der Kreml hat die Oppositionsbewegung in Belarus deshalb jüngst sogar als neonazistisch bezeichnet. Es gibt ja sogar „Linke", die sich Ethno-Anarchisten nennen. Da führen wir einen Abwehrkampf im eigenen Lager. Mein Umfeld versteht sich eher als kosmopolitisch, ohne positiven Bezug auf irgendeine Nation oder Kultur. Wir lehnen große Teile der Opposition deshalb ab und wehren uns gegen jede Vereinnahmung. Und außerdem bin ich davon überzeugt, dass sich auch die FührerInnen der Opposition im Falle einer Machtbeteiligung auf Kosten der Gesellschaft bereichern würden, statt für soziale Gerechtigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen.

Dieses Jahr finden in Belarus voraussichtlich Präsidentschaftswahlen statt. Nach den letzten Wahlen kam es zu massiven Protesten und Wahlfälschungsvorwürfen seitens oppositioneller Gruppen. Diese wurden gewaltsam niedergeschlagen. Erwartest du erneut ein Aufbegehren, gar einen „belarussischen Maidan"?

Nein, einen „belarussischen Maidan" wird es nicht geben. Die sogenannte Opposition ist nach den vergangenen Wahlen geschwächt und auf jede Form von Protest und Widerstand wird das System Lukaschenka hart reagieren. Ich erwarte eher, dass sich die repressive Situation in Belarus weiter verschärfen wird. •

RUSSLAND

In Moskau geht ein Gerichtsprozess gegen eine Gruppe Neonazis seinem Ende entgegen, der so manche aufschlussreichen Details über einzelne Tathergänge an die Oberfläche brachte, die heikle Schlüsselfrage nach den dahinter stehenden politischen Zusammenhängen jedoch weitgehend ausblendete.

Die Mordserie der Neonazi-Gruppe BORN

UTE WEINMANN

Allzuviel Aufklärung durfte man in dieser Hinsicht von Anfang an nicht erwarten, dabei hätte gerade die „Kampforganisation russischer Nationalisten", abgekürzt BORN, das Zeug zum Lehrstück über „gelenkten Nationalismus" gehabt, analog zum Demokratieverständnis der russischen Elite zu Beginn der 2000er Jahre.

Verbindungen der russischen Neonaziszene in den Polizeiapparat sind Teil des Genres, aber BORN ging wesentlich weiter. Die Anführer der ambitionierten Bande profitierten vom Interesse an der extremen Rechten im Kreml, der als Antwort auf die „orangene Gefahr" des ersten Maidan[1] die Neonaziszene in gewissen Grenzen gewähren ließ und einzelne Vertreter für das politische Establishment nutzbar machte.

Mit BORN schließt sich ein Kapitel der Geschichte der russischen Neonaziszene, das derzeit in der Region Donbass um ein neues ergänzt wird. Gemeinsam ist beiden, dass Vertreter der extremen Rechten im Auftrag oder mit Wissen der Staatsmacht agieren. Ilja Gorjatschew legte zuerst mit der Zeitschrift Russkij Obraz, 2007 dann mit der Gründung der gleichnamigen legalen Neonaziorganisation den Grundstein für BORN. Er stellte den Kontakt zu Präsidialverwaltung und Politikern her. Sein Freund Nikita Tichonow, der nach der Ermordung des Antifaschisten Alexander Rjuchin unter Verdacht geraten und abgetaucht war, sorgte dafür, dass BORN als Kampfflügel von Russkij Obraz Gestalt annahm. Er kümmerte sich um das nötige Waffenarsenal und rekrutierte die zukünftigen Täter.

Tichonow, der eine lebenslange Haftstrafe wegen Mordes an dem Anwalt Stanislaw Markelow und der Journalistin Anastasia Baburowa absitzt und sich im Vorfeld des laufenden Prozesses mit ausführlichen Aussagen über BORN und seine Mitglieder zu Wort gemeldet hatte, gab an, Gorjatschew habe ihm die Namen jener zugetragen, die im Interesse seiner politischen Gönner in der Präsidialadministration aus der Welt zu schaffen seien. Im Gegenzug sollte er damit rechnen können, dass die Ermittlungen gegen ihn eingestellt werden würden. Gegen die erste Auswahl potenzieller Opfer — darunter der Oppositionelle Garry Kasparow und Vertreter der Nationalbolschewistischen Partei — hatte Tichonow Einwände vorzubringen. Markelow und Vertreter der Antifa fanden als Angriffsziele jedoch seine volle Zustimmung. Ein Geständnis legte er erst nach seiner Verurteilung ab, wegen weiterer Mordfälle folgte ein zweites Urteil über weitere 18 Jahre Haft.

Auf der Anklagebank in Moskau sitzen derzeit allerdings nicht die Anführer von BORN. Von den vier Neonazis hat einer, nämlich Michail Wolkow, seine mörderische Karriere gemeinsam mit Tichonow Ende der 1990er Jahre bei der „Vereinigten Brigade" OB-88 begonnen und bereits eine längere Haftstrafe abgesessen. Jurij Tichomirow wurde bereits vor Jahren wegen Mordanschlägen verurteilt, die jetzt wieder zur Sprache kamen. Maksim Baklagin und Wjatscheslaw Isajew vervollständigen die Truppe. Von BORN wollen die Angeklagten entweder gar nichts gewusst haben oder sie distanzieren sich davon. Die Liste der ihnen zur Last gelegten Tatbestände ist lang: mehrfacher Mord, versuchter Mord, illegaler Waffenbesitz, Organisation einer extremistischen Vereinigung und Banditentum. Auch nach Nikita Tichonows Verhaftung im November 2009 mordeten sie weiter.

Tichonow und Wolkow machten mit der Ermordung des Antifaschisten Fjodor Filatow im Oktober 2008 den Anfang. Weitere Antifaschist_innen, Migrant_innen aus Mittelasien und einige aus dem Kaukasus stammende Männer wurden die nächsten Opfer. Tichonow sagte aus, die tatsächlichen oder vermeintlichen Auftraggeber seien nicht begeistert gewesen, als sich die Gruppe in ihrer Tötungsbesessenheit immer weiter verselbstständigte. Wie hoch der Wahrheitsgehalt von Tichonows Aussagen oder denen seiner ehemaligen Lebensgefährtin Jewgenija Chasis ist, die wegen der Ermordung von Markelow und Baburowa eine 18-jährige Haftstrafe absitzt, lässt sich jedoch nur bedingt prüfen. Zeugen, die dazu wertvolle Einschätzungen liefern könnten, erhielten mit Ausnahme von Ilja Gorjatschew erst gar keine Vorladung. Gorjatschew, der in Untersuchungshaft auf einen gesonderten Prozess wartet, gab sich bei seiner Vernehmung vor Gericht selbstsicher, zur Sache trug er durch seine Taktik der

Особый порядок Никиты Тихонова

http://www.zona.media/online/osobyy-poryadok-nikity-tikhonova/?sphrase_id=4813

О проекте Вопросы и ответы

Поиск по сайту

медиазона НОВОСТИ ОНЛАЙНЫ ПОВЕСТКА ИСТОРИИ

МЕДИАЗОНА / ОНЛАЙНЫ / Особый порядок Никиты Тихонова

18 СЕНТЯБРЯ 2014, 09:54

Особый порядок Никиты Тихонова

Like +1 Share 0 Tweet 0 Нравится 0 3416 просмотров

Никита Тихонов. Фото: Руслан Кривобок / РИА Новости, архив

Прокуратура запросила 20 лет лишения свободы по делу БОРН для неонациста Никиты Тихонова, уже отбывающего пожизненное заключение. Приговор будет

ПРАКТИКА

Где маги, там напряги

Сглаз, порча, смертельный код и венец безбрачия — верования россиян XXI века в криминальной хронике и материалах уголовных дел

ОНЛАЙНЫ

Кризис: страх и сокращения в России

Валютный кризис в России может перерасти в социально-

„http://www.zona.media/online/osobyy-poryadok-nikity-tikhonova/?sphrase_id=4813" wird geladen, 24 von 26 Objekten (1 Fehler) abgeschlossen

Nikita Tichonow, wegen Mordes an Stanislaw Markelow zu lebenslanger Haft verurteilt, sagte ausführlich gegen die anderen BORN-Mitglieder aus.

Aussageverweigerung allerdings nichts bei. Der intellektuelle Kopf der Gruppe will niemanden kennen und sieht sich durch seinen ehemaligen Freund Tichonow verleumdet.

Besiegelt war das Schicksal der Neonazigruppe erst nach dem Mord an dem Richter Eduard Tschuwaschow im April 2010. Dieser direkte Angriff auf die Staatsgewalt war in der wie auch immer gearteten Vereinbarung mit der politischen Führung offensichtlich nicht vorgesehen. Tschuwaschows mutmaßlicher Mörder Aleksej Korschunow sitzt nur deswegen nicht auf der Anklagebank, weil er sich vor einigen Jahren in der Ukraine versehentlich selbst in die Luft gesprengt hat. Den Zeugenaussagen lässt sich entnehmen, dass es sich bei dem ehemaligen Angehörigen des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB Korschunow um einen Mörder mit fast schon pathologischen Zügen gehandelt haben muss. Auch wenn diese Charakteristik zutreffen mag, fällt auf, dass sich seine ehemaligen Gesinnungsgenossen den toten Korschunow gerade deshalb zunutze machen, indem sie dessen Rolle besonders hervorheben und die eigene verdächtig abschwächen. Insbesondere trifft dies auf Wolkow zu, der das Geschworenengericht bei jeder sich bietenden Gelegenheit von seiner moralischen Integrität als Familienvater zu überzeugen versuchte, oft unterbrochen von einem unverkennbar genervten Richter. Es war Wolkow sichtlich unangenehm, als seine zahlreichen Tattoos mit eindeutiger Nazisymbolik, darunter der Kopf von Adolf Hitler, zur Sprache kamen. Er liebe sein Land, seine Heimat, sein Volk. Seine Taten seien nichts anderes als Selbstverteidigung gewesen.

Bis auf Jurij Tichomirow, der unentwegt behauptete, seine Aussagen seien unter Folter entstanden, haben alle ihre Schuld an den ihnen zur Last gelegten Taten eingestanden. Nicht jedoch das politische Tatmotiv, das straferschwerend hinzukommt. Sie alle wollen lediglich aus Rache gehandelt haben. Die ermordeten Antifaschisten Fjodor Filatow und Iwan Chutorskoj hätten auch deshalb sterben müssen, weil sie es mit dem Gesetz nicht so genau genommen und junge Nationalisten tätlich angegriffen hätten. So lautete ebenfalls der Tenor der Anwälte der Verteidigung. Ilja Dzhaparidze, ein weiteres Opfer der Bande, habe angeblich die Schwester eines verurteilten Neonazis angegriffen, was nachweislich gelogen ist. Der armenische Taxifahrer Sos Chatschikian verlor sein Leben, weil er die vermeintlich schwangere Angestellte eines Telefonladens tätlich angegriffen haben sollte, die daraufhin eine Fehlgeburt erlitten habe, wie die Boulevardpresse verbreitete. Die Frau trat als Zeugin auf: Sie war zu besagtem Zeitpunkt gar nicht schwanger. Tichonows und später Korschunows Anweisungen leisteten die Neonazis Folge oder wurden sogar ohne konkrete Vorgabe initiativ. Baklagin und Isajew kamen mit der Zeit erst so richtig in Fahrt. Einzig Korschunows Idee mit dem Richtermord fand bei ihnen keinen Anklang, weil dafür garantiert eine lebenslange Haftstrafe anstehe, erklärte Isajew. Den Wohnort und die Zeiten, zu denen der Richter morgens sein Haus verließ, kundschafteten die Neonazis dennoch bereitwillig aus. Enttäuscht wurden sie lediglich, als sich keine Nachahmer ihres Rachefeldzuges im Interesse des russischen Volkes fanden, denn damit hatten sie ernsthaft gerechnet.

Nun ist es nicht ganz so, wie Isajew es darstellt. Zur Tat schreitende Anhänger einer menschenverachtenden Weltanschauung gibt es in Russland nach wie vor zu viele. Allein in Moskau sind derzeit mehrere Mordprozesse gegen Neonazis anhängig. Auch gegen einige führende Kader aus der extremen Rechten laufen Ermittlungsverfahren. Dennoch bleibt die bittere Gewissheit zurück, dass sich für russische Neonazikader auch weiterhin ein staatlich sanktionierter Verwendungszweck finden lässt. •

1 Die damaligen Proteste auf dem Maidan in Kiew verhalfen bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2004 Viktor Juschtschenko zum Sieg gegen den russischen Favoriten Viktor Janukowitsch.

ITALIEN

Die Stimmung ist aufgeheizt vor dem Aufnahmezentrum für Asylsuchende am Stadtrand Roms. Einige verschanzen sich im Gebäude, andere stellen sich den Vorwürfen der aufgebrachten Nachbarschaft. MigrantInnen, Polizei und „besorgte Bürger" laufen und schreien durcheinander. Ein kleiner, dicker Mann würgt einen der Geflüchteten. Es folgt ein Handgemenge. Uniformierte drängen die AnwohnerInnen zurück. Ein Mann mit Glatze und Vollbart gestikuliert in Richtung der Geflüchteten, dass er ihnen die Kehle aufschlitzen will. Andere schreien „schwarzes Stück Scheiße" und „Bastard".

Guter Stadtrat ist teuer

Das Geschäft mit den Geflüchteten

BJÖRN RESENER

Die Szene ist eine Momentaufnahme vom November letzten Jahres. Über drei Tage wurde das Aufnahmezentrum für Asylsuchende in Tor Sapienza regelrecht belagert. Nachts kam es zu Straßenschlachten mit der Polizei. Auslöser der Unruhe soll ein Streit vor einer Bar gewesen sein. Ihr ging jedoch eine Kampagne mit Kundgebungen, rassistischen Übergriffen und einer öffentlich inszenierten Visite des abgewählten Bürgermeisters Gianni Alemanno[1] voraus. Auch AktivistInnen von Casa Pound und rechten Ultragruppen seien immer wieder ins Viertel gekommen, berichtet ein Anwohner.

Im letzten Jahr wurden etliche Viertel Roms zum Schauplatz von kleineren und größeren Mobilisierungen gegen ihre vermeintliche „Abwertung". Die Bürgerinitiativen schossen in der italienischen Hauptstadt wie Pilze aus dem Boden. Was die römischen WutbürgerInnen unter „Abwertung" verstehen, unterscheidet sich von Ort zu Ort: Roma-Camps, Graffiti, Prostituierte oder die schiere Anwesenheit von MigrantInnen. Die Stimmung ist vielerorts explosiv.

In Tor Pignattara bekam dies der 28jährige Muhammad Shazad Khan Mitte September am eigenen Leib zu spüren. Der Moslem wurde auf offener Straße zu Tode geprügelt. Auch hier gab es bereits eine Bürgerinitiative, die sich auf Flugblättern über „offene Grenzen" beschwerte und ihre „zivilen und religiösen Traditionen" bedroht sah. Keinen Monat nach dem Mord zeigte sich Gianni Alemanno auch in diesem Viertel und goss noch einmal Öl in das Feuer. Auf Twitter schrieb er: „Nicht autorisierte Moschee in Torpignattara. Wie viele Fundamentalisten treffen sich hier?"

Nur wenige Tage nach dem tödlichen Übergriff versammelten sich im Stadtteil Corcolle hunderte AnwohnerInnen, zur „Negerjagd". In den Tagen zuvor sollen Gruppen von Afrikanern Linienbusse mit Flaschen und Steinen beworfen haben. Als Vergeltung wurden zwei Immigranten aus dem 508'er Bus gezogen und verprügelt. Einer musste danach im Krankenhaus behandelt werden. Ein drittes Opfer der rassistischen Gewalt lebt schon seit zwanzig Jahren in Corcolle, hatte aber einfach die falsche Hautfarbe. Der Bezirksbürgermeister Marco Scipioni von der sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) erklärte am Tag danach, dass es „absolut notwendig sei, die Immigranten aus unserem Viertel zu schicken." Noch einen Tag später startete ein „Verein der Händler und Handwerker aus Corcolle" eine Unterschriftensammlung zur Schließung des lokalen Aufnahmezentrums für Asylsuchende.

Am 15. November vereinigten sich verschiedene Komitees gegen die „Abwertung" ihrer Viertel zum „Marsch der Peripherie auf das Campidoglio[2]". Mehr als 60 Bürgerinitiativen mobilisierten etwas mehr als tausend TeilnehmerInnen. Spätestens hier wurde klar, dass das Thema „Abwertung" zum Kristallisationspunkt der römischen Rechten geworden ist. Neben Gianni Alemanno präsentieren sich Abgeordnete der Fratelli d'Italia — Alleanza Nazionale und von Forza Italia auf der Demonstration. Auch AktivistInnen von Casa Pound und anderen neofaschistischen Gruppen marschierten an der Seite der Bürgerinitiativen, oder traten als deren Sprecher auf.

Was ideologisch nahe liegt, könnte realpolitisch kaum absurder sein. Die römische Peripherie wurde in den letzten Jahren zunehmend sich selbst überlassen. Die Arbeitslosigkeit ist dramatisch gestiegen und auch die Kriminalität hat zugenommen, während der öffentliche Nahverkehr, das Abfallmanagement und andere staatliche Dienstleistungen auf ein Minimum reduziert wurden. Der ehemalige MSI[3]-Kader Alemanno wurde 2008 zum Bürgermeister von Rom gewählt und hatte das Amt bis 2013 inne. Er trägt also die Verantwortung für eine Vielzahl von politischen Beschlüssen, die einen verheerenden Einfluss auf die Lebensqualität in den Randbezirken hatten. Auch die Entscheidung, neue Aufnahmezentren für Asylsuchende ausgerechnet in der Peripherie zu eröffnen, fällt in seine Amtszeit.

Diese Tatsache rückte Anfang Dezember erneut in den Fokus: In Rom wurde eine Anti-Mafia-Operation mit einer Reihe von Hausdurchsuchungen durchgeführt. Es wird gegen mehr als 100 Personen ermittelt. Die Bekanntesten sind Ex-Bürgermeister Gianni Alemanno und der Boss der römischen Unterwelt, Massimo Carminati. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass es unter Alemanno ein dichtes Geflecht zwischen der Kommune und der mafiösen Organisation des ehemaligen Rechtsterroristen Carminati[4] gegeben hat.

Einige Verbindungen lassen sich sogar über reguläre Zahlungen nachvollziehen. Einer der Beschuldigten, Franco Panzironi, hatte die Wahlkampagne von Gianni Alemanno im Jahr 2008 mit eineinhalb Millionen Euro unterstützt. Nach dessen Wahlsieg bekam er den Vorsitz von AMA Spa, der städtischen Müllabfuhr. Obwohl die Firma unter seiner Leitung tiefrote Zahlen schrieb und Millionenbeträge verschwanden, erhielt Panzironi ein Jahresgehalt von einer halben Million Euro. Zusätzlich war er bei Alemannos Stiftung Nuova Italia als Generalsekretär angestellt und strich dort ein zweites Gehalt von etwa 15.000 Euro pro Monat ein.

In den Jahren 2012 und 2014 spendete die Genossenschaft „Eriches 29" unter der Leitung von Salvatore Buzzi insgesamt 265.000 Euro an Nuova Italia. Buzzi gilt als rechte Hand von Carminati. Seine Genossenschaft wurde wiederum bei der Vergabe von städtischen Aufträgen bevorteilt. Pikanterweise ging es dabei in erster Linie um die Unterbringung und Integration von Geflüchteten. „Eriches 29" leitete mehr als ein Dutzend Einrichtungen für Asylsuchende sowie ein Roma-Camp in der römischen Peripherie. Für die Verwaltung des Camps in Castel Romano erhielt Buzzis Genossenschaft allein im Jahr 2013 mehr als 5,3 Millionen Euro von der Kommune. Davon blieben am Ende des Jahres knapp zwei Millionen Euro in ihrer Kasse.

2009 bekam „Eriches 29" für die Geflüchteten 1,7 Millionen Euro vom italienischen Innenministerium und dann Jahr für Jahr mehr, so dass es 2012 bereits 14 Millionen Euro und 2013 schließlich 15,5 Millionen Euro waren. Dazu kamen 234.400 Euro aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF). Es lag nicht nur an den gestiegenen Flüchtlingszahlen, dass sich die Summe zwischen 2009 und 2014 jährlich verdoppelte. Vor allem hatten sich Alemannos Chefbeamte dafür eingesetzt, in der Hauptstadt besonders viele MigrantInnen aufnehmen zu dürfen. In einem abgehörten Gespräch brüstete sich Buzzi, mit den Asylsuchenden mehr verdient zu haben als mit den Drogen: „Das ganze Geld, die Gewinne, die haben wir mit den Zigeunern, dem Wohnungsnotstand und den Immigranten gemacht." Die Betroffenen sollen nur wenig oder gar keine Unterstützung erhalten haben, doch Kontrollen gab es nicht.

Panzironi, Buzzi, Carminati und 34 weitere Personen wurden wegen mafiöser Vereinigung, Erpressung, Geldwäsche, Bestechlichkeit, verbotener Absprachen und anderer Verbrechen verhaftet. Obwohl auch Alemanno ein Gehalt von seiner Stiftung bezog und als Bürgermeister die Hauptverantwortung für die Vergabe von kommunalen Aufträgen hatte, blieb ihm das Gefängnis bisher erspart. Unmittelbar nach seiner Hausdurchsuchung gab er sich zuversichtlich: „Ich werde mit erhobenem Haupt aus dem Verfahren gehen." •

Panzironi (oben), Buzzi (Mitte), Carminati (unten) und 34 weitere Personen wurden wegen mafiöser Vereinigung, Erpressung, Geldwäsche, Bestechlichkeit, verbotener Absprachen und anderer Verbrechen verhaftet.

1 Vgl.: Resener, Björn; „Alte Liebe rostet nicht"; AIB Nr. 83 **2** Rathaus von Rom **3** Movimento Sociale Italiano — 1946 gegründete Nachfolgepartei der Partito Nazionale Fascista von Benito Mussolini **4** Auch Massimo Carminati war in den 1970er Jahren Mitglied der MSI und später bei den rechtsterroristischen Nuclei Armati Rivoluzionari (NAR) aktiv

„Nicht nichts machen"

Nils Schuhmacher:
„Nicht nichts machen"? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der autonomen Antifa,
301 Seiten, 19,90 EUR, Düsseldorf, 2014.

Der wissenschaftliche Charakter dieser Dissertationsarbeit mag dazu beitragen, dass das Buch etwas schwieriger zu lesen ist. Dennoch ist die vorgelegte Exploration des informellen Teilbereichs von Antifa-Politik eine interessante Lektüre. Der Autor verfolgt in seiner Studie den Anspruch, das politische Handeln kollektiver Akteure aus deren Binnenperspektive heraus zu untersuchen.

Am Anfang des Buches wird mit der Darstellung der Entwicklung des autonomen Antifaschismus in den 1980er Jahren bis in die Gegenwart in das Thema und die vorliegende Forschungsliteratur eingeführt. Im zweiten Teil des Buches werden die empirischen Ergebnisse der auf Interviews mit Antifas beruhenden Studie vorgestellt. Daran schließt sich eine theoretische Deutung dieser Ergebnisse an. Schuhmacher spitzt diesen Teil auf vier Hypothesen zu. In diesen zeichnet er die Entstehungsumstände des autonomen Antifaschismus und dessen Scheitern am Ende der 1990er Jahre aus der Perspektive der daran Beteiligten nach. Schuhmacher arbeitet anschließend ein differenziertes Bild antifaschistischer Politik in der gegenwärtigen BRD zwischen „rebellisch subversiver Inszenierung" und Professionalisierung heraus.

Die Studie basiert auf 20 qualitativen Interviews mit Antifaschist_innen im Alter von 16 bis 30 Jahren. Die Befragten kamen dabei aus unterschiedlichen Kontexten von Klein-, Mittel- und Großstädten in Ost- und Westdeutschland und sind in verschiedenen Gruppenstrukturen organisiert (gewesen). Dargestellt wird ein Spektrum von Organisierungsformen, das von eher losen kleinstädtischen, antifaschistischen Cliquen und Szenen bis zu großstädtischen, festen Gruppen, mit arbeitsteiliger AG-Struktur reicht.

Die große Stärke dieses Buches liegt darin, Antifa aus der Binnenperspektive aktiver Antifaschist_innen heraus zu untersuchen. Unterscheidungen inhaltlicher Verständnisse von eigenem Handeln und Formen der Organisierung werden aus der Praxis der verschiedenen Gruppen heraus rekonstruiert. Das Buch liefert damit eine fundierte Innenansicht auf die verschiedenen Facetten von Antifa in der BRD.

Wiederfinden lassen sich in der Studie u.a. Positionen der Debatte um eine Krise der Antifa wie sie zuletzt im Sommer 2014 geführt wurde. Dabei wird weder eine Einschreibung von Antifa in eine bestimmte historische Tradition (Siehe Rezension Bernd Langer in AIB 105) vorgenommen, noch im Sinne einer Streitschrift Stellung zu den unterschiedlichen Facetten gegenwärtiger antifaschistischer Praxis in der BRD bezogen. (Siehe: Rezension Susann Witt-Stahl; Michael Sommer in AIB 105) Schumacher untersucht das Feld antifaschistischer Politik vielmehr aus einem analytischen Blickwinkel. „Nicht nichts machen"? erlaubt es Leser_innen daher sich noch einmal aus einer anderen Perspektive mit den vergangenen und fortlaufenden Diskussionen um Antifa auseinanderzusetzen. Gerade dies macht das Buch zu einer lesenswerten Lektüre. •

Sumpfwandertag

Mit dem im Wiener Verlag zaglossus erschienenen Krimi „Sumpfwandertag“ legt der Österreicher Alexander Lippmann seinen ersten Roman vor. In diesem zeichnet er ein düsteres Bild einer nicht allzu weit entfernten Zukunft. Die wirtschaftliche Krise hat Österreich erfasst und die sich verschärfende soziale Lage führt zum Anstieg neonazistischer Aktivitäten und Gruppen. Die radikale Linke übt sich in Abwehrkämpfen und die Sozialdemokratie macht das, was sie schon immer am Besten konnte — sich mit den bestehenden Verhältnissen arrangieren und ihren eigenen Nutzen daraus ziehen. In diesem Falle ist es die Auseinandersetzung um eine „Sicherheitsnovelle“, die das gesellschaftlich und politisch weit nach rechts gerückte Österreich um einen repressiven Charakter ergänzen soll.

Der Hauptprotagonist des Romans, Hagen, könnte ein gutes Beispiel dieser Entwicklung darstellen: Vom ehemaligen trotzkistischen Aktivist, zum Pressesprecher eines sozialdemokratischen Politikers. Eine Entwicklung die hier und da so manche (Selbst-)Zweifel erzeugt, aber dennoch akzeptiert wird. Doch seine linksradikale Vergangenheit führt dazu, dass er seinen Job verliert, in den zunehmenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und Antifaschist_innen wird ein politischer Weggefährte von Hagen ermordet und er selbst verdächtigt.

Um diesen Mord aufzuklären, begibt sich Hagen auch auf eine Reise in die (eigene) Vergangenheit und verliert sich so manches mal zwischen Idealismus und Pragmatismus. Der Versuch die Todesumstände zu verstehen führt ihn aber auch tief in die österreichische Neonaziszene und die Verstrickungen des Staates mit eben jener. Der Roman ist durchaus rasant geschrieben, doch verliert sich dieser dann und wann in klischeehaften Darstellungen der politischen Akteure. •

Alexander Lippmann
Sumpfwandertag
ISBN 978-3-902902-24-5
zaglossus, Wien, 2014

„... weil ihre Kultur so ist“

Der im Oktober 2014 im transcript Verlag erschienene Band mit dem Titel „‚... weil ihre Kultur so ist‘ — Narrative des antimuslimischen Rassismus“ ist die überarbeitete Fassung der Dissertation der Autorin. Anhand vieler Fallbeispiele zeigt Yasemin Shooman sehr anschaulich wie antimuslimisches Denken sich im allgemeinen Sprachgebrauch äußert und fortsetzt. Aufzeigen will sie, inwiefern die vielen antimuslimisch motivierten Alltagserzählungen in Gesellschaft, Politik und Medien Ausdruck einer aktuellen Form von Rassismus sind. Sie betrachtet in dem Band nicht das Ausmaß antimuslimischer Ressentiments in Deutschland, sondern die Struktur ihrer gegenwärtigen Inhalte.

Um diese herauszuarbeiten, wendet Shooman im Anschluss an Autoren wie Teun van Dijk oder Siegfried Jäger die auf Michel Foucault zurückgehende Diskursanalyse an und streicht in ihrer ausführlichen Einleitung die Bedeutung dieser Analysepraxis für die Rassismusforschung heraus. Zeigen kann sie anhand dieser, wie die im Buch diskutierten Aspekte antimuslimischer Ausgrenzung auf ein Kollektivwissen verweisen, das sich permanent aktualisiert.

Charakterisiert ist dieses Wissen einerseits durch einen als monolithisch wahrgeennommen Islam, der als Gegensatz dient zu Liberalität, Aufklärung, Emanzipation und Moderne, andererseits durch Überschneidungen mit anderen essentialisierenden Ideologien gesellschaftspolitischer Ausgrenzung. So gleichen beispielsweise biologistische Behauptungen einer angeblich „überdurchschnittliche[n] Vermehrung“ unter Muslimen rassistische Stereotypen der Ausgrenzung.

Leider wird diese sehr lesenswerte Arbeit von Yasemin Shooman nicht so schnell an Aktualität verlieren. •

Yasemin Shooman
„... weil ihre Kultur so ist“ — Narrative des antimuslimischen Rassismus
transcript Verlag, 10/2014,
29,99 € Print/E-Book,
ISBN 978-3-8376-2866-1

KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF 8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
28. Jahrgang
Nummer 106 | 1.2015

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin